

MOHAMMED JAHJA ABAWI

**Die Wirtschaftsstruktur,
insbesondere die Agrarstruktur in Afghanistan
und die Möglichkeiten genossenschaftlicher
Betätigung in der Landwirtschaft.**

1964



Digitized by the Internet Archive
in 2026

DIE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR,
INSBESONDERE DIE AGRARSTRUKTUR IN AFGHANISTAN UND
DIE MÖGLICHKEITEN GENOSSENSCHAFTLICHER BETÄTIGUNG
IN DER LANDWIRTSCHAFT

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
zur Erlangung des wirtschaftswissenschaftlichen
Doktorgrades
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von
Mohammed Jahja A b a w i
Kabul (Afghanistan)

1964



1) Berichterstatter : Professor Dr. Boettcher

2) Berichterstatter : Professor Dr. Hoffmann

Dekan : Professor Dr. Fikentscher

Tag der mündlichen
Prüfung : 20. Juli 1964

Druck : WCG Münster

November 1964

Mathematik

Mathematik

Mathematik

1. Einleitung	1
2. Die Grundlagen der Mathematik	2
3. Die Arithmetik	3
4. Die Algebra	4
5. Die Geometrie	5

Gewidmet meiner Frau

6. Die Analysis	6
7. Die Differentialrechnung	7
8. Die Integralrechnung	8
9. Die Wahrscheinlichkeitsrechnung	9
10. Die Statistik	10
11. Die Logik	11
12. Die Philosophie	12
13. Die Naturwissenschaften	13
14. Die Geschichte der Wissenschaften	14
15. Die Literatur	15

Mathematik

Mathematik

16. Die Astronomie	16
17. Die Physik	17
18. Die Chemie	18
19. Die Biologie	19
20. Die Medizin	20
21. Die Rechtswissenschaften	21
22. Die Sozialwissenschaften	22
23. Die Kunst	23
24. Die Religion	24
25. Die Ethik	25

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	1

ERSTER TEIL

Die Wirtschaft Afghanistans und ihre Grundlagen

I.	Natürliche Standortbedingungen	7
1)	Oberflächengestalt und Bodenverhältnisse	7
2)	Klimatische Verhältnisse	10
3)	Wasserhaushalt	11
II.	Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse	14
1)	Bevölkerung	14
2)	Bildungsstand und Erziehungswesen	18
3)	Berufsstruktur	20
4)	Siedlungsweise	21
5)	Verkehrsverhältnisse	23
6)	Produktionsstruktur	29
7)	Außenhandel	32
8)	Kapitalstruktur und Kreditwesen	37

ZWEITER TEIL

Einzelfragen der Agrarverfassung

I.	Rechtsformen und soziologische Gegebenheiten	42
II.	Betriebsorganisation	46
1)	Betriebsgröße	46
2)	Systeme der Bodennutzung	49
3)	Struktur der Viehwirtschaft	56

	Seite
III. Agrartechnik	62
1) Bewässerung	62
2) Bodenbearbeitung	64
3) Düngung	65
4) Saat, Pflege und Ernte	66
IV. Landarbeitsverfassung	68
V. Agrarkredit	71
VI. Verwendung und Vermarktung der Agrarprodukte	83
VII. Ländliches Organisationswesen	86
Zusammenfassung	88

DRITTER TEIL

Ansatzpunkte, Voraussetzungen und Möglichkeiten für die Entwicklung von ländlichen Genossenschaften in Afghanistan

I. Ansatzpunkte für die Entwicklung von ländlichen Genossenschaften	91
1) Soziale und ökonomische Spannungen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung	91
2) Sozialpsychologische Ansatzpunkte	93
a) Gemeinschaftssinn	93
b) Wirtschaftsgesinnung	96
II. Voraussetzungen für die Entwicklung von ländlichen Genossenschaften	98
III. Möglichkeiten der Realisierung genossenschaftlicher Grundsätze	106
1) Grundsatz der Freiwilligkeit	106
2) Grundsatz der solidarischen Selbsthilfe	107

a) Selbsthilfe, Selbstverwaltung	108
b) Beschränkung des Geschäftsbereichs	109
c) Solidarhaft der Mitglieder	112
d) Ehrenamtliche Verwaltung	115
e) Bildung von Eigenkapital und Reserven	117
f) Zentralisation und Dezentralisation	120

Vierter Teil

<u>Die Rolle des Staates bei der Genossenschaftsbewegung in Afghanistan</u>	124
I. Vorbemerkungen	124
II. Der Staat und die Entwicklung des Genossenschafts- wesens in europäischen Ländern	127
III. Der Staat und die Entwicklung des Genossenschafts- wesens in Entwicklungsländern	130
IV. Der Staat als Gesetzgeber, Initiator und Förderer der Genossenschaftsbewegung	137
1) Die Ausgestaltung einer genossenschaftlichen Rechtsordnung	137
2) Der Staat als Initiator im Bereiche des Erziehungs- und Bildungswesen	141
3) Der Staat als Förderer	145

FÜNFTER TEIL

Prinzipien, Formen und Tätigkeitsbereiche der

Genossenschaften in Afghanistan

Seite

I.	Organisationsprinzipien und Organisationsformen von Genossenschaften	148
1)	Der hilfs- und ergänzungswirtschaftliche Charakter der zu schaffenden Genossenschaften	148
2)	Die verschiedenen Organisationstypen	152
a)	Spezialgenossenschaften	152
b)	Mehrzweckgenossenschaften	154
c)	Universalgenossenschaften	155
II.	Organisationsprinzipien und Tätigkeitsbereiche von Genossenschaften in Afghanistan	156
1)	Die Notwendigkeit eines komplexen Organisationstypes in Afghanistan	156
2)	Die Ausgestaltung der einzelnen genossenschaftlichen Geschäftsbereiche	161
a)	Kreditgenossenschaftliche Tätigkeit	161
b)	Das Warengeschäft	
c)	Betriebsgenossenschaftliche Tätigkeit	167
d)	Produktionsförderungs-Genossenschaften	169
	Schlußbetrachtung	171
	Literaturverzeichnis	175

Meinem verstorbenen Lehrer, Herrn Prof. Dr. H. J. Seraphim, möchte ich an dieser Stelle für die freundliche Überlassung des Themas meinen aufrichtigen Dank sagen. Darüber hinaus gilt mein besonderer Dank Herrn Prof. Dr. E. Boettcher für die Betreuung der verwaisten Arbeit.

Der Ländlichen Centralkasse e.G.m.b.H., Münster, und der Westfälischen Central Genossenschaft e.G.m.b.H., Münster, bin ich für zahlreiche Anregungen und Hinweise verbunden.

Gleichzeitig möchte ich mich für die finanzielle Unterstützung seitens der DAAD - Bonn und für die Bereitschaft der Königlich - Afghanischen Regierung, mich für die Zeit der Anfertigung vorliegender Arbeit beurlaubt zu haben, bedanken.

Für die Durchsicht der Arbeit und für mannigfache Anregungen bin ich Herrn Dipl.-Volkswirt G. Glöh sehr verbunden.

Einleitung

Das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung unterentwickelter Länder ¹⁾ steht seit Beendigung des zweiten Weltkrieges im Vordergrund weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Interesses. Die Entwicklungspolitik richtet sich auf das wirtschaftliche Wachstum eines Landes. Dabei spielen jedoch vielfach politisch-weltanschauliche Motive seitens der Entwicklungshilfe leistenden Länder eine Rolle, die für manche unterentwickelten Länder - darunter Afghanistan - Nachteile gebracht haben.

Es dauerte lange, bis Afghanistan Hilfe für seine wirtschaftliche Entwicklung bekam und bis überhaupt eine Aufgeschlossenheit des Landes für derartige Hilfen vorhanden war. ²⁾

Afghanistan kann als ein altes traditionsgebundenes Land mit über tausendjähriger Geschichte, wirtschaftlich jedoch als eines der am wenigsten entwickelten Länder Zentralasiens bezeichnet werden, dessen Wirtschaftsstruktur es als ein typisches Agrar- und Entwicklungsland kennzeichnet, zumal 90 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind.

1) Die Frage nach dem Begriff des Entwicklungslandes und seiner Abgrenzung gegenüber den entwickelten, industrialisierten Volkswirtschaften soll hier nicht aufgegriffen werden. Vgl. dazu etwa: Aschhoff, G., Die Rolle des Staates beim Aufbau des Genossenschaftswesens in den Entwicklungsländern, in: Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Bd. XIV, Aktuelle Probleme und zukünftige Aspekte genossenschaftswissenschaftlicher Forschung, Karlsruhe 1962, S. 13 ff sowie, Guth, Wilfried, Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, Basel und Tübingen, 1957, S. 70 ff

2) Vgl. Thilo Bode, Nationalismus - die Stärke Afghanistans, in: "Die Welt", unabhängige Tageszeitung für Deutschland, Nr. 293, Jhg. 1961.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsache muß der Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft eine Schlüsselstellung im gesamten Fragenkomplex der wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans eingeräumt werden. Zu diesem Zweck sollen im Rahmen dieser Arbeit nach einer Darstellung der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Aufbau und die Einführung eines ländlichen Genossenschaftswesens in Afghanistan untersucht werden. Dabei wird das Genossenschaftswesen einerseits in der Funktion als wirtschaftspolitisches Ordnungsmittel zum Zweck der Rationalisierung landwirtschaftlicher Betriebe, zum andern als Mittel zur wirtschaftlichen Erschließung der Dorfwirtschaften in Afghanistan untersucht werden. Da der Staat für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes eine bedeutende Rolle spielt, muß seine Mitwirkung bei der Einführung eines ländlichen Genossenschaftswesens in Afghanistan einer besonderen Erörterung unterzogen werden.

Zum Zweck einer genauen Darstellung der wirtschaftlichen Lage Afghanistans erscheint es notwendig, einen kurzen Blick auf die wirtschaftliche und politische Vergangenheit des Landes zu werfen.

Afghanistan war ebenso wie seine Nachbarländer das Objekt von Interessenkämpfen fremder Völker, wie Perser, Griechen, Araber und Mongolen. Während der Herrschaft dieser Völker sind in Afghanistan kulturelle und wirtschaftliche Blütezeiten zu verzeichnen.

Daß das Land im Laufe des 19. Jahrhunderts und am Anfang des 20. Jahrhunderts aus dem unmittelbaren europäischen Interessensbereich ausgeschlossen war, lag an der auf Indien abzielenden Kolonialpolitik. Die englische Kolonialpolitik ist ein Grund für das wirtschaftliche Zurückbleiben Afghanistans; außerdem spielen

politische Umstände wie das Unabhängigkeitsstreben des Volkes und die geographisch geschlossene Binnenlage des Landes eine erhebliche Rolle. Dabei blieb das Land als Pufferstaat zwischen dem britisch-indischen Empire und dem zaristischen Rußland abgeschlossen von den europäischen Zivilisations-, Kultur- und Wirtschaftszentren.

Die in dieser Zeit geführten Kriege gegen den politischen Einfluß der Engländer und die dadurch entstandenen zahlreichen Bürgerkriege brachten Not- und Krisenzeiten.

Daraus wuchsen Haß, Neid und Feindseligkeiten der Bevölkerung gegen die Kolonialherren als die Vertreter europäischer Zivilisation, aber auch der Widerstand gegen jede Modernisierung und wirtschaftliche Erschließung des Landes. So blieb den afghanischen Regierungen kaum eine Möglichkeit, fortschrittliche wirtschaftliche und zivilisatorische Pläne für das Land in Angriff zu nehmen.

Im 20. Jahrhundert setzt die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans ein, als König Amanullah im Jahre 1919 die außenpolitische Selbstständigkeit von den Engländern erlangte. Er versuchte, einen Anschluß an die europäische Zivilisation zu finden. Er begann mit der Modernisierung, Technisierung und Industrialisierung des Landes und nahm soziale Reformen in Angriff. Nach 10-jähriger Tätigkeit wurde diese Entwicklung jedoch durch eine innere Revolution, als deren Grund wiederum der Haß der Bevölkerung gegen Engländer und ihre Abkapselung gegen jede Neuerung anzusehen ist, unterbrochen. Als im Jahre 1930 das Land von den Revolutionären befreit worden war und König Mohammed Nader Schah die Macht übernahm, begann dieser mit dem Wiederaufbau.

Es folgte eine ruhige Zeit, als König Mohammed Saher Schah nach der Ermordung seines Vaters König Mohammed Nader Schah 1933 den Thron übernahm. In dieser Zeit findet eine vorsichtige Europäisierung und Zivilisierung Afghanistans statt.

Die wirtschaftliche Erschließung und die Inangriffnahme sozialer Reformen, die gegenwärtig unter König M. Saher Schah mit der Durchführung des ersten wirtschaftlichen Entwicklungsplanes begonnen haben, sind der Regierung Sardar Mohammed Dauuds zu verdanken. Dem ersten Fünfjahresplan folgt seit September 1962 ein zweiter.

Anhand dieser Entwicklungspläne ist zu ersehen, daß der Aufbau der Infrastruktur des Landes bevorzugt wird. Die grundsätzliche wirtschaftliche Strukturwandlung des Landes mittels der Industrialisierung und Ausbeutung der "natural resources" soll zunächst durch einen intensiven Bergbau in Angriff genommen werden. Was die Landwirtschaft im Rahmen dieser Pläne anbetrifft, so hat die Entwicklung einer kommerziellen Landwirtschaft den Vorrang, was besagt, daß insbesondere agrarökonomische Ziele wie etwa das der Produktivitätssteigerung in bestimmten Zweigen der landwirtschaftlichen Erzeugung verfolgt werden, während agrarsoziologische Ziele, wie z.B. die Schaffung eines ländlichen Organisationswesens und eines ländlichen Bildungswesens, weitgehend außer Acht gelassen werden ¹⁾.

1) Zum Unterschied Agrarökonomik und Agrarsoziologie vgl. Abel, Wilhelm, Agrarpolitik, zweite neubearbeitete Auflage, Göttingen 1958, S. 33 ff.

Das letztere gilt ebenfalls für ökonomisch-rechtliche, organisatorische Reformmaßnahmen in den außerlandwirtschaftlichen Sektoren, die sich an den modernen Verordnungen europäischer Prägung ausrichten könnten. Die Zahl der Verordnungen im Industrie-, Handels-, Verwaltungs-, Geld-, Bank- und Verkehrswesen beläuft sich auf etwa 45 in den letzten 30 Jahren. ¹⁾

Es ist schwer, eine genaue Übersicht über die afghanische Landwirtschaft zu schaffen und daraus die richtigen agrarpolitischen Schlußfolgerungen zu ziehen. Es fehlen zudem die wichtigsten Daten der Agrarstatistik, da ein agrarstatistischer Dienst erst 1959 in Afghanistan aufgenommen wurde und sich noch im Aufbau befindet. Eine statistische Materialsammlung über die Landwirtschaft Afghanistans ist darüber hinaus Authentisches über die wirtschaftlichen Verhältnisse Afghanistans geschrieben worden ist. Bei der vorhandenen Literatur handelt es sich sonst um relativ neue Publikationen internationaler Behörden, wie der FAO, die sich jedoch weitgehend nur mit der allgemeinen Wirtschaftslage Afghanistans befassen.

Bei der vorliegenden Arbeit wurde versucht, aus den in den letzten 6 Jahren veröffentlichten Berichten über die Wirtschaftslage Afghanistans die wichtigsten Tatsachen herauszuarbeiten, eine Darstellung der allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse des Landes zu geben und die Rolle der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Rahmen des wirtschaftlichen Wachstums Afghanistans herauszustellen.

1) De Matbuato Mostakel Riasat, De Afghanistan Kalanai, 1336/37, Kabul, S. 15

So soll im ersten Teil der Arbeit ein allgemeiner Überblick über die allgemeine Wirtschaftslage Afghanistans gegeben werden; der zweite spezifiziert die Blickrichtung auf die in Afghanistan bestehende Agrarverfassung und eröffnet mögliche Perspektiven im Hinblick auf die Einführungsmöglichkeiten für Genossenschaften. Konkrete Ansatzpunkte, Möglichkeiten und Voraussetzungen sollen im dritten Teil erörtert werden. Besonders Schwerpunkt wird der Frage der staatlichen Aktivität in Zusammenhang mit der Einrichtung von Genossenschaften im vierten Teil gegeben werden, dem sich eine Erörterung von Ausgestaltungsproblemen der Genossenschaften im fünften Teil anschließt.

Abgeschlossen Dezember 1963

ERSTER TEIL

Die Wirtschaft Afghanistans und ihre Grundlagen

I. Natürliche Standortbedingungen

1) Oberflächengestalt und Bodenverhältnisse

Afghanistan erstreckt sich über eine Fläche von 650.000 qkm¹⁾ Zentralasiens. Auf allen Seiten von Gebirgen umschlossen, ist auch das Landinnere zu Zweidrittel von den zerklüfteten Ausläufern des Hindukusch bedeckt, dessen Zentralmassiv sich jenseits der Nordostgrenze des Landes erhebt und dessen Gebirgsketten sich fächerförmig nach Westen und Südwesten Afghanistans erstrecken. Der Teil, der von Nordosten abfallend, bis über die Mitte des Landes reicht, bildet das eigentliche Hochland von Afghanistan. Bedeutende Erhebungen von 1000 - 7000 m Höhe kennzeichnen den Verlauf dieser Gebirgsformation, deren wichtigste, der Kohe Baba (5.400 m), zugleich als hydrographischer Knotenpunkt hervorzuheben ist. Weitere Gebirgszüge sind der Kohe Safed (4.525 m), der Parapamismus (2.612 m), der Tierbande Turkestan (3.500 m) und die beiden parallel laufenden Gebirge Safedkoh und Seakoh bzw. Ferooskoh. Der Osten des Landes wird eingenommen vom Kohesiagebirge und Spingargebirge und den waldreichen Vorgebirgen der Soleiman-Ketten, die als einzige einen größeren Baumbestand, vorwiegend Zedern, aufweisen.

Der übrige Teil des Landes ist Hochebene, so im Süden die Kandahar-Provinz, im Westen der afghanische Teil des Hochlandes vom Iran und im Norden der Teil des Landes nördlich der Ausläufer des Hindukusch, der sich zum turanischen Tiefland hin öffnet (vgl. Abb. I)

1) Kamel, Hadi, A., Das Agrarland Afghanistan und seine Zukunft, Zürich 1954, S. 5.



Klimatische Verhältnisse und
Bodengesalt von AFGHANISTAN

Die Bodenverhältnisse entsprechen dem äußeren geographischen Bild. In den Tälern und an den Berghängen findet sich vorwiegend Lößboden, durch Wind oder Wasser angelagert. Die Flußniederungen und besonders das Ufer des Hilmandflusses im Südwesten weisen Schwemmland auf. Die fruchtbaren Lößböden im Harirotdal und im Gebiet des Morgabflusses sind auf Winderosionen aus Turkistan zurückzuführen ¹⁾. Im Norden lagert eine dem Schwemmland ähnliche Bodenart, die von den Niederschlägen an den Gebirgshängen in die Ebene gespült wurde: der dunkle graubraunoxidierte Schlickboden ²⁾ mit geringem Tongehalt.

Im Süden, in Kandahar und in den Provinzen Kabul, Herat, sowie in Teilgebieten von Farah, Kalat und Badakschan kommen Feinsandböden, sowie lehmige oder sandige Tonböden mit geringem Humusgehalt vor. ³⁾ Große Teile im Süden sind Wüste, deren Oberfläche aus einem Konglomerat von Sand und Kalk besteht, so die Regestan (Sandland) und die Baqwawüste. Diese Böden gehen zum Südwesten hin allmählich in Salzböden und Salzsümpfe über ⁴⁾.

1) Vgl. Akram, M., Djografiae Afghanistan. in: Afghanistan, Kabul Misan 1334 (Oktober 1955) S. 5

2,3,4) Vgl. Tahiri, S., Seraate Afghanistan, in: Afghanistan, Kabul Misan 1334 (Oktober 1955), S. 67 ff

2) Klimatische Verhältnisse

Afghanistan hat ein extremes Binnenklima mit trockenen, heißen Sommern und sehr kalten Wintern. Die Monsuneinflüsse der Indusebene werden ausgeschaltet durch die Randgebirge im Osten des Landes. Lediglich die Vorgebirge liegen noch im Grenzgebiet der Regenfälle und gelangen so zu dem oben erwähnten Waldreichtum. Auch die vom Arabischen Meer kommenden feuchten Luftströmungen finden über das Hochland von Belutschistan keinen Zugang nach Afghanistan. Somit ist das Klima des Landes weitgehend von überregionalen Einflüssen isoliert und wird auch, unabhängig von den geographischen Breitengraden, vorwiegend durch die unterschiedlichen Höhenlagen bestimmt. Es ist daher zweckmäßig, eine Einteilung der Klimazonen nach den Höhenlagen vorzunehmen.

Die Hochlandgebiete über 2.400 m Höhe haben kaltes Klima. Hier herrscht 7 - 9 Monate lang strenger Winter mit Kältegraden bis zu -50°C . Frühjahr und Sommer sind kurz und kühl. Diese Zone umfaßt die Gebiete von Wachan, Nuristan, Teilgebiete von Badakschan und Hasaradjat. Menschliche Ansiedlungen finden sich bis zu einer Höhe von 3.500 m.

Die Hochlandgebiete von 1.300 - 2.400 m Höhe sind Zonen gemäßigten Klimas. Sie sind nur teilweise gebirgig. Die Temperaturverhältnisse sind mit denen Mitteleuropas vergleichbar, abgesehen von den Niederschlagsmengen, die nur 300 - 400 mm betragen und sich auf Winter und Frühjahr beschränken. Zu dieser Zone gehören die Kabulprovinz, die übrigen Teile von Badakschan, Gasni, Katawas und Lagmahn, sowie das Hochplateau der Ostprovinz.

Die Hochebene zwischen 900 und 1.300 m Höhe können bereits als warme Klimazonen angesehen werden. Der Winter erreicht selten Kältegrade von mehr als -10°C . Die durchschnittliche Niederschlagsmenge, die im Frühjahr und Spätherbst niedergeht, beträgt 200 mm. In diesen Zonen liegen die nördliche Hindukuschebene, die Garatebene, die Kandaharregion und das Heriodtal.

Das übrige Afghanistan umfaßt Höhenlagen von 500 - 600 m und hat vorwiegend den Charakter einer Steppe mit heißem Klima. Es sind dies die Ebenen und Wüsten des Nordens, Südens, Südwestens und die Ebene von Nangarhar. In manchen dieser Gebiete werden Sommertemperaturen bis zu 50°Celsius , z.B. in Tschachanzur und Nangarhar. Die jährliche Niederschlagsmenge ist mit 120 mm sehr gering und lediglich die Nangarharprovinz verzeichnet unter schwachen Monsuneinflüssen Regenmengen bis zu 185 mm. Andere Gebiete, wie die Farah- und Tschachanzurprovinz weisen nur 45 - 50 mm Niederschlagsmenge auf.

3) Wasserhaushalt

Afghanistan ist also ausgesprochen regenarm. Seine durchschnittliche jährliche Niederschlagsmenge beträgt 250 mm und erreicht damit nur ein Drittel bis ein Viertel der Durchschnittsmenge Europas. Afghanistans Wasserreservoir sind die Schnee- und Eisfelder der Gebirgsgipfel. Große Flüsse tragen ihre Wassermengen hinab, bis sie sich mit den Strömen Rußlands und Indiens vereinigen oder in den heißen Steppen im Süden des Landes versiegen.

Auf dem Kohe Baba entspringen die drei größten Flüsse des Landes: der den abflußlosen Salzsumpf speisende Hilmand, der zum Indus fließende Kabul und der im Sande des Marvs versickernde Harirod.

Vom Hindukusch fließen nach Nordosten der Andarabfluß, nach Nordwesten der Zorchabfluß, nach Südwesten der Gorbund und nach Südosten der Pandscheer. Die nördlich verlaufenden Flüsse münden in den Amudarja, der auf eine Länge von 1.000 km die Nordgrenze zur Sowjetunion bildet. Gorbund und Pandscheer vereinigen sich in der Sarobiegegend mit dem Kabul.

Die Nutzung dieser verströmenden Wassermengen hat schon von altersher zu einer hohen Kultur im Kanalisations- und Bewässerungsbau geführt, die freilich einer an modernen Bewässerungsmethoden geschulten Kritik nicht Stand hält und sich in der Überkommenen Weise nur in den Flußniederungen und Quellgebieten durchführen läßt. Von höher gelegenen Quellen aus wird das Wasser unterirdisch kilometerweit den Feldern zugeführt. Noch heute werden in mühevoller Handarbeit diese Gräben - Kares oder Kanat bezeichnet - angelegt, und ein wichtiger Teil der Landarbeit besteht in der Pflege und Instandsetzung dieses Bewässerungssystems.

Die Wassernutzung ist ein zentrales Problem der afghanischen Landwirtschaft; ebenfalls spielt sie für die elektrische Energiegewinnung eine große Rolle.

Neue Bewässerungsprojekte sind zunächst eine Kapitalfrage, da der Wasserreichtum der Flüsse während der verschiedenen Jahreszeiten sehr unterschiedlich ist und daher eine Wasserregulierung durch den Bau von Staudämmen notwendig ist.

Als bedeutendster Bewässerungsbau ist das Hilmandprojekt zu bezeichnen, das durch einen Vertrag der afghanischen Regierung mit der Ingenieurfirma Morrison-Knudsen-Company seit 1946 in Angriff genommen ist. Dadurch soll eine Bodenfläche von 320.000 ha bewässert und fruchtbar werden. Im Rahmen des ersten Fünfjahresplanes ist der Ausbau des Džilalabad-Bewässerungssystems mit Unterstützung der UdSSR begonnen worden, welches 25.880 ha Fläche mit Wasser versorgt und durch den Bau eines Wasserkraftwerkes 11.000 kw Strom erzeugt.

Nach der Planung vorliegender Projekte sollen insgesamt 700.000 ha Landfläche durch die Bewässerung nutzbar gemacht und die Stromerzeugung von 140 Mio kw auf 996 Mio kw bis 1965/66 gesteigert werden.

Seit 1960 ist mit der Unterstützung der United Nations Special Fund (U.N.S.F.) eine Kommission mit einer umfassenden Land- und Wasserbestandsaufnahme beauftragt worden, die hauptsächlich in den Tälern des Kundus, Kokscha, Kabul, Harirod, Farah und einiger anderer Flüsse erfolgen soll.

II. Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse

1) Bevölkerung

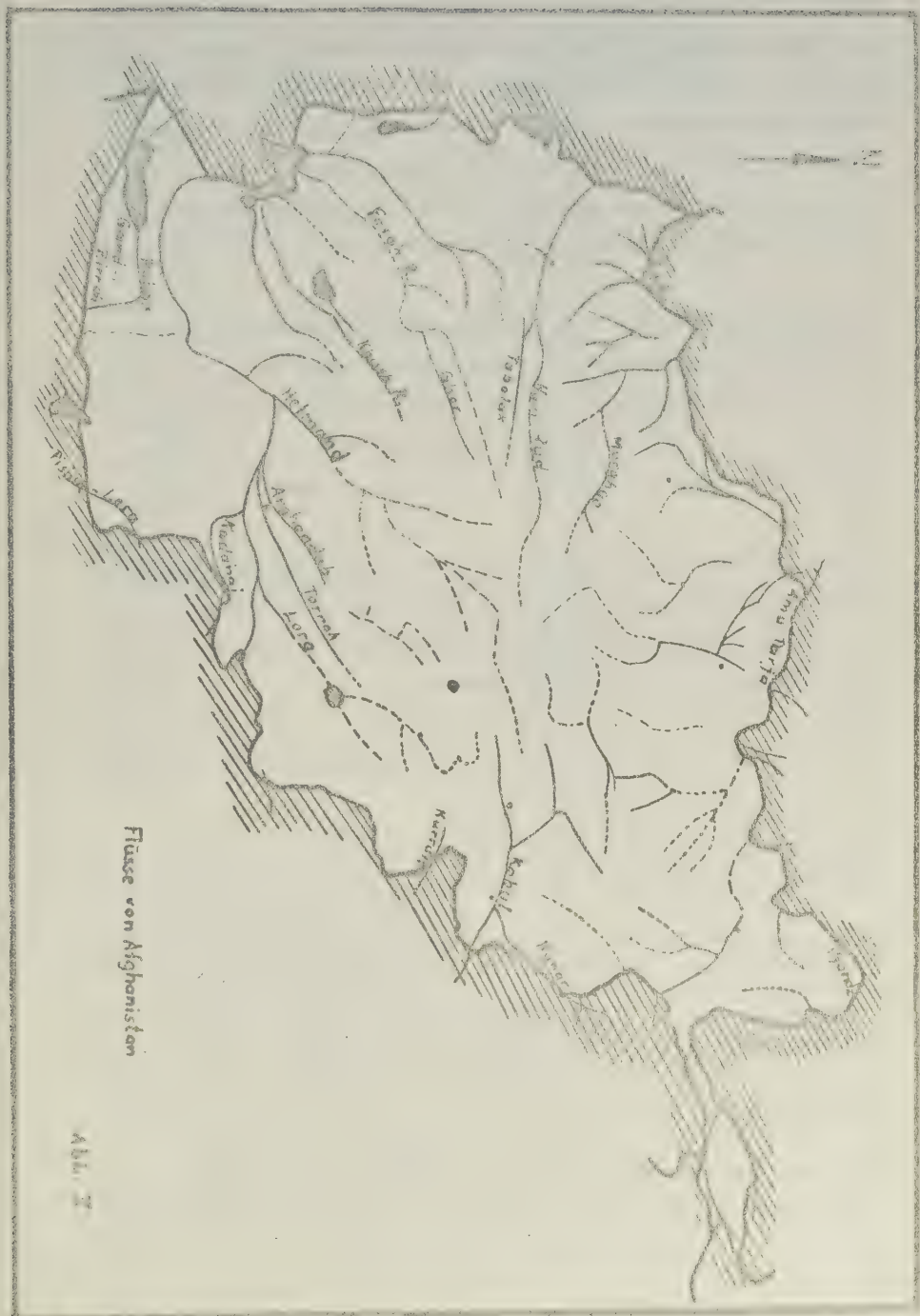
Afghanistan ist sehr dünn besiedelt. Die Angaben über Bevölkerungszahlen schwanken zwischen 12 und 15 Mio Einwohnern. Eine in dem letzten Jahr von der Regierung durchgeführte Schätzung ergab etwa 13,8 Mio Staatsangehörige.¹⁾ Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt demnach etwa 20 Einwohner je qkm.

Afghanistan sieht sich zur Zeit keinem Bevölkerungsproblem gegenüber, wie dieses in den Nachbarländern Indien und Pakistan der Fall ist; d.h. der Druck der Bevölkerungsmehrung auf eigenen Raum ist gering.

Das natürliche Bevölkerungswachstum ist zwar nicht explosiv, aber insofern stetig, als Afghanistan seit über 30 Jahren in keinen Krieg verwickelt war und die hygienischen und sozialen Maßnahmen, die von der afghanischen Regierung ständig durchgeführt werden, zu einem Anwachsen der Bevölkerungszahl beitragen. In besonderem Maße sind auch Infektionskrankheiten bekämpft worden. So wurden z.B. 1959 allein etwa 4 Mio Menschen gegen Flecktyphus geimpft, als diese Krankheit die Provinz Kandahar bedrohte.²⁾ Damit wird ersichtlich, daß die hygienischen Maßnahmen auf breitester Basis durchgeführt werden und nicht nur Städte, sondern auch entfernte Siedlungen erreichen.

1) Ministry of Planning (V), Basic of Statistics of Afghanistan, Kabul 1962, S. 1

2) Wesarate Plan (IV), "Peschrafte Plan wa Tahlile Ausae Ek-tezadie", Kabul, 1339 (August 1960), S. 340



Der überwiegende Teil der Bevölkerung besteht aus Landbewohnern. Dabei zeichnet sich Afghanistan durch eine regional sehr unterschiedliche Bevölkerungsdichte aus. So weisen das Flachland, wie z.B. die Katghan- und Masare Schrifprovinzen, sowie die Provinzen Farah und Kandahar nur geringe Einwohnerzahlen auf, was auf die Sozialstruktur dieser Gebiete, die durch Großgrundbesitz gekennzeichnet ist, zurückzuführen ist. Dagegen sind die Hanglagen der Berggegenden stärker besiedelt.

In den 17 Provinzen - etwa im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland verwaltungsmäßig den Ländern entsprechend -, die in 19 Regierungsbezirke und 138 Kreise, sowie weiter in 143 Ämter mit 1.444 Gemeinden aufgeteilt sind,¹⁾ wohnen nur 10 v.H. der Gesamtbevölkerung in den Provinzhauptstädten.

In Afghanistan fehlen Millionenstädte, d.h. überhaupt Großstädte wie in Europa. Die größte Stadt ist die Hauptstadt Kabul mit 224.000 Einwohnern. Die Provinzhauptstädte und deren Einwohnerzahlen sind folgende:

1) De Karhane Wesarate (I), "Pandjsal Kar", Kabul, 1340
(1961/62) S. 65

Tabelle I

Die Einwohnerzahlen der Provinzhauptstädte 1961

<u>Provinzhauptstädte:</u>	<u>Einwohnerzahl 1)</u>
Kabul	224.000
Kandahar	115.000
Herat	62.000
Masare Schrif	40.000
Djllalabad	44.000
Gardes	46.000
Baglahn	38.000
Gasni	19. 000
Gereschk	27.000
Faisabad	56.000
Farah	25.000
Maimana	49.000
Schebergahn	48.000
Tschrikar	52.000
Bamjan	40.000
Orosgan	47.000
Gorat	33.000
965.000	

Die Afghanen sind die Urbewohner (Afghanistan = Land der Afghanen). Sie sind arischer Herkunft und stellen auch heute noch den größten Teil der Bevölkerung. Sie sind seßhaft in den Provinzen Kabul, Kandahar und Herat, sowie in den Süd- und Ostprovinzen ²⁾. Anderer Abstammung sind die mongolischen Usbeken im Norden und die Hasaren im Mittelhochland, sowie die turkotatarischen Turkmenen in den Nordregionen des Landes. In einigen Städten leben als Minderheiten die Keselbaschen persischer Abstammung, die unter der Herkunft des persischen Kaisers Nader Afschar nach Afghanistan gelangt sind.

1) Vgl. Ministry of Planning (V), Basic Statistics of Afghanistan, Kabul, 1961/62, S. 1

2) Vgl. Kamal, Abdul Hadi, a.a.O., S. 9

2) Bildungsstand und Erziehungswesen

Der Bildungsstand des Volkes ist gering, denn nur etwa 10 v.H. der Gesamtbevölkerung können lesen und schreiben. Da ein ausgebauten Schulwesen besonders auf dem Lande fehlt, liegt der Anteil der Analphabeten unter der Landbevölkerung gegenüber den Stadtbewohnern beträchtlich höher.

Das moderne Schulwesen hat nur eine 60-jährige Geschichte. Die allgemeine Schulpflicht ist erst 1930/31 eingeführt worden. Die Kosten und Aufwendungen der Ausbildung in den Schulen und in der Universität werden vom Staat getragen.

Die Schulen sind vorwiegend in Städten und in großen Siedlungen eingerichtet worden. In den Dörfern wird die Unterrichtsarbeit hauptsächlich in den Moscheen von Geistlichen betrieben. In jüngster Zeit ist die Aufgeschlossenheit der Landbevölkerung gegenüber der Einführung eines modernen Schulwesens gewachsen, wobei das traditionelle Unterrichtswesen in den Moscheen langsam nachläßt. Die Kinder sind vom 7. Lebensjahr an schulpflichtig und müssen eine Volksschulabschlußprüfung machen. Im Rahmen des Unterrichtswesens ist vor allem die Entwicklung der Dorf- und Volksschulen in neuerer Zeit beträchtlich (vgl. Tabelle II). Die Schülerzahl konnte binnen 8 Jahren (1951/52 bis 1958/59) von 114.946 auf 235.000 erhöht werden.¹⁾ Die Lehrkräfte werden in einheimischen Fachschulen und der Universität Kabul ausgebildet. Die Lehrkräfte der Realschulen werden zum Teil durch ausländische Lehrkräfte ersetzt.

1) Wesarate Plan (IV), a.a.O., S. 312 ff

Tabelle II
Die zahlenmäßige Entwicklung der Schulen¹⁾

Schulen	1951/52 ¹⁾	1958/59 ¹⁾	1961/62 ²⁾
Dorfschulen	42	614)	1.436
Volksschulen	283	367)	
Mittelschulen	8	17	52
Gymnasien	16	16	22
Fachschulen	23	30	31
	372	1.044	1.541 ²⁾

Der Anteil weiblicher Lehrkräfte beträgt etwa 10 v. H. im Durchschnitt aller Schulen, ist aber bei den Volksschulen am höchsten. Die Gesamtzahl der einheimischen Lehrkräfte beläuft sich auf 5.983 (ohne Universitätsprofessoren).

Afghanistan besitzt eine Universität in Kabul. Eine zweite ist in der Ostprovinz Nangarhar vorgesehen, deren Fertigstellung in den nächsten zwei Jahren geplant ist. Die Universität Kabul umfaßt zwei medizinische, zwei literaturwissenschaftliche, zwei naturwissenschaftliche und je eine rechts- und wirtschaftswissenschaftliche, technische, landwirtschaftliche und pharmazeutische Fakultäten. Die Zahl der Studierenden belief sich 1961/62 auf 1.987. Der Professorenkreis umschließt einheimische und ausländische Kräfte.

1) Wesarate Plan (IV), a.a.O., S. 342 ff

2) Ministry of Planning (V), a.a.O., S. 14

3) Berufsstruktur

Genaue Angaben über die berufliche Gliederung Afghanistans sind schwerlich zu machen. Aber auf Grund von geschätzten, zugänglichen Werten läßt sich die Feststellung erhärten, daß die Bevölkerung Afghanistans hauptsächlich in der Landwirtschaft tätig ist. Die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Einwohner wird mit 85 bis 90 v. H. der Gesamtbevölkerung angegeben. Darunter fallen auch diejenigen, die forstwirtschaftlich und bei der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte tätig sind. Somit ist die Zahl der Handwerker und der Industriearbeiter im Verhältnis zu den Landwirten und Landarbeitern gering. Die Zahl der in den Fabriken tätigen Industriearbeiter wird mit 15.000 angegeben ¹⁾. Von der Gesamtbevölkerung leben etwa 15 v.H. in den Städten, 25 v.H. sind Nomaden und 60 v.H. leben in Dörfern und kleineren Ortschaften. Ein erheblicher Teil der Stadtbevölkerung ist auch in der Landwirtschaft beschäftigt.

Die anderen Stadtbewohner sind Beamte bei der Regierung und als Angestellte bei Privatunternehmungen oder staatlichen Verwaltungsstellen beschäftigt. Die genaue Zahl dieser Beschäftigten ist unbekannt. Auf Grund der Angaben des Gesundheits-, Kultus- und Postministeriums kann die Zahl der Beamten insgesamt auf 50.000 bis 60.000 geschätzt werden. Unter die oben genannten Zahlen fallen nicht die in staatlichen Unternehmungen beschäftigten Personen, wie die Angestellten der Monopolgesellschaft, der Transportgesellschaft, verschiedene staatliche Unternehmungen und das Militär. In den übrigen Unternehmungen, wie in privaten Gesellschaften, Banken und Industriebetrieben dürften etwa ebenso viele Personen angestellt sein.

1) Rhein, E., Problem der Industrialisierung in Afghanistan, in " Wirtschaftsdienst", Hamburg, Mai 1963, Jhg. 43, S. 199

Durch die Gründung von 7 weiteren Provinzen in den letzten Jahren hat sich die Zahl der Beamten erhöht. Ebenso sind auf industriellem Gebiet neue Fabriken und Betriebe eingerichtet worden, durch die jedoch keine durchschlagenden Änderungen in der beruflichen Gliederung hervorgerufen worden sind. Diese Einrichtungen ändern also nichts an der Tatsache, daß der größte Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist.

4) Siedlungsweise

Abgesehen von den wenigen Großstädten des Landes, deren moderne Hochbauten westlicher Prägung das Stadtbild immer stärker bestimmen, ist die Siedlungsweise in den Provinzen unberührt von fremden Einflüssen und richtet sich in herkömmlicher Weise ganz nach den örtlichen Erfordernissen, die bestimmt sind von Wasservorkommen, Witterungseinflüssen sowie den Schutz- und Wehrvorstellungen der Einwohnerschaft.

Die maßgebliche Bedeutung der Wasserverhältnisse wurde bereits bei der Untersuchung des Wasserhaushalts offenkundig. So ist ein ausreichendes Wasservorkommen zu Trink- und Bewässerungszwecken am Ort unabdingbare Voraussetzung für das Bestehen einer Ansiedlung.

Darum trifft man in vielen Gegenden auf verfallene Ortschaften, die hauptsächlich aus Gründen des Wassermangels verlassen wurden. Der Einfall Dschigis Chans im 12. Jahrhundert, bei dem die Wasserquellen und Bewässerungskanäle der Städte Balch, Herat, Gereschk und Gasni zerstört wurden, hatte katastrophale Auswirkungen für die gesamte Folgezeit. Die betroffenen Gegenden und Städte mußten verlassen und dem Verfall ausgeliefert werden. Was einstmals als Kornkammer Asiens galt, ist

heute kaum bewässerbar und für den Anbau und eine Besiedlung ungeeignet.

Die Notwendigkeit des Schutzes vor den Unbilden der Witterung haben Anlage und Bauweise der Siedlungen in gleicher Weise geformt. Die Dörfer liegen jeweils in Ortschaften beieinander, um Angriffen gemeinsam begegnen zu können, wobei sie festungsartig ausgebaut sind. Den rechteckigen Grundriß umschließt eine Wehrmauer, die 4 - 9 m Höhe erreicht. Die Ecken sind mit Wachttürmen bewehrt. Auch Städte haben heute noch diese überkommenen Befestigungsanlagen.

Im Durchschnitt beträgt die Grundfläche einer Siedlung 3 - 5 ha, die in 12 - 15 Wohnbezirke aufgeteilt sind. Jede Familie besitzt wenigstens 2 Wohnräume, einen, gegebenenfalls auch mehrere Wirtschafts- und Lagerräume, sowie Viehställe. Die Häuser sind überwiegend zweistöckig, die Wohnräume befinden sich im Obergeschoß.

Neben diesen burgartigen Siedlungen gibt es auch unbefestigte Niederlassungen; die 1 - 3-stöckigen Häuser sind aneinander gebaut und durch gemeinsame Trennwände verbunden.

Die Bauweise ist denkbar einfach. Holz und sonnengetrocknete Lehmziegel dienen als Baumaterial und für die Grundmauern wird Bruchstein verwendet, der häufig durch besonders gehärteten Lehm ersetzt wird.

In den Siedlungen der kalten Klimazone, so in Nuristan und Hasaradjad, haben die Häuser der Kälte wegen vielfach keine Fenster. Schächte dienen der Belüftung und dem Einfall des Tageslichtes. Diese primitiven Bauten sind aber auch Beweise für die Abgeschlossenheit dieser Gegenden, die, unberührt vom Verkehr, neuere und zweckmäßigere Bauformen noch nicht aufgenommen haben.

Der Umfang des Wohnungs- und Siedlungsbaus auf dem Lande wird nicht so sehr bestimmt durch die Verfügbarkeit über Kapital, sondern von der Gemeinschaftsarbeit, die von Familienangehörigen und Nachbarn gemeinsam erbracht wird. Diese gegenseitige Hilfe, die bei Gefahr und bei der Ausführung größerer Arbeitsvorhaben gleichermaßen Anwendung findet, ist überall und in jeder Epoche üblich gewesen. Sie ist ein Zeichen für das Solidaritätsgefühl der afghanischen Bevölkerung.

5) Verkehrsverhältnisse

Afghanistan ist ein von Verkehrswegen unzureichend erschlossenes Land. Die geographisch isolierte Lage beeinträchtigt auch den Transitverkehr und verhindert das Entstehen internationaler Handelsplätze.¹⁾

Die ungünstigen topographischen Verhältnisse im Inneren erschweren den Verkehr mit den weit verstreut liegenden Ansiedlungen und den ausländischen Umschlagshäfen und Verkehrslinien.

Die wichtigsten Wirtschaftsgebiete und Städte sind durch Gebirge, Wüstenstriche und Flüsse getrennt; die Flüsse sind unreguliert und scheiden als Hauptverkehrsträger aus ²⁾. Die Stromgeschwindigkeit in den Oberläufen ist zu stark, während in der Ebene die Wassermassen träge dahinfluten, voller Untiefen sind und nach der jährlichen Schneeschmelze oft das Flußbett wechseln.

1) Vgl. Hofmannsthal, E., Entwicklungsland in Hindukusch, in: "Der Volkswirt", Jg. 16/1962, Nr. 13, S. 598

2) Vgl. Fischer, Klaus, Alexanderzug 1960 - Station Seistan, Deutsche Archäologen erforschen unbekannte Winkel Asiens, in: Die Welt, Unabhängige Tageszeitung für Deutschland, Nr. 82 v. 8.4.1961.

Die Errichtung eines modernen Straßennetzes ist sehr kostspielig und der Bau von Eisenbahnlinien unrentabel. ¹⁾

Die einzige Hauptverkehrsstraße verbindet die Landeshauptstadt Kabul mit den Provinzhauptstädten und führt von Kabul über Parvan, Pole Chomri, Baglahn, Masare, Scharif, Maimana, Herat, Farah, Gereschk, Kandahar, Gasni wieder zurück nach Kabul. Das Straßennetz, das während des ganzen Jahres befahrbar ist, hat eine Gesamtlänge von 3.700 km. Hierzu zählen die Ringroute von Kabul nach den Provinzstädten und die Verkehrsverbindungen nach den Nachbarländern. ²⁾ Die übrigen Verkehrswege weisen eine Länge von insgesamt 2.500 km auf. ³⁾ Sie sind den klimatischen Verhältnissen entsprechend nicht ständig benutzbar.

Die Nahverkehrswege zwischen den Dörfern und Siedlungen können mit einer Länge von 5.000 km angegeben werden. ⁴⁾ Sie sind für den modernen motorisierten Verkehr nicht geeignet, der Transport ist auf die für das Land charakteristischen Verkehrsmittel, von Pferden gezogene, einachsige Karren, sowie Lasttiere, angewiesen. Nach wie vor haben Esel, Maultiere, Pferde und Kamele die wichtigste Bedeutung für den Warentransport.

Steckenweise können auch die Flüsse durch Fähren, kleine Kähne und Flöße benutzt werden. Der Stammholztransport aus dem Nuristangebiet nach Djalabad erfolgt z.B. auf dem Konarfluß.

Obwohl seit ungefähr 50 Jahren im Zuge der afghanischen Verkehrserschließung der Straßenbau gefördert wird, steht man noch immer großen Schwierigkeiten und schwer zu lösenden Problemen gegenüber, die sich auf die Anpassung an moderne Verkehrsmittel und den Ausbau neuer Strecken sowie

1) Vgl. von Hofmannsthal, E., a.a.O., S. 598

2,3,4) Weserate Plan, 1339 (1960). a.a.O., S. 45

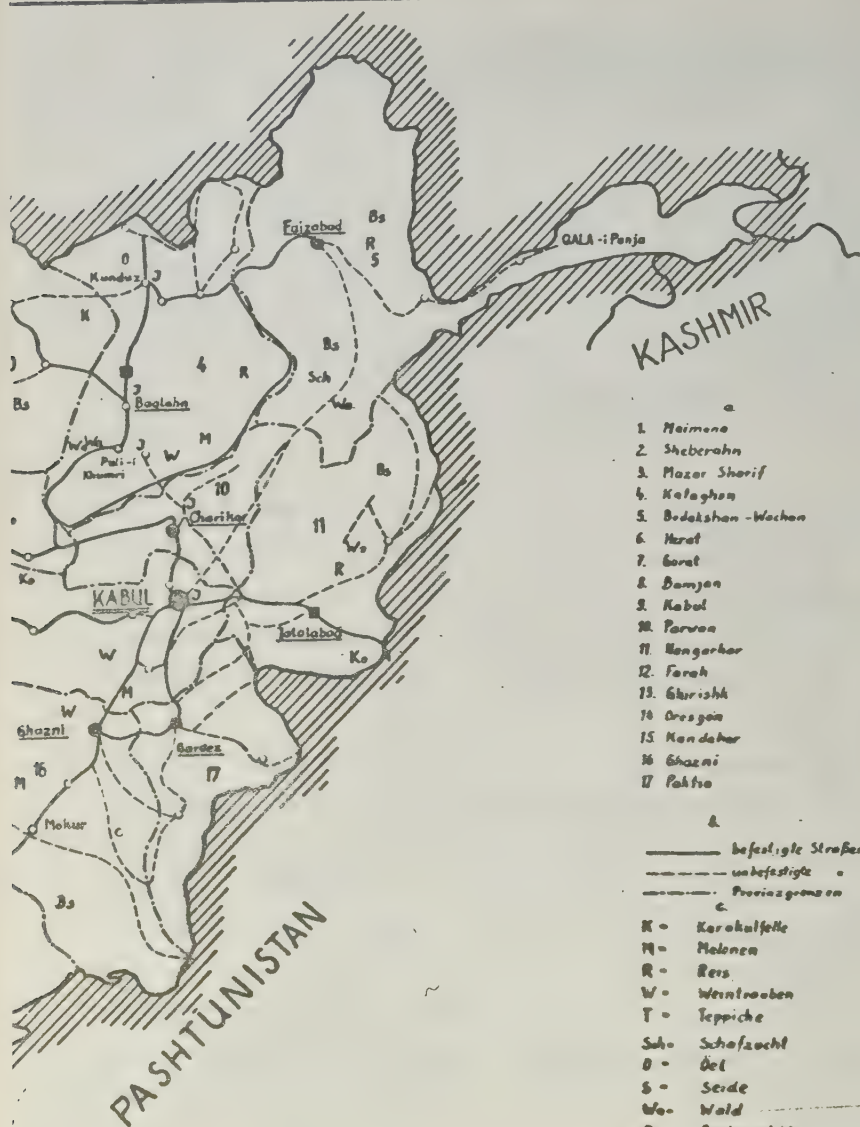
4) Weserate Plan 1339 (IV) (1960), a.a.O., S. 45

N

U.D.S.S.R

IRAN





Übersicht von a) Provinzen, b) Verkehrsnetz und c) Anbaugebiete von AFGHANISTAN

die damit verbundene Überwindung natürlicher Hindernisse beziehen.

Lange Zeit konnte der Straßenbau wegen Kapitalmangels nicht mit genügender Intensität betrieben werden. Erst in den letzten Jahren ist es der Regierung gelungen, mit den in den Fünfjahresplänen bereitgestellten Mitteln den Straßenbau voranzutreiben. Amerikanische und russische Wirtschaftshilfen unterstützen diese Projekte.

Das Hauptinteresse richtet sich auf den Ausbau der Hauptverkehrsstraßen, die eine direkte Verbindung zwischen den einzelnen Wirtschaftsgebieten und zu den Nachbarländern herstellen sollen. Diese Straßen sollen zur Förderung des Binnen- und Außenhandels entscheidend beitragen.

Darunter fällt der Ausbau der Verbindungen zwischen den Nord- und Südprovinzen. Das ertragreiche Gebiet nördlich des Hindukusch, das bisher nur über den Scheeberpaß (3.200 m) mit dem Süden verbunden war, erhält durch die Salangstraße einen günstigeren Anschluß. Diese neue Verbindung im Salangtal passieren und die alte Strecke um 200 km zwischen Kabul und den Industriestädten Polechomrie, Baglahn und Kundus und bis nach Keselkala am Amudarja geschaffen. (Vergl. Abb. III)

Von großer Bedeutung ist auch die Straße von Herat über Farah nach Kandahar. Sie verbindet die an landwirtschaftlichen Produkten ertragreiche Heratprovinz mit der Provinz Kandahar und darüber hinaus die Provinzen Paktia, Nangarhar und Kabul.

Diese Straße dient also dem verbesserten Ernährungsgüter-
austausch zwischen Erzeuger- und Verbrauchermärkten.

Von den Verbindungswegen nach Pakistan sind die wichtigsten
die Straßen von Kabul über Kandahar und Spinboldak und von
Kabul über Torcham. Beide sind von Bedeutung für den Außen-
handel, der in Karatschi umgeschlagen wird. Sie wurden als
erste in Bau genommen, sind jedoch seit Juni 1961 von der
pakistanischen Regierung gesperrt.

Der Nordverkehr nach Rußland wird durch die Verbindung über
Kundus und Keselkala, über Masare, Scharif und Kleft sowie
über Herat und Torgundie erschlossen.

Diese Verbindung erwies sich wiederholt als sehr bedeutungs-
voll, als sie bei der Blockierung der pakistanischen Ver-
kehrswege durch Pakistan im Paschtunistan-Streit allein den
Anschluß an den Welthandel über Rußland ermöglichte.¹⁾

Mit Persien verbindet Afghanistan die Route über Islamakala
nach Masched. Sie ist insofern sehr wichtig, als sie den
Transitverkehr über Persien ermöglicht, der im jüngst ge-
schlossenen Transitvertrag mit der persischen Regierung
sichergestellt wurde. Es galt dabei, die Schwierigkeiten
für den afghanischen Außenhandel abzuschwächen, die in
der ständig wiederholbaren Möglichkeit einer pakistanischen
Grenzblockierung liegen.

1) Vgl. von Hofmannsthal, E., a.a.O., S. 598

Die Bauvorhaben des ersten Fünfjahresplanes betreffen auch den Bau von Wasserstraßen. Mit der Ausführung wurde bereits begonnen, so daß wahrscheinlich in den kommenden Jahren der afghanische Teil des Amudarja und des Hilmand schiffbar gemacht werden.

Stark entwickelt hat sich in den letzten Jahren der Flugverkehr, der zwischen 8 inländischen Flughäfen von der nationalen Fluggesellschaft Ariana wahrgenommen wird. Zur Förderung des internationalen Transit-Flugverkehrs wurde der Flughafen Kandahar ausgebaut, so daß die interkontinentale Fluglinie zwischen Europa, Indien und dem Fernen Osten nicht mehr über Kabul geleitet zu werden braucht, sondern um ca. 200 km begradigt werden konnte.

Das Post- und Telefonwesen wurde im Zuge des ersten Fünfjahresplanes neuzeitlich organisiert. Die Post ist ein staatliches Unternehmen und unterhält per Kraftwagen und auf dem Luftwege regelmäßige Zustelldienste in alle Teile des Landes. Das Telefon- und Telegraphennetz verbindet nicht nur die Provinzen untereinander, sondern auch über Kabul mit dem internationalen Fernsprech- und Funkverkehr.

6) Produktionsstruktur

Bei einem Blick auf die branchenmäßige Zusammensetzung der Wirtschaft Afghanistans zeigt sich, daß die Landwirtschaft ein starkes Übergewicht hat. Größtenteils in der Struktur von Familienbetrieben versorgt sie zunächst die einheimische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Die Überschüsse der landwirtschaftlichen Erzeugung spielen für die Entwicklung der einheimischen Industrie sowie für den Außenhandel eine Rolle.

Dem landwirtschaftlichen Bereich entstehen in besonderem Maße Probleme, die in Zusammenhang mit der Darstellung der landwirtschaftlichen Produktionsstruktur und der Agrarverfassung noch behandelt werden. Vorwegnehmend sei an dieser Stelle nur gesagt, daß die Landwirtschaft sehr stark unter organisatorischer und technischer Rückständigkeit leidet. Ähnliches betrifft den handwerklichen Bereich.

Die Energieprojekte als Grundlage einer industriellen Entwicklung basieren ausnahmslos auf der im ganzen Lande reichlich vorhandenen Wasserkraft. Denn durch die Förderung der Energiegewinnung lassen sich gleichzeitig große Bewässerungsprojekte verwirklichen, wie z.B. Flußregulierungen. Der Bau von Wasserwerken erweist sich als ein zentrales Problem der afghanischen Volkswirtschaft.

Der Bau von Großkraftwerken hat bereits einige Jahre vor dem Inkrafttreten des ersten Fünfjahresplanes mit dem Sarobi-Projekt zur Stromversorgung der Hauptstadt Kabul begonnen. Inzwischen sind weitere Wasserkraftwerke entstanden, so die Anlage von Chanabad, Polechomriedowom, Greschk, Arghandab

in der Kandaharprovinz, sowie in Farah. Weitere Wasserkraftwerke befinden sich im Bau. 1961 betrug die gesamte Elektrizitätsproduktion bereits 58.900 kw gegenüber 13.000 kw im Jahr 1951.¹⁾

Die Industrieproduktion in Afghanistan hat erst in den vergangenen 15 Jahren einen Aufschwung erfahren. Zwar lassen sich die Anfänge einer Industrialisierung bereits 1887 mit der Gründung einer Waffenfabrik in Kabul durch den Staat erkennen, der dann bald weitere Industrien folgten, jedoch verursachte die wechselvolle politische Geschichte Afghanistans besonders in den beiden Weltkriegen einen schleppenden Verlauf der industriellen Entwicklung bis zum Beginn des ersten Fünfjahresplanes im Jahre 1955/56. In Ausführung dieses Wirtschaftsplanes zeichnete sich zum ersten Male eine zielbewußte Erschließung der modernen industriellen Möglichkeiten ab. Inzwischen läuft seit 1961 der zweite Fünfjahresplan, der in Fortsetzung des begonnenen Werkes u.a. noch wesentlich höhere Investitionen vorsieht.

Der Bergbau konnte in Afghanistan bisher nur mäßig entwickelt werden, obgleich reiche Bodenschätze vorhanden sind; denn abgesehen von den Erfordernissen einer hohen technischen Ausrüstung ist die Förderung mineralischer Vorkommen eine Transportfrage, die zu lösen, wie erörtert, in Afghanistan außerordentlich schwer ist. Die Wirtschaftspläne der Regierung tragen diesem Umstand auch Rechnung, wie sich aus diesem Vergleich der beiden Fünfjahrespläne ergibt. War vordringlicher Punkt des ersten

1) Ministry of Planning (V), a.a.O., S. 6

Fünfjahresplanes der Ausbau des Verkehrswesens mit einer Investitionssumme von 225 Mio US \$, so treten im zweiten Fünfjahresplan an diese Stelle Bergbau- und Industrievorhaben mit 300 Mio US \$.¹⁾

Die Entwicklung einer Grundstoffindustrie wird also forciert und die Gewinnung wichtiger Rohstoffe wie Erdöl, Erdgas und Mineralien, die zwar erst prospektiert, aber gesichert sind, werden die Struktur der künftigen industriellen Produktion wesentlich bereichern.

55 v. H. der gesamten Industrieproduktion entfallen auf die Textilindustrie. Der gesamte Ausstoß an Baumwoll- und Wollstoffen der Textilindustrie würde bei Ausnutzung der vollen Kapazität 75 Mio m Stoff pro Jahr betragen.²⁾

Textilfabriken zur Verarbeitung der im Lande geernteten Baumwolle und erzeugten Wolle befinden sich in Polechomrie und Djabulsaradj. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang die erst in 1960 in Betrieb genommene Fabrik in Golbahar zu nennen, die als eine der größten Textilfabriken in Asien gilt. Die bestehenden Unternehmen beschäftigen etwa 15,7 Tausend Arbeiter.

1) Vgl. Commerzbank, "Afghanistan", Ergänzungslieferung 8/1961, S. I/3

2) Vgl. Rhein, E., Probleme der Industrialisierung in Afghanistan, in "Wirtschaftsdienst", Hamburg, Mai 1963, Jg. 43, S. 199

Wie der gegenwärtige Stand der industriellen Entwicklung erwarten läßt, ist immer noch das Handwerk nach der Landwirtschaft der wichtigste Produktionsfaktor der afghanischen Volkswirtschaft. Abgesehen von der auf dem Lande gebräuchlichen handwerklichen Betätigung für den Eigenbedarf, findet sich überall ein vielgestaltiges, eigenständiges Handwerk, das, meist in Form von Familienbetrieben, in althergebrachter Weise Erzeugnisse hervorbringt, die ihres künstlerischen Gehaltes wegen z.T. weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt und gefragt sind.

7) Der Außenhandel

Der Außenhandel Afghanistans untersteht staatlichen Lenkungsmaßnahmen, jedoch wurden diese erst notwendig, als in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg durch die damalige Weltmarktsituation dem afghanischen Außenhandel Schwierigkeiten erwuchsen, die ohne staatlichen Eingriff nicht mehr lösbar waren. Es wurde die Devisenzwangswirtschaft eingeführt.¹⁾

Danach sind die im Außenhandel tätigen Organisationen, bei denen es sich um kapitalintensive Unternehmen mit mehr privatem als staatlichem Kapital handelt²⁾, verpflichtet, gemäß vorgeschriebenen Tarifen einen Teil ihrer Devisen an den Staat abzuführen.

1) Vgl. Kamal, H., a.a.O., S. 90 ff

2) Als Gegenstück wäre hier die Staatsmonopolgesellschaft zu erwähnen, die für einige lebenswichtige Importwaren wie Zucker, Tee, Benzin und Kraftfahrzeuge zuständig ist.

Da Afghanistans Export zu 95 v.H. aus landwirtschaftlichen Rohprodukten besteht, ist seine Außenhandelssituation von der Nachfrage nach diesen Gütern am Weltmarkt abhängig. Die schnelle Verwirklichung von Entwicklungsplänen steht einer günstigen Zahlungsbilanz entgegen, denn die Zahlungsbilanz ist passiv, da die Einfuhr der erforderlichen Investitionsgüter sich von Jahr zu Jahr erhöht. Der Umfang des Exports kommt aber für einen Ausgleich der Zahlungsbilanz nicht in Frage.

Wenn auch der Umfang des Außenhandels sich in den letzten Jahren vergrößert hat, wird die Außenhandelssituation Afghanistans besonders durch die geographische Lage des Landes beeinträchtigt, so wurde z.B. der Umschlagshafen Karatschi im Zuge des Paschtunistanstreites ständig durch die pakistanische Regierung blockiert und schließlich im September 1961 zum zweiten Male völlig gesperrt.¹⁾

Dadurch ist der Absatzmarkt auf dem indischen Kontinent geschwächt; dagegen hat sich nach Norden der Handelsverkehr mit der Sowjetunion verstärkt. Die wichtigsten Handelspartner Afghanistans lassen sich aus der nachfolgenden Tabelle (V) ersehen. Sie macht auch die Umlenkung der Absatzströme im Zusammenhang mit der Sperrmaßnahme der pakistanischen Regierung deutlich (1955/56 bzw. 1961/62). Tabellen III und IV zeigen den mengenmäßigen Anteil des Exports an der Gesamtproduktion.

1) 1963 wurde die Grenze von Pakistan wieder geöffnet.

Tabelle III

Wichtige Exportwaren in 1.000 Tonnen und Stück
1951/52 - 1961/62

	Frische und getrocknete Früchte		Baumwolle		Wolle		Saatgüter und Kräuter		Karakulfelle		Häute und Rohleder	
	Gesamtproduktion	Exportanteil	Gesamtproduktion	Exportanteil	Gesamtproduktion	Exportanteil	Gesamtproduktion	Exportanteil	Gesamtproduktion	Exportanteil	Gesamtproduktion	Exportanteil
1951/52 a)	100.000	60.000	10.000	2.800	10.000	4.300	50.000	8.000	3	1,5	7 c)	0,7
1955/56 a)	50.000	41.300	22.000	6.100	21.000	7.700	50.000	3.500	5 c)	1,9	7	1,3
1956/57 b)	248.000	58.300	22.000	10.600	21.000	7.100	50.000	4.500	5 c)	2,2	7	1,9
1957/58	248.000	58.900	44.000	17.700	21.000	7.000	42.000	13.200	5	2,9	7	1,4
1958/59	270.000	65.300	53.000	7.000	21.000	5.400	50.000	8.600	5	2,0	7	1,3
1959/60	250.000	64.000	47.000	4.100	21.000	7.600	50.000	---	5	2,8	7	1,5
1960/61	305.000	54.000	51.000	6.500	21.000	5.400	50.000	---	5	2,1	7	1,1
1961/62	---	43.000	---	11.500	---	5.400	---	---	---	2,7	-	1,0

in Mio in Mio in Mio in Mio

a) Weagrate Plan (II, a.a.O., S. 6

b) Ministry of Planning (V), a.a.O., S. 3 und S. 21

c) Vgl. Keschawars, a.a.O., S. 38 ff

Tabelle IV

Wichtige Exportwaren in 1.000 Tonnen und Stück

1951/52 - 1961/62

(Fortsetzung)

	Teppiche		Gedärme	
	Gesamtproduktion	Exportanteil	Gesamtproduktion	Exportanteil
1951 / 52		137,3		0,7 Mio
1955/ 56		153,4		1,6 Mio
1956 / 57		178,2		1,6 Mio
1957 / 58		239,1		2,2 Mio
1958 / 59		139,9		1,5 Mio
1959 / 60		281,0		1,7 Mio
1960 / 61		372,0		1,4 Mio
1961 / 62		443,0		1,0 Mio

Tabelle V

Exportvolumen in Mio Afghani nach Ausfuhrländern von 1951/52 - 1961/62 1)

Länder	1951 / 52	v.H.	1957 / 58	v.H.	1958 / 59	v.H.	1959 / 60	v.H.	1960 / 61	v.H.	1961 / 62	v.H.
Indien	215	29,4	580	29,2	615	35,7	268	18,8	201	15,3	181	13,4
USA	194	26,5	336	16,9	367	21,3	392	27,5	242	18,4	198	14,6
Sowjetunion	134	18,3	456	23,0	294	17,1	214	15,0	142	10,8	406	30,0
England	59	8,1	225	12,8	202	11,7	271	19,1	183	14,0	169	12,5
Pakistan	95	13,0	97	4,9	101	5,9	128	9,0	147	11,2	44	3,2
Tschechoslowakei	--	--	112	5,6	12	0,7	25	1,8	77	5,3	66	4,9
Sonstige Länder	12	1,7	31	1,7	41	2,4	53	3,7	127	9,6	121	8,9
Gesamtes Exportvolumen	731	100	1984	100	1723	100	1424	100	1314	100	1354	100

1) Ministry of Planning (V), a.a.O., S. 20

Der Aufkauf und die Vermarktung der Exportgüter geschehen ausschließlich durch wenige Handelsorganisationen und einzelne Großhändler. Diese haben eine ausgesprochen starke Stellung gegenüber dem atomistischen Angebot und üben einen starken Preisdruck aus. Dieses hat wiederum zur Folge, daß dem Erzeuger an einer qualitativen und quantitativen Verbesserung seiner Produkte nicht gelegen ist.

Der wertmäßige Rückgang des Exportes ist z.T. auch dadurch zu erklären, daß die Handelsorganisationen nicht bemüht sind, die Waren konkurrenzfähig, d.h. in der Sortierung, Verpackung etc. Weltmarktbedingungen entsprechend auszustatten, so daß die dadurch bedingten niedrigen Preise den Export trotz mengenmäßiger Ausweitung oder Konstanz wertmäßig sinken lassen.

8) Kapitalstruktur und Kreditwesen

Der Kapitalmangel in der afghanischen Volkswirtschaft ist naturgegeben, wenn man an die Wirtschaftsstruktur des Landes als eines charakteristischen Agrarlandes denkt, das produktionstechnisch unaufgeschlossen ist. Die Entwicklung eines Kapitalmarktes würde damit eine vordringliche Aufgabe bei der wirtschaftlichen Erschließung des Landes darstellen. Im allgemeinen fehlt jedoch der Bevölkerung die Aufgeschlossenheit für monetäres Denken, das auf einer ständigen Pflege des Geldverkehrs, Sparens, der Bildung und Erhaltung von Geldvermögen basiert.

Das hat mehrere Gründe.

Wenn überhaupt das Existenzminimum überschritten wird und damit erst die Möglichkeit einer Vermögensbildung gegeben ist, fehlt es an entsprechenden Banken oder Kasseninstituten. Dem Einzelnen fehlt darüber hinaus der Antrieb zur Kapitalbildung zu Investitionszwecken. Dort, wo ein Sparwille vorhanden ist, folgt dieser kaum volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, d.h. Geld wird gehortet bzw. in Gold oder Edelsteinen angelegt, oder aber zum Kauf von Immobilien verwendet, deren Verkäufer das Geld wiederum konsumtiv verausgaben. Einem potentiellen Kapitalmarkt wären die Geldmittel also schwerlich zugänglich.

Kapital aus inländischen Quellen ist damit nur in beschränktem Maße vorhanden.

Das in Afghanistan vorhandene Kreditsystem ist insofern unzureichend für eine Kapitalbildung, als das Bankensystem sich nur in den Städten konzentriert hat. Die Banken befinden sich in der Hauptstadt Kabul mit Filialen in den Provinzhauptstädten. So ist dem größten Teil der Bevölkerung in Kleinstädten und Siedlungen das Bankgeschäft nicht direkt zugänglich. Abgesehen davon steht die Gewährung von Krediten an Private weit hinter der Vergabe von Investitionskrediten in Form von Beteiligungen an Handels- und Industrieunternehmen. Die zwei großen Banken, nämlich die Zentralbank - De Afghanistan Bank- und die Afghan National Bank - Banke Meli Afghan - waren bis zum Anfang des ersten Fünfjahresplanes an über 40 Unternehmen beteiligt. ¹⁾

1) Wesarate Nalia, Nacostin "Plane Pandjsalie Ektezadie Afghanistan, Kabul 1335, S. 296-297

Zur Unterstützung des privaten Bankensektors sind weitere Banken wie die Agrar-Gewerbebank - Banke seratie wa Sanie Rostaie - De Harhana aw lazie Sanieo Djro Bank -, die Bank für Bauzwecke - Banke Emranie -, die Kommerzbank - De Paschtane Tedjaratie Bank - gegründet worden. Es hat jedoch keine nennenswerte Ausdehnung des privaten Kreditvolumens stattgefunden. Diese Tatsache ist auf die Konzentration des Kapitals im Handels- und Industriesektor zurückzuführen. Diese Sektoren stellen größere Kreditsicherheiten, während die privaten Haushalte nur in beschränktem Maße Sicherheiten bieten können.

Es gilt, in Afghanistan das Geld- und Kreditwesen als Grundlage der wirtschaftlichen Weiterentwicklung auszubauen und auf eine breitere Basis zu stellen.

Große Kreise der Bevölkerung müssen im Zuge von Einkommenserhöhungen zum Sparen erzogen werden und die potentiellen Sparmittel durch Organisationen bzw. Institutionen des Kapitalmarktes Investitionen ermöglichen und damit der Produktion zugute kommen.

Ausländische Kapitalzuflüsse zum einheimischen Kapitalmarkt sind gering; ebenso sind kaum direkte ausländische Beteiligungen an Großunternehmen und Banken vorhanden. Die Kapitalzufuhr im Rahmen der Entwicklungshilfe, die insbesondere mit dem Beginn des ersten Fünfjahresplanes einsetzte, werden zunächst dem Staatsfonds zugeführt, von wo aus sie direkt bestimmten Projekten zugute kommen; sie berühren also nicht den Kapitalmarkt.

Eine direkte Betätigung ausländischer Firmen in Afghanistan geschieht im Auftrag der afghanischen Regierung, wobei zu bemerken ist, daß diese Firmen vorwiegend im Exporthandel tätig sind.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß ein funktionsfähiger Kapitalmarkt auf breiter Basis in Afghanistan noch nicht besteht und dazu erst die Voraussetzungen, unter denen eine Erziehung der Bevölkerung zum monetären Denken eine besondere Rolle spielt, geschaffen werden müssen.

Die Beteiligung der Banken und des Staates an der Kapitalzuführung bzw. Kreditvergabe an die Wirtschaft im Rahmen von Entwicklungsprojekten hatte im Juli 1958 (1337) folgendes Aussehen:

Kreditgewährung	:	2.673 Mio Afhg.
Staatliche Investitionen	:	<u>920 Mio Afhg.</u>
Insgesamt	:	3.593 Mio Afhg.

Das von den Banken investierte Kapital beläuft sich auf 40 % des gesamten Umlaufvermögens der 5 tätigen Banken, während das vom Staat im Zuge von Entwicklungsprojekten investierte Kapital etwa 46 % der gesamten Staatsausgaben umfaßt. (1958) Diese Investitionsausgaben insgesamt stellen 7 % des Brutto-sozialproduktes. ¹⁾

Im Rahmen des ersten Fünfjahresplanes ist ein Betrag von etwa 10 Mrd Afghani und 373 Mio US-Dollar verwendet und investiert worden. ²⁾

1) Wesarate Plan (IV), a.a.O., S. 335 ff

2) Commerzbank "Afghanistan", a.a.O., S. I/2

Auch im zweiten Fünfjahresplan ist der Staat im starken Maße an der Investitionsfinanzierung beteiligt. Etwa 17 Mrd Afgh. werden im Bergbau, Industrie und Verkehrswesen (Straßenbau, Nachrichtendienst) investiert. Das Investitionskapital im Rahmen des zweiten Fünfjahresplan hat sich etwa vervierfacht gegenüber dem des ersten Fünfjahresplanes. Man erwartet damit eine Erhöhung des Sozialproduktes um etwa 8 - 9 %.

Investitionen im Sektor der Veredelungs- und Konsumgüterindustrie, sowie in der Landwirtschaft sind allein dem privaten Kapitalmarkt überlassen.

Namentlich auf dem Lande muß die Basis der Kapitalzufuhr vergrößert werden und die Bevölkerung mit der Idee des Sparens vertraut gemacht werden, um sich durch eigene Hilfe den Weg zu neuzeitlichen Produktionsmethoden zu eröffnen. Nur so können auch die möglichen sozialen Spannungen, die mit der Industrialisierung und Kommerzialisierung des Landes zu erwarten sind, umgangen werden. In diesem Zusammenhang erhebt sich von selbst die Frage der Begründung und Förderung von entsprechenden Genossenschaften.

ZWEITER TEIL

Einzelfragen der Agrarverfassung

I. Rechtsformen und soziologische Gegebenheiten

Grundlage der afghanischen Rechtsordnung ist die islamische Religion. Das geschriebene, dogmatische Recht wird als "Schariat" bezeichnet. Es ist nicht streng kodifiziert und ist den Vorschriften des Korans und den persönlichen Lehren des Propheten entnommen.

Somit steht auch die Agrarverfassung, die weitgehend Ausdruck der herrschenden Rechtsordnung ist, unter dem Einfluß des Schariat. Lediglich bei den Afghanenstämmen in den südlichen Provinzen herrscht neben diesem Recht noch ein altüberkommenes Gewohnheitsrecht, was sich vor allem bei manchen Regeln der Erbfolge auswirkt.

An Eigentumsarten ist zu unterscheiden zwischen Staatseigentum, Stiftungen und Privateigentum.

Soweit es sich nicht um Stiftungen und Privateigentum handelt, ist das Land innerhalb der Grenze Afghanistans Staatseigentum.

Stiftungen sind von staatlicher oder privater Seite religiösen oder wohltätigen Zwecken zugeführte Grundstücke. Das Eigentum wird hierbei nicht übertragen, sondern lediglich die Nutzungen fließen der Stiftung zu, die auch der Besitz, d.h. Verwaltung und Nutzung, ausübt. Gestiftete Grundstücke werden als "Wagf" bezeichnet. Entsprechend der islamischen Sozialethik nehmen sie eine bedeutende Stellung innerhalb der afghanischen Besitzordnung ein.

Das Privateigentum leitet sich ab aus dem Besitz verschiedener, gesetzlich festgelegter Erwerbstitel, nämlich der Kaufvertragsurkunde, der Erbschaftsurkunde, der vom Staat gewährten Verleihungsurkunde und der von privater Hand erteilten Schenkungsurkunde.¹⁾

Der Grundstücksverkehr unterliegt grundbuchrechtlichen Vorschriften. Grundbücher werden überall an den Gerichten geführt und geben Aufschluß über die Eigentumsverhältnisse. Jedoch wird der Eintragungspflicht über ein Grundstücksgeschäft bei der ländlichen Bevölkerung nicht immer nachgekommen, sei es aus Ersparnisgründen oder weil es der Brauch unter den Parteien nicht erfordert. Daher ist die Grundbucheintragung in vielen Fällen unrichtig und die erwähnten Rechtstitel erhalten im Rechtsstreit erhöhte Bedeutung. Fehlt eine solche Urkunde überhaupt, so kann der Eigentumsbeweis auch durch die Quittungen der bezahlten Grundstückssteuer, die jährlich erhoben wird, erbracht werden; auch der Zeugenbeweis ist zulässig.

Das dogmatische Erbrecht bestimmt die reale Teilung des Erb-gutes, wobei dem männlichen Erben zwei Drittel, dem weiblichen dagegen nur ein Drittel des Nachlasses zukommt. Die Art und Weise der Erbteilung kann von dem Erblasser testamentarisch bestimmt werden. Sind keine Erben vorhanden, so tritt an die Stelle der natürlichen Erben der Fiskus.

Wie bereits erwähnt, regelt sich die Erbfolge bei einigen Afghanenstämmen nach gewohnheitsrechtlichen, von der dogmatischen Rechtsordnung abweichenden Vorschriften. Danach geht die Erbmasse allein an den ältesten Sohn des Erblassers als dem nachfolgenden Oberhaupt der Familie.²⁾

1) Vgl. FAO Report, Nr. 690, S. 5

2) Vgl. Kamal, H.A., a.a.O., S. 43

Die begrenzten Anbauverhältnisse, der niedrige Bildungsstand und die mangelhaften Arbeits- und Berufsverhältnisse auf dem Lande haben dieses Erbrecht zu verhängnisvollen Auswirkungen geführt. Aufsplitterung des Grundeigentums bis unter das Existenzminimum und einhergehende Verschuldung bedrohen den Stand des afghanischen Bauern. Sie sind auch der Grund für Eigentumsverschiebungen zugunsten berufsfremder, spekulativer Kapitalinteressen und das Aufkommen eines ungesunden Pachtwesens.

Im übrigen ist aber das Pachtwesen ein wichtiges Rechtsinstitut der Agrarverfassung. Es basiert in seinen Grundzügen ebenfalls auf dem Schariat, ist jedoch in den Einzelbestimmungen weitgehend dem Parteiinteresse überlassen. So finden sich je nach Bodenart, Gegend und Sozialverhältnissen verschiedene Formen. ¹⁾

Man kann zwei Hauptarten von Pachtverträgen unterscheiden: die Vollpacht (Edjara) und die Teilpacht (Dehkani). Bei der Vollpacht bewirtschaftet der Pächter das Pachtwesen im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung uneingeschränkt und nach freiem Ermessen. Er zahlt die Steuern für das Grundstück an den Staat und entrichtet an den Verpächter eine jährlich festbestimmte Abgabe in Geld oder Naturalien.

Anders ist die Situation bei den Teilpachten, die vielfach von dem Pächter unter dem Druck der Verhältnisse geschlossen werden und die demnach in vielen Modifikationen den Stempel sozialer Unterdrückung und Ausnutzung tragen. Hier ist Pachtgrund nicht so sehr die Überlassung von Boden in selbstverantwortliche, fachkundige Bewirtschaftung sondern die Erlangung von mehr oder weniger billiger Arbeitskraft.

1) Vgl. FAO Report, Nr. 690, S. 20 ff

Saatgut, und damit die Bestimmung der Anbaukultur, Geräte und Steuern sind Sache des Verpächters, der dafür ein Drittel bis zur Hälfte des Gesamtertrages für sich beansprucht.

Die Pachtverträge sind kurzfristig und erstrecken sich im allgemeinen auf die Dauer von 2 Jahren oder noch darunter. Zwar werden die Verträge in der Regel noch verlängert, jedoch ist die Möglichkeit der einjährigen Kündigungsfrist gegeben und damit langfristige Investitionsplanung sowie echtes agrarökonomisches Interesse an der Pachtsache verhindert. Kommt, wie bei der Teilpacht, noch die prozentuale Beteiligung des Verpächters an den Erträgen hinzu, so beschränkt sich die Bewirtschaftung durch den Pächter in vielen Fällen lediglich auf die Erlangung eines notdürftigen Lebensunterhaltes.

Immerhin hat die Entwicklung im landwirtschaftlichen Bereich nicht wie in anderen Ländern grundsätzlich zu einer Vorherrschaft des Großgrundbesitzes mit seinen verheerenden Auswirkungen für die Landwirtschaft und Erscheinungen etwa wie Landproletariat oder Leibeigenschaft geführt. ¹⁾

Der eigenständige Bauernstand ist in weiten Bereichen gewahrt, nur stagniert er dann auf einem so "niedrigen Niveau", daß er aus eigener Kraft nicht in der Lage ist, den für den Aufschwung der Volkswirtschaft erforderlichen Beitrag zu leisten.

Besonders das Vorhandensein eines besitzlosen Bauernstandes, der von Jahr zu Jahr die Scholle wechselt. ²⁾

)

1) Eine Ausnahme macht der Großgrundbesitz auf dem Flachland, Vgl. S. 47

2) Vgl. Kamal, H.A., a.a.O., S. 41 ff

und außer einigem Vieh und Geräten nichts an Eigentum aufzuweisen hat, bedeutet ein Hemmnis für die wirtschaftliche Anlage und Bebauung des ohnehin begrenzten Kulturbodens und erschwert die Durchführung von modernen Investitionsplänen.

II. Betriebsorganisation

1) Betriebsgröße

Eine Erörterung der landwirtschaftlichen Betriebsgröße in Afghanistan muß das Schwerkgewicht auf jene Flächengröße legen, die gerade ausreicht, dem Landwirt und seinen als Arbeitskräften fungierenden Familienangehörigen eine Existenz zu gewähren. Da die Betriebe kapitalarm sind und der Faktor Arbeit strukturell unterbeschäftigt ist, kommen nur Boden und Ertrag als Maßstäbe für die Betriebsgröße in Betracht. ¹⁾

In der Landwirtschaft Afghanistans spielen also Ausdehnung und Flächenmaße, Erträge und Aussaatmenge für die Betriebsgröße die wichtigste Rolle. Man sieht darüber hinaus aber verschiedene Maßstäbe, die für die Festsetzung der Betriebsflächengröße verwendet werden, z.B. die verschiedenen landwirtschaftlichen Nutzungsarten wie Obstbäume und Weinstöcke in Garten- und Gemüseanbaubetrieben; Aussaatmenge und Wassermenge dienen bei Ackerbaubetrieben als Maßstab der Flächen-

1) Andererseits ist eine flächenmäßige, an modernen europäischen Verhältnissen gemessene Betriebsgrößenstatistik in Afghanistan noch nicht aufgestellt worden; das hat nicht zuletzt seinen Grund in der andersartigen Wertvorstellung landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes in Afghanistan.

größe. Diese Maßstäbe sind charakteristisch für Berggegenden, wo die landwirtschaftliche Nutzfläche im Verhältnis zu der großen Bevölkerungsdichte sehr gering ist. Dagegen gelten auf dem Flachland die Großbetriebe charakterisierenden Flächenmaßstäbe Paikal und Kolba.

Ein Paikal kann etwa mit einer Fläche von 100 - 110 ha verglichen werden, ein Kolbar mit der von 20 ha.

Im großen und ganzen besteht die Landwirtschaft aus Klein- und Mittelbetrieben mit einer Durchschnittsgröße bis zu 5 ha, wobei jedoch Schwankungen berücksichtigt werden müssen. Die Betriebe des Flachlandes weisen durchweg Größen von 20 ha auf. (Vgl. Tab. VI)

Die Betriebsstruktur des höher gelegenen Landes ist durch die kleine Selbstversorgungswirtschaft geprägt ¹⁾; was die Besitzverfassung anbetrifft, ist hier eine starke Zersplitterung des Grund und Bodens festzustellen.

Anders dagegen auf dem Flachland: hier sind die Betriebe relativ groß und in gewissem Rahmen ist Feudalbesitz vorhanden.

In beiden Fällen ist die ländliche Betriebsstruktur reformbedürftig.

Auf dem Bergland mit den gekennzeichneten kleinen und unproduktiven Betrieben muß die Betriebsgröße aufgestockt werden, während die Reform der Betriebsgrößenstruktur auf dem Flachland eine Aufteilung des feudalistischen Großgrundbesitzes zugunsten von Neuansiedlern und besitzlosen Bauern zum Ziel haben müßte.

1) Wald und Weiden sind hier nicht berücksichtigt.

Tabelle VI

Ackerland und Bevölkerungszahl nach Provinzen

Provinzen	Bewässerungsland		anderes Land		Gesamtes Ackerland	Einwohnerzahl
	1.000 ha a)	1.000 Djrib	1.000 ha b)	1.000 Djrib	1.000 ha c)	1.000 c)
Kabul	102	510	18	90	120	1,61
Kandahar	1.100	6.000	300	1.500	1.500	1,00
Herat	100	500	40	200	140	0,98
Masarescharif	1.000	5.000	62	310	1.062	0,49
Nangarhar	120	600	10	50,6	130	1,28
Paktia	50	250	24	120	74	0,70
Kathagan	432	2.160	640	3.200	1.072	1,29
Gasni	50	250	240	200	434	0,48
Gereschk	234	1.170	200	1.000	90	0,28
Farah	750	3.750	300	1.500	1.050	0,19
Maimana	380	1.900	170	850,7	550	0,41
Schibirgan	250	1.250	72	360	322	0,37
Badakschan	402	2.010	589	2.948,3	991	0,29
Parwan	102	510	10	50,1	112	1,20
Gorat	140	700	12	60,0	152	0,33
	5.312	26.560	2.477	13.385	7.789	11,37

a) Riasate Matbuaat, "Salname Kabul", Kabul 1335 (1955 / 56), S. 488-499, sowie Ministry of Planning (V), a.a.O., S. 1, und Wesarate Plan (III), S. 1.

b) De Karnane Wesarat (I), "Pandjsal Kar", Kabul 1339 (1960/61), S. 65

c) Ministry of Planning (V), a.a.O., S. 1

2) Systeme der Bodennutzung

Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen in Afghanistan wird zum größten Teil nach dem System der sogenannten Dreifelderwirtschaft durchgeführt. Die landwirtschaftlichen Produktionsformen und die Erträge werden in erster Linie von den natürlichen Standortbedingungen wie Klima und Boden bestimmt. Dagegen haben die Marktverhältnisse, Preis- und Kostenrelationen noch keine große Bedeutung für die Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion.

Eine genaue Bodenanalyse zum Zweck einer intensiveren Bodennutzung ist noch nicht durchgeführt worden. Jedoch ist geologisch die Bodenbeschaffenheit an den Berghängen im Nordosten und Süden des Landes ¹⁾ als Vulkanboden und Schwemmland zu bezeichnen. ²⁾ In den relativ regenreichen Tälern bzw. in den Gebieten, in denen sich durch Tauwetter hervorgerufene Erosionen gebildet haben, herrschen Lößböden vor. Sie sind, wie auch die Steppenländer des Nordens und Südwestens des Landes, eine gute Voraussetzung für die Bodenbewirtschaftung.

Nach Angabe des Kgl. Afghanischen Landwirtschaftsministerium wird die Bodenfläche Afghanistans (1958/59) in folgende Kulturlächen aufgegliedert:

1,2) Vgl. Oberflächengestalt und Bodenverhältnisse, S. 9

Tabelle VII

Die Kulturartenverteilung in Afghanistan in Mio ha und Mio Djrib 1)

Landwirtschaftlich nicht nutzbare Fläche (Gebäude- und Hofland einschl. der Stadtbezirke Industrie- und Verkehrsanlage, Unland und Gewässer)	49,5 ha ^{x)}	247,5 Djrib ^{x)}	76,0 v.H.
Ackerland (a)	9,0 "	45,0 "	14,0 "
Weiden	3,2 "	16,0 "	5,0 "
Wald	1,0 "	5,0 "	1,5 "
Anbaufähiges Ackerland (nicht in Kultur)	2,3 "	11,5 "	3,5 "
Gesamtfläche	65,0 ha	325,0 Djrib	100,0 v.H.

Wie aus der obigen Darstellung des Kulturartenverhältnisses hervorgeht, werden von der Gesamtfläche Afghanistans, die etwa die dreifache Größe derjenigen der Bundesrepublik aufweist, jährlich etwa 12,2 v. H. landwirtschaftlich genutzt. Auf Grund der mangelnden Düngerversorgung und des mangelnden Wasservorrats bleiben im Durchschnitt jährlich 6,6 v. H. des kulturfähigen Landes als Brache liegen. Im Vergleich der beiden Länder zeigt sich, daß nur die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die pro Jahr in der Bundesrepublik bewirtschaftet wird,²⁾ in dem dreimal größeren Afghanistan zur Bewirtschaftung herangezogen wird.

1) Wesarate Plan (II), Sarwe Peschrafkha, Kabul 1958, S. 1

2) Die für 1961 in der BRD ausgewiesene landwirtschaftliche Nutzfläche beträgt 14,2 Mio ha. Vgl.: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1962, S. 181

x) 1 a = 5 Djrib

Dieses Mißverhältnis von landwirtschaftlicher Nutzfläche zur gesamten Bodenfläche ist kennzeichnend für die natürlichen Bedingungen in Afghanistan, denn fast die Hälfte der gesamten Bodenfläche besteht aus öden Gebirgen, Wüsten und kahlem Hügelland. (Vgl. Tab. VII) Die anbaufähigen Bodenreserven umfassen nach Durchführung der geplanten Bewässerungsprojekte eine Fläche von 2,4 Mio ha. Immerhin nahm das unter dem Pflug stehende Ackerland in der Zeit von 1948 bis 1960 von etwa 3 auf 3,6 Mio ha zu.

Die Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist auf die Verbesserung der Instandhaltungsmethoden von Bewässerungskanälen in der Kathaganprovinz bzw. auf die Durchführung des Milmand-Bewässerungsprojektes zurückzuführen. Abgesehen von diesen Maßnahmen hat die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln im Ackerbau und Gartenbau zu einer gewissen Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung geführt. Ansätze einer organisierten Bodenbewirtschaftung finden sich sonst nur beim Baumwoll- und Zuckerrübenanbau. Im allgemeinen jedoch geschieht die Bodennutzung nach überkommenen Methoden.

Ein genaueres Bild über die Bodennutzung in Afghanistan zu entwerfen, ist nur möglich, wenn man einen Blick auf die klimatisch sehr differenzierten Teilgebiete wirft. Folgende Unterteilung von landwirtschaftlichen Zonen kann vorgenommen werden.

Die Hochgebirgsregionen über 2.400 m Höhe, zu denen Teilgebiete der Kathagan-, Nuristan-, Badakshan- und Hasaradjat gehören, sind aus klimatischen Gründen recht ungeeignet für eine landwirtschaftliche Nutzung. Der dürftige Ackerbau reicht nicht einmal für den regionalen Lebensmittelbedarf der nur spärlich besiedelten

Gebiete, und Zulieferungen an Getreide aus den übrigen Provinzen sind erforderlich. Holzwirtschaft ist nur in den großen Wäldern Nuristans möglich. Die Art der Nutzung duldet aber keinen Vergleich mit einer organisierten Forstwirtschaft. Der Wald wird von den Bewohnern als Gemeingut angesehen und von jedermann je nach vorhandener Arbeitskraft und Transportmöglichkeit in unregelmäßigem Einschlag genutzt, ohne daß irgendeine Art von Holzindustrie vorhanden ist. So wird das Stammholz in mühevoller Arbeit ohne maschinelle Hilfe über unwegsame Strecken hinabgeschafft, bis es der Zwischenhandel aufnehmen kann und teilweise mit Kamelkarawanen weitertransportiert. Der Handel vom Stammholz aus Nuristan erstreckt sich bis nach Pakistan. Im übrigen wird dieses Gebiet und besonders das Hochland von Hasaradjat als Weideland genutzt, da die Berghänge im Sommer gute Futtermöglichkeiten bieten. Einer kontinuierlichen Weidewirtschaft hingegen ist jedoch der rauhe Winter und das Fehlen von Winterställen abträglich.

Die Gebiete nördlich der Hochgebirgsregionen, von 900 m - 1.400 m Höhe, die Ebenen von Kathagan, Masare Scharif und die Randzonen von Maimana können als die größte zusammenhängende Ackerbaufläche Afghanistans angesehen werden. Der Bodenertrag ist höher als in anderen Teilen des Landes und die Bodenerzeugnisse sind vielfältiger. Hier gedeihen neben den Hauptnahrungsmitteln Weizen, Mai, Reis und Hülsenfrüchten noch Industrie- und Ölsamenpflanzen. Daher finden sich hier auch entsprechende Industrieunternehmen, nämlich Textilfabriken zur Verarbeitung der Baumwolle, Zuckerfabriken für die Zuckerrübenverwertung und Ölpresen. Obstanbau findet sich mehr in den höher gelegenen Teilen, also überwiegend in Badakshan und der Maimanaprovins.

Trotz der relativ weiten landwirtschaftlichen Nutzfläche ist das Gebiet sehr dünn besiedelt. Wegen des herrschenden Wassermangels können auch nur ca. 30 % der Gesamtfläche bebaut werden. Der übrige Teil gestattet in großem Maße die Viehzucht. Gezüchtet werden vor allem Pferde, Rinder, Hammel und Karakulschafe, deren Zahl allein auf ca. 3 Mio geschätzt wird.

Eine ähnliche landwirtschaftliche Struktur hat die Heratprovinz. Hier werden Ackerbau, Gartenbau und Viehzucht betrieben. Die Zahl der Karakulschafe in diesem Gebiet schätzt man auf ca. 1,5 - 2 Mio Stück. Die Heratprovinz ist mit ihren üppigen Gärten, den ertragreichen Ackerbaugebieten der Badgisat-Ebene und den großen Weideflächen die fruchtbarste Provinz Afghanistans.

Neben den reinen Agrarprodukten ist auch der Ertrag von Wildkräutern bedeutsam. Außerdem bringt der in staatlicher Regie befindliche Pistazienwald von Badgisat mit seiner Fläche von 5.300 ha eine reiche Ausbeute an Pistazien. Pistazien und Kräuter gehören zu den besonderen Exportwaren der Heratprovinz, die gleich den Nordprovinzen einen Überschuß an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu verzeichnen hat. Zu wenig entwickelte Verkehrsverhältnisse sind jedoch ein starkes Hindernis für den Transport der Überschüsse in andere Teile des Landes.

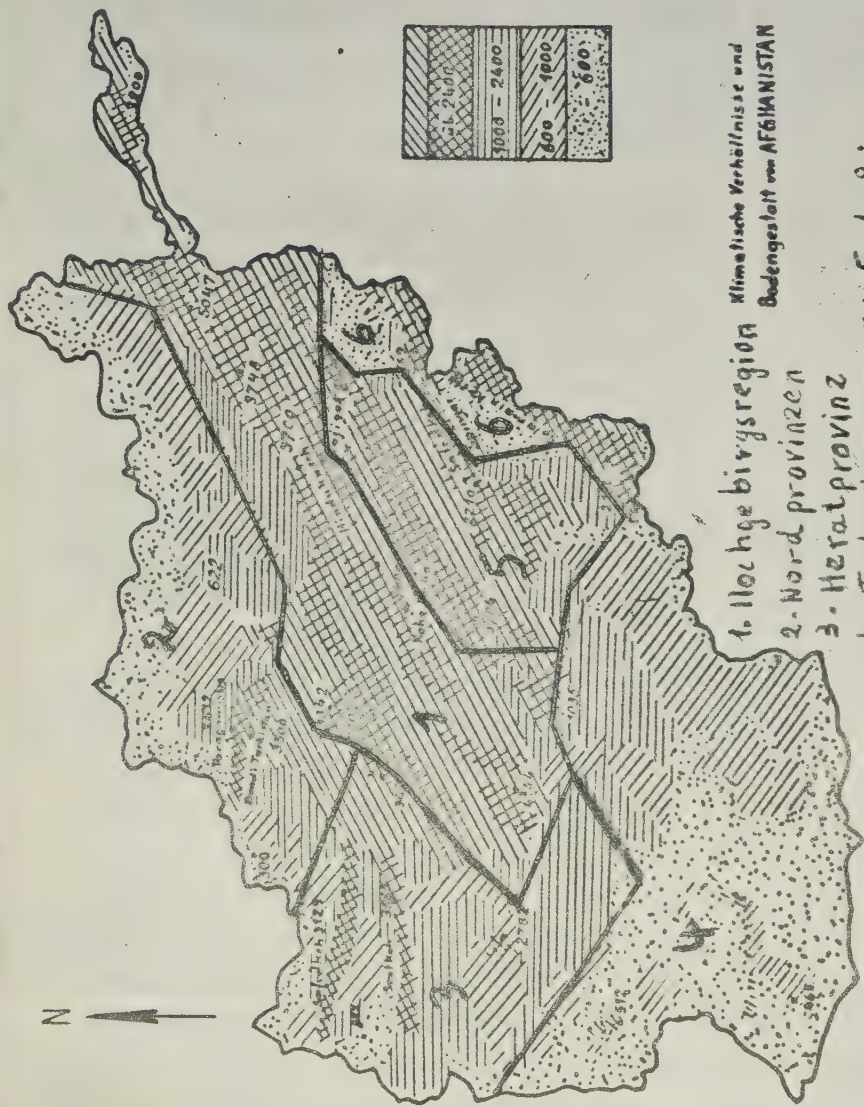
Im Süden und Südwesten Afghanistans bilden die Flachlandgebiete (Gebiete von über 500 - 600 m Höhe) der Tschachanzur und Farahprovinz gemeinsam mit der Hilmandebene und den Randgebieten von Kandahar ein weiteres bedeutendes Agrargebiet, das vor allem Getreideanbau aufweist. Dies gilt, der Wasserarmut wegen, ausschließlich für Farah und Tschachanzur, während in Kandahar

vorwiegend Obstanbau und im Argandabtal Gartenbau betrieben wird. Das Obst Kandahars ist berühmt und ein geschätzter Exportartikel. Die Viehzucht ist ebenfalls verbreitet, sie beschränkt sich aber mehr auf Hammel und Milchkühe.

Die Süd- und Ostprovinz haben gegenüber den geschilderten Gebieten eine andere Agrarstruktur. Geschützt vor rauheren klimatischen Einflüssen und noch im Bereich des milden und regenreicheren indischen Monsumklimas, findet sich hier eine vielfältige Agrarwirtschaft bei größerer Bevölkerungsdichte.

Die Südprovinz Paktia ist in ihren Ebenen Hauptanbaugebiet für Mais. In den Gebirgslagen gewähren die großen Zedern - und Eichenbestände den Bewohnern ein Auskommen mit dem Holzeinschlag oder dem Brennen von Holzkohle. Eine Besonderheit ist der große wilde Olivenwald, dessen Bestand in die Millionen geht. Man hat mit seiner Veredelung begonnen und hofft mit der Olivenernte einen wichtigen Exportzweig erschließen zu können. In den geschützten und ebenen Lagen der Ostprovinz werden überwiegend Citrusfrüchte, Zuckerrohr und Reis angebaut.

Eine Sonderstellung nimmt auch das Hochland von Kabul ein (1.300 bis 2.400 m Höhe). Es umfaßt neben Kabul die Gasniprovinz und Teilgebiete der Parvanprovinz. Inmitten des Landes hat sich hier ein Hauptanbaugebiet der Gartenbauwirtschaft entwickelt. In einigen Teilgebieten wird außerdem auch Reis, Weizen und Mais angebaut. Die Viehzucht erstreckt sich nur auf die Deckung des eigenen Bedarfs, da der Futtermangel in den strengen Wintern eine Viehzucht größeren Ausmaßes unterbindet. Frische und getrocknete Früchte sind die wichtigsten Exportwaren. (siehe Abbildung IV)



1. Hohegebirgsregion
Klimatische Verhältnisse und
Bodengesamt von AFGHANISTAN

2. Nordprovinzen

3. Heratprovinz

4. Tschachanzur- und Fara-provinzen

5. Hochland v. Kabul

6. Süd- und Ostprovinzen

Abb. I

3) Struktur der Viehwirtschaft

Die Nutzungsformen, in denen die afghanische Viehwirtschaft betrieben wird, umfassen die Fleisch- und Fetterzeugung, die Woll- und Fellgewinnung, sowie die Milcherzeugung. Daneben spielt die Last- und Zugtierhaltung unter den gegenwärtig technisch rückständigen Verhältnissen eine wichtige Rolle.

Entsprechend der Betriebsstruktur der Landwirtschaft stellt die Viehwirtschaft keinen Spezialzweig dar, sondern lediglich eine Ergänzung des landwirtschaftlichen Betriebes. Aber die Vierzucht, die in den Gebieten betrieben wird, die eine landwirtschaftliche Nutzung im engeren Sinne nicht mehr zulassen, hat doch ein erhebliches Gewicht: sie ist mit einem schätzungsweisen Anteil am Bruttosozialprodukt in Höhe von 22 % beteiligt. So erklärt sich die überragende Bedeutung der afghanischen Schafzucht, die als Weidewirtschaft unabhängig von Futteranbau und Stallungen in den weniger fruchtbaren Gegenden dominiert.¹⁾ Verschiedene Schaf-
rassen sind von den Züchtern je nach Nutzungszweck zur Woll-, Fell-, Fleisch- oder Milchgewinnung entwickelt worden. Hauptsächlich im Norden, in den Provinzen Kathagan, Masare Scharif, Maimana und Herat betreiben ansässige Viehzüchter die Karakulschafhaltung. Die Herden, die jeweils schätzungsweise 300 - 1.000 Stück umfassen, sind das ganze Jahr hindurch auf festen Weideplätzen. Die Lammungen erfolgen im Frühjahr und im Spätsommer; da der größte Teil der Lämmer bereits kurz nach der Geburt geschlachtet wird, ergeben sich für den Nachwuchs keine Fütterungsprobleme. Während der Winterperiode, bei außergewöhnlichen Kältegraden, sind die Herdenverluste oftmals sehr groß.

1) Blohm, A.A., Allgemeine landwirtschaftliche Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart, 1959, S. 309

Für die Wollerzeugung werden bestimmte Rassen gezüchtet, wie die Geldyaie, die Gadick, die Hasaragi und die Arabisch.

Der Wollertrag beläuft sich bei diesen Arten pro Tier auf etwa 1,5 kg.¹⁾ Für die Fleisch- und Milcherzeugung sind die Kandahari und die Hasaragi bekannt. Milchschafrhaltung findet sich besonders an den Berghängen des Hasaradjathochlandes. Etwa 30 % der Fetterzeugung Afghanistans kommen aus diesem Gebiet.

Abschließend läßt sich von diesen Verwertungsarten sagen, daß die Woll-, Fleisch- und Milchschafrhaltung aus Rentabilitätsgründen zusammenfallen sollten. Das gilt auch besonders im Hinblick auf den übrigen Schafrbestand, der nicht in großen Herden, sondern innerhalb der bäuerlichen Betriebe zur Bedarfsdeckung der Familie gehalten wird.

Die Gesamtzahl der vorhandenen Schafe wird auf ca. 14 Mio Stück geschätzt. Die Schafrhaltung ist wegen der niedrigen Betriebskosten sehr rentabel und wird in Gemischt- und Spezialbetrieben durchgeführt.

Ganz anders als die Schafrzucht ist die Rindviehhaltung mehr ein Bestandteil landwirtschaftlicher Familienbetriebe und dient dort der Milcherzeugung sowie der Arbeitshilfe zu Last- und Zugzwecken, wogegen die Fleischerzeugung keine große Rolle spielt. Die Provinzen Kandahar, Nangarhar und Kathagan weisen einen relativ hohen Rindviehbestand auf. Man betreibt dort in begrenztem Umfang eine Art Almwirtschaft, wobei das Vieh während des Sommers auf den Weiden bleibt.

1) Keschawas, Nazer M.O., Maldari dar Afghanistan, in: Schomarae Rose Dehkan dar Kathagan, Kabul, 1339, S. 19, sowie Wesarate Plan IV, a.a.O., S. 211

Die Rindvieharten sind sehr vielfältig, und nur in Ausnahmefällen findet man reinrassige Tiere vor. Zur Erhöhung der Milcherzeugung ist man schon seit Jahren mit Hilfe der braunen Friesenrasse um Rassenverbesserungen bemüht. Ein wesentliches Hindernis auf dem Wege zu einer intensiven Rindviehhaltung ist die Futtermittelknappheit. Der Grünfütteranbau umfaßt nur Kleearten, das übrige Futter beschränkt sich auf eine Art von Kraftfutter, das aus Hafermehl, Ölsaaten und Gemüseabfällen bereitet wird. Zum anderen aber steht einer reinen Milchviehhaltung die Notwendigkeit des Vornandenseins von Arbeitstieren entgegen. Beide Nutzungsarten lassen sich kaum miteinander in Einklang bringen. So wird denn die Haltung von Ochsen für die Feldarbeit bevorzugt. Diese können über einen längeren Zeitraum, mindestens 6 Jahre, voll eingesetzt werden und sind leistungsfähige Arbeitstiere.

Hingegen sind die festen Kosten einer Milchkuh relativ hoch, während der Milchertrag niedrig ist. Man rechnet mit einer durchschnittlichen Milchleistung von 140 Seer, d.s. etwa 990 kg jährlich, was für europäische Verhältnisse sehr gering erscheint. ¹⁾

Da man auf das Rind als Arbeitstier nicht verzichten kann, versucht man neuerdings, unter den einheimischen Rassen diejenigen herauszuzüchten, die die Milcherzeugung und Spannkraft in ein günstigeres Verhältnis bringen sollen, man benutzt hierbei die Frahairassen aus der Farahprovinz und die Kandanari aus Kandarhar.

1) Keschawars, N.M.O., a.a.O., S. 19

Ziegenzucht findet sich auf den Bergnängen der Nangarharprovinz, besonders in Muristan und der Hindukuschregion. Ähnlich dem Schaf ist auch die Ziege ein genügsames Weidetier, das auch kaum der Stallung bedarf. Die Haltung erfolgt jedoch weniger in größeren Herden, sondern in kleinerer Zahl in kleinbäuerlichen Betrieben zur Milch- und Fleischversorgung. Die Milch wird vorwiegend zu Butter, Käse und Quark verarbeitet. Sie weist einen höheren Fettgehalt als die der Schafe auf. Die Ziegenfelle haben einen großen Anteil an den Ausfuhrsgütern Afghanistans. Die Zahl der Ziegen wird auf etwa 8 Mio Stück geschätzt.

Esel, Pferde, Maultiere und Kamele sind im ganzen Land gebräuchliche Last- und Reittiere. Der Esel ist das Transportmittel des Nahverkehrs zwischen Dorf und Stadt, wogegen das Kamel die Warenlasten über weite Wüsten und Steppengebiete befördert; daher sind Kamele vorwiegend im Flachland anzutreffen, in den Provinzen Kandahar, Kathagan, Masare Scharif und Maimana. Sie sind sehr genügsam und finden ihr Futter auf den Stoppelweiden. Die Pferdezucht wird besonders von den Großgrundbesitzern in Kathagan und Masare Scharif herdenweise betrieben. Pferde kommen zunächst als Reittiere in Betracht und erst in zweiter Linie als Zugtiere.

Die Geflügelzucht erstreckt sich hauptsächlich auf die Hühnerhaltung des vielseitig orientierten Familienbetriebes und findet sich nicht in spezialisierten Zucht- und Mastbetrieben. Eine reinrassige Zucht wird nicht betrieben, überall sind die Rassen gemischt und dementsprechend ist auch die Legeleistung, die kaum 70 Stück Eier pro Jahr erreicht.

Einen Unterschied zwischen Mast- und Legehühnern kennt man nicht. Ein empfindliches Hemmnis für die Rentabilität der Hühnerzucht ist der große Ausfall durch Hühnerkrankheiten. Man rechnet mit einem jährlichen Verlust von 80 % des Bestandes.¹⁾

Die veterinärmedizinische Forschung und die Bekämpfung tierischer Krankheiten werden in Afghanistan seit 15 Jahren durchgeführt.

In den letzten drei Jahren hat die künstliche Besamung bei der Rindviehzucht Fortschritte erzielt. Zur Zeit sind 4 künstliche Besamungsstationen in Kabul, Nagarhar, Kataghan und Masare Scharif und eine Besamungsstation für Schafzucht in Baghlan in Betrieb.²⁾

Außerdem beschäftigt sich mit der Betreuung und Beratung der Viehzüchter die "Beratungsabteilung für Viehzucht und Landwirtschaft". In den letzten Jahren ist es dieser Abteilung gelungen, große Fortschritte in bezug auf die Einführung von Veterinärmedikamenten bei den Viehzüchtern und der künstlichen Besamung zu machen. Den Erfolg in der Bekämpfung tierischer Krankheiten verdeutlicht folgende Tabelle (VIII).

Tabelle VIII

Durch Impfung und Verwendung der Veterinärmedikamente geheilte Tiere 1947/48 - 1960/61 3)

Jahre	Gesamtzahl der Tiere
1947/48	40.000
1956/57	109.000
1957/58	191.000
1958/59	1.337.496
1959/60	1.372.386
1960/61	1.500.000 (geschätzt) ⁴⁾

1) Vgl. Wesarate Malia, Nachostine Plane ..., a.a.O., S. 40

2) Keschawars, N.M.O., a.a.O., S. 85

3) Keschawars, N.M.O., a.a.O., S. 88

4) Wesarate, Plan (IV), a.a.O., S. 211

Die durchschnittliche Jahresproduktion von Viehprodukten ist in folgender Tabelle (IX) von Keschawars geschätzt worden.

Tabelle IX

Durchschnittliche Jahresproduktion in den letzten 5 Jahren in Stück, Tonnen und in Mio Afghani 1)

Produkte	Jahresdurchschnitt in Stück und Tonne	in Mio Afghani
Kuhmilch	250.000 to	1.000
Schafmilch	280.000 to	1.120
Fleischerzeugung	390.000 to	3.900
Felle	7.000.000 Stück	112 (Eigenbedarf)
Wollerzeugung	21.000 to	119
Exportwerte		780
tierischer Arbeits- und Leistungswert		3.305
		10.336

Zusammenfassend läßt sich von der gesamten Viehwirtschaft nur die Schafzucht als ausgesprochen produktiver Wirtschaftszweig ansehen. Für den übrigen noch wenig entwickelten Teil fehlen wichtige Voraussetzungen wie intensive Futterbaubetriebe, Zuchtanstalten und tierärztliche Betreuung. Allein der Krankheits- und Seuchenschaden ist zu Beginn des ersten Fünfjahresplanes auf jährlich 20 v.ⁿ. des gesamten Viehbestandes geschätzt. 2)

Die Krankheitsbekämpfungen haben jedoch, wie die vorangehenden Ausführungen zeigen, in neuerer Zeit schon wesentliche Fortschritte gemacht.

1) Keschawars, N.M.O., a.a.O., S. 41

2) Wesarate Malia, Nächstin plane pandysalaie Ektezadi Afghanistan, Kabul 1955/56, S. 40

III. Agrartechnik

1) Bewässerung

Ein zentrales Problem innerhalb der afghanischen Landwirtschaft ist die Feldbewässerung. 67 % der Ackerfläche sind auf künstliche Bewässerung angewiesen; daher hängt der Wert eines Betriebes in erster Linie von der ihm zustehenden und verfügbaren Wassermenge ab. Der Mangel an technischen Einrichtungen macht diesen Wertfaktor dazu noch zu einem Arbeitsproblem, und so beansprucht die Errichtung und Pflege der Bewässerungssysteme einen großen Anteil an der bäuerlichen Arbeit.

Jahrtausende alte Übung und Erfahrung haben zu verschiedenen kunstvollen Arten der Feldbewässerung geführt, die heute noch überall angewendet werden. Da ist einmal die Ableitung des Wassers aus Fluß- und Bachläufen mittels Aufstauung und Kanälen. Die Staudämme werden nach Ablauf der Schmelzwasser- und Regenzeiten, also ab Ende Mai bis Anfang Juni, angelegt. Durch die Aufstauung wird das Wasser in das weitverzweigte Kanalnetz geleitet und von dort den einzelnen Feldern zugeteilt, und zwar je nach den mit den Liegenschaften verbundenen Wasserrechten. Die Herstellung der Staudämme erfordert viel Zeit und mühevollen Arbeit und ist immer nur von vorübergehender Wirkung, da das nächste Hochwasser die Aufschüttungen fortschwemmt und auch das Kanalnetz durch Überflutung beschädigt.

Eine andere Form der Bewässerung nutzt die unterirdischen Wasservorkommen. Hier kennt man den Schöpfbrunnen (Arnat) und eine kompliziertere Art der Grundwassernutzung mittels unterirdischer Kanäle, den Karees.

Der Schöpfbrunnen ist ein großer, 4-8 Meter tiefes Wasserloch, das einen Durchmesser von mindestens 10 m aufweist. Große, mit Ochsenkraft betriebene Schöpfräder fördern das Wasser zur Feldbewässerung in die Kanäle. Diese, der Einsturzgefahr wegen ringsum gemauerten Schöpfbrunnen finden sich vorwiegend bei Kleinbetrieben.

Die Kareese oder Karnate sind weitverzweigte, kilometerlange Brunnensysteme, die im Abstand von 15 bis 20 m unterirdische Wasseradern anschneiden und durch Kanäle in 3 bis 15 m Tiefe miteinander verbinden. Der jeweils tiefer gelegene Brunnen nimmt so zu seinem eigenen Wasservorkommen noch das Wasser des höher gelegenen Brunnens durch den unterirdischen Verbindungskanal auf, um beides wieder an einen noch tiefer gelegenen weiterzugeben, bis daß schließlich der Talbrunnen über eine reichliche Wassermenge verfügt. Die unterirdischen Verbindungskanäle werden im Stollenbau mit der Hand gegraben und sind z.T. fest ausgemauert.

Wie schon die oberflächliche Beschreibung der Bewässerungssysteme erkennen ließ, ist ihre Errichtung und Unterhaltung außerordentlich langwierig und kostspielig und für den einzelnen Grundbesitzer nicht tragbar. Daher stehen diese Anlagen von jeher im Gesamteigentum der Anlieger und werden gemeinschaftlich gebaut und unterhalten. Für die Überwachung und Wasserverteilung ist ein Wasserwächter oder Wasserleiter fest bestellt, der von der Dorfgemeinschaft oder den Anliegern gewählt und entlohnt wird.

Neben den erwähnten Aufstauungen gibt es noch die großen Stauwerke, die vom Staat errichtet wurden und die gleichermaßen der Energiegewinnung und der Bewässerung dienen. Gerade hierin liegt die Möglichkeit

einer generellen Verbesserung der primitiven Bewässerungstechnik und der weiteren Aufschließung großer Landgebiete für die landwirtschaftliche Nutzung.

2) Bodenbearbeitung

Moderne landwirtschaftliche Maschinen sind nahezu unbekannt. Alle Arbeiten werden mit der Hand oder einfachen Geräten wie Pflügen und Eggen mit vorgespannten Zugtieren vorgenommen. Lediglich auf den staatlichen Musterbetrieben und einigen Großbetrieben, vornehmlich in der Katnaganprovinz, findet man moderne Maschinen und neuzeitliche Anbaumethoden. Namentlich das lineare Säen, maschinelles Hacken und der chemische Pflanzenschutz durch Sprühmittel sollen von dort aus zunächst Eingang in die weitere Landwirtschaft finden.

Eine beschleunigte Mechanisierung der gesamten Landwirtschaft ist jedoch problematisch, da die Brauchbarkeit moderner Bodenbearbeitungsmaschinen für die Eigenart afghanischer Böden erst erprobt werden muß. In diesem Zusammenhang müssen auch die Möglichkeiten einer Flurbereinigung geprüft werden. Weiterhin sind soziale Probleme zu berücksichtigen, die durch den Fortfall menschlicher Arbeitsleistung auftauchen können.

Die Bebauungsmethoden sind je nach Ackerland und Gegend verschieden. So wird bei Gemüse- und Gartenbaubetrieben der Boden im Jahr zweimal aufgeworfen. Das geschieht in den kleinen Betrieben mit der Hand, und zwar mittels besonders geformter Spaten, wobei jeweils zwei bis vier Personen nebeneinander arbeiten. Größere Flächen werden mit Ochsespann vor Holzpflügen bearbeitet.

Die Zeit des Grabens oder Pflügens fällt mit der Regenzeit zusammen, d.h. im Bergland in den Monaten Februar bis Mai, sowie September bis Anfang Dezember und im Flachland zwei bis zweieinhalb Monate vor dieser Zeit.

Zusammenfassend ist zu sagen: die Bodenbearbeitung erfolgte bisher mit einfachsten Mitteln und Methoden. Schon die Anwendung einfacher Landbearbeitungsmaschinen bedeutet einen starken Verzicht auf menschliche Arbeitskraft. Es besteht jedoch die Möglichkeit, im Zuge einer kontinuierlichen Technisierung landwirtschaftlicher Betriebe das eingesparte Arbeitskraftpotential für andere Zwecke einzusetzen, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Bodennutzung zu intensivieren.

3) Düngung

Die Düngung ist unter den Feldarbeiten des afghanischen Bauern nur in ganz geringem Maße vertreten. Im Flachland liegt das nicht zuletzt an dem Wassermangel, der die Bewirtschaftung nur eines Teiles der Felder zuläßt. Der andere Teil liegt jeweils brach und erholt sich so für eine neue Bestellung.

Im Bergland bilden die für eine natürliche Düngung erforderlichen Grundstoffe, wie Stallmist und Grünabfälle gleichzeitig begehrte Heizmittel und rangieren als solche vor der Verwendung zu Düngezwecken.

So ist die Düngung mit natürlichen Stoffen, die vorher kompostiert werden, nur unzureichend.

Die Regierung ist bemüht, eine künstliche Düngung einzuführen, und diese Versuche sind im Hinblick auf eine Ertragssteigerung sehr erfolgreich verlaufen. So hat eine Probe künstlicher Düngemittel, nämlich von Stickstoff und Phosphaten, in Kabul und Karvan die Getreideerträge um 40 - 45 % steigern können. Der Staat führt alljährlich Kunstdünger für Staatsgüter und private Musterbetriebe zu Demonstrationszwecken ein. Auch wurde die Agrarbank durch das Landwirtschaftsministerium angewiesen, Kunstdünger einzuführen und preisgünstig zu verkaufen.

Ein grosses Hemmnis auf diesem Wege ist jedoch die mangelnde Kaufkraft der Landwirtschaft. So wurden im Jahre 1951/52 vom Landwirtschaftsministerium für Kathagan und Masare Scharif zwar Düngemittel aufgekauft und gelagert, jedoch blieben die Vorräte jahrelang auf Lager, da ihr Preis für die Landwirtschaft zu hoch war. Kredit- und Absatzplanung müssen also künftig hand in Hand gehen.

4) Saat, Pflege und Ernte

Nach alter Weise wird der Boden auch heute noch mit der Hand besät und bepflanzt. Das Saatgut gewinnt der Landwirt dabei aus eigenen Beständen, indem er teils aus der vorherigen Ernte Saatgut abgesondert oder dieses aus besonderer Saatzucht gewinnt.

Die Getreidesaaten in Afghanistan sind ausserordentlich vielfsortig wegen der starken klimatischen und bodenmässigen Differenzierung der Anbauggebiete. Das gilt gleichermaßen bei Zuckerrohr und Gemüse.

Diese Viehzahl von Sorten, verbunden mit der primitiven Art des Saatguthandels und der Lagerung, vermindert eine exakte Trennung und Bestimmung der Saat; sie bewirkt darüber hinaus eine große Anfälligkeit der Saat gegen Krankheiten. Besonders die Steinbrandkrankheit bei Getreide beeinträchtigt den Ernteertrag. Lediglich im Gemüseanbau ist die Saatzucht befriedigend; Zwiebel- und Petersiliensamen werden sogar nach Indien ausgeführt.

Wesentlich günstiger liegen die Verhältnisse bei staatlich bzw. halbstaatlich erzeugten Gütern, z.B. bei der Baumwoll- und Zuckerrübensaatzucht. Alljährlich werden von dort eine Menge Saatgüter an die Landwirte verteilt. Außerdem hat die Regierung 1959/60 etwa 10.000 t Getreidesaatgüter eingeführt, ¹⁾ um durch Saatwechsel die Steinbrandkrankheit zu bekämpfen. Allerdings bleiben diese Maßnahmen nur von geringer Bedeutung, solange man nicht auch Aufsichts- und Kontrollmaßnahmen daran knüpft, wobei auch das Verantwortungsgefühl des einzelnen Landwirtes angesprochen werden müßte.

Gleiches gilt auch für die Schädlingsbekämpfung. Die langjährigen Bemühungen des Landwirtschaftsministeriums in der staatlichen Schädlingsbekämpfung haben lediglich dazu geführt, daß der afghanische Landwirt sich nun auf die staatliche Hilfe verläßt, ohne jedoch eigene Initiative zu entwickeln. Ohne diese sind aber wesentliche Fortschritte nicht zu erwarten.

1) Wesarate Plan (IV), a.a.O., S. 194

Ähnlich wie die Saat erfolgt auch die Ernte in einfacher Weise durch Handarbeit. Sie ist äußerst mühevoll und erfordert neben der Mitarbeit sämtlicher Familienangehörigen in großem Maße eine Unterstützung durch fremde Arbeitskräfte.

Die Getreideernte erfolgt durchweg mittels Sichel und Sense. Ein gewisser Fortschritt ist durch die Einführung der österreichischen Sense zu verzeichnen, die eine rationellere Arbeitsweise gestattet.

Für die weitere Verarbeitung sind verschiedene einfache mechanische Geräte in Gebrauch. Z.B. Reismühlen und der Dreschschlitten, der aus beschwerten Holzbohlen gefertigt ist und von Zugtieren kreisförmig über das am Boden lagernde Getreide hinweggezogen wird. Die Trennung von Korn und Spreu erfolgt dann dadurch, daß man das Dreschgut mit Holzschaufeln gegen den Wind wirft. Mäh- und Dreschmaschinen sind im großen und ganzen unbekannt.

IV. Landarbeitsverfassung

Die Arbeitsverhältnisse der afghanischen Landwirtschaft sind traditionsgebunden und unterliegen gewohnheitsrechtlicher Übung. Man kann nach Abeßl ¹⁾ zwischen einer Familienarbeitsverfassung und der Fremdarbeitsverfassung unterscheiden.

1) Abel, Wilhelm, Agrarpolitik, Zweite neubearbeitete Auflage, Göttingen 1958, S. 97

Auf den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben sind nur die Familienangehörigen tätig. Hierbei ist die Arbeitsaufteilung zwischen männlichen und weiblichen Personen so geregelt, daß die schweren Arbeiten wie Pflügen, Säen und der Bewässerungsbau ausschließlich den Männern vorbehalten sind. Den Frauen obliegt neben der Hausarbeit die Erntehilfe, z. B. das Pflücken und sonstige leichtere Feldarbeit. Bei diesen Familienbetrieben arbeitet jeder für den Bedarf aller. Eine Entlohnung über die einfache Bedarfsdeckung hinaus findet nicht statt und läßt sich auch nicht erübrigen, da bei diesen Betriebsformen im allgemeinen die Produktion eine Bedarfsdeckung nicht übersteigt.

Die Fremdarbeitsverfassung ist je nach den sozialen Verhältnissen in den einzelnen Landesteilen verschieden und richtet sich nach der vorherrschenden Betriebsgröße, den Eigentumsverhältnissen und nach der Bevölkerungsdichte. Nach Abel ¹⁾ kann man hier wiederum unterscheiden zwischen einer Zwangsarbeitsverfassung und einer freien Arbeitsverfassung.

Als Zwangsarbeiter sind diejenigen bäuerlichen Arbeitskräfte anzusehen, die ohne Grundbesitz lebenslänglich an einem Gutsbetrieb gebunden sind. Sie sind auf dem Betrieb geboren, mit dem Betrieb verbunden und da sie keine anderen Verhältnisse kennengelernt haben, mit dem bescheidenen Lebensunterhalt, der ihnen vom Grundherrn gewährt wird, zufrieden. Als gegenseitiges vertragliches Arbeitsverhältnis kann man diese Form der Arbeitsverfassung nicht bezeichnen. Wenn dem Grundherrn auch aus ethischen und gewohnheitsrechtlichen Gründen Pflichten erwachsen sind, so kann der Zwangsarbeiter daraus

1) Abel, W., a.a.O., S. 100

jedoch keine Rechte ableiten; er ist als Leibeigener vielmehr dem Verantwortungsgefühl des Grundherrn unterworfen.

Die Anzahl dieser Arbeitskräfte ist jedoch relativ gering und beschränkt sich vorwiegend auf die weiträumigen Betriebe der Kandahar-, Farah-, Herat- und Nordprovinzen.

Auch die freie Arbeitsverfassung kennt kein kodifiziertes Arbeitsrecht und kein Tarifwesen. Sie ist ganz den örtlichen Verhältnissen und gewohnheitsrechtlichen Vorstellungen unterworfen. Die Arbeitsverträge werden zumeist in mündlicher Form abgeschlossen und erstrecken sich bei den Stammarbeitern auf die Dauer von mindestens einem Jahr. Diese Landarbeiter sind ansässige Dorfbewohner und zeichnen sich durch Spezialkenntnisse und besondere Erfahrungen in der bäuerlichen Arbeit aus. Sie haben bestimmte Aufgabenbereiche innerhalb der Betriebe und erhalten entsprechende Vorzugslöhne in Form von Naturalien oder Bargeld.

Daneben kennt man aber auch Saisonarbeiter und Arbeitsverhältnisse von wöchentlicher oder täglicher Dauer. Die Saisonarbeiter sind meist ortsfremde Kräfte und oft Angehörige der nomadisierenden Stämme. Besonders bei schwierigen Witterungsverhältnissen, die zu einer schnellen Durchführung der Bauungs- oder Erntearbeiten zwingen, sowie bei großem Ernteanfall werden diese Arbeitskräfte benötigt und je nach Leistung im Akkordsystem entlohnt. Die wöchentlich oder täglich beschäftigten Arbeitskräfte finden sich vorwiegend in den Gartenbaubetrieben am Rande der Städte. Diese Betriebe befinden sich bezüglich des Arbeitsmarktes in Konkurrenz mit den städtischen Gewerbebetrieben. Hier allein ist

also eine relativ freie Tageslohnbildung festzustellen, die sogar, wenn man die Verpflegung des Landarbeiters mitberechnet, zu einer höheren Landarbeiterentlohnung geführt hat.

V. Agrarkredit

Der Landwirt verwendet den Erlös aus seinen Erzeugnissen in erster Linie zum Erwerb von Gütern, die innerhalb der Dorfgemeinschaft erzeugt werden. Für die Kapitalbildung bleibt wenig Raum, zumal der Landwirt durch das verhängnisvolle Zwischenhändler- und Geldverleihwesen nicht selten tief verschuldet ist und eventuelle Überschüsse zur Bezahlung von Zinsverpflichtungen verwenden muß.

In Notfällen sind die Bauern gezwungen, sich an die Großgrundbesitzer oder Geldverleiher zu wenden; sie bekommen dann Waren-, seltener Barkredite, jedoch zu einem erhöhten Zinssatz. Es geschieht dann häufig, daß die Ernte vorzeitig verkauft werden muß, damit aus diesen Erlösen rechtzeitig Schuld- und Zinslasten getilgt werden können.

Während es sich bei dieser Art der Kreditgewährung um die Auslage von kurzfristigen Krediten handelt, werden langfristige Kredite mehr für Land- und Tierkäufe, oder aber für traditionsgebundene Ausgaben wie z.B. bei Heirats-, Todesfällen oder ähnlichen Erfordernissen gewährt.

Die auf dem Lande üblichen Kreditbedingungen richten sich nach einer gegenseitigen Abstimmung von Kreditgeber und Kreditnehmer. Daraus ergeben sich die Höhe der Zinsen, die Rückzahlungstermine sowie die Sicherheitsleistungen. Oft nehmen die Kreditsuchenden große Risiken auf sich. Es werden Kredite mit hohen Zinsen, großen Sicherheitsleistungen und kurz festgelegten Rückzahlungsterminen, aber auch Kredite ohne Sicherheiten aber mit wesentlich erhöhtem Zinssatz gegeben.

Das Kreditgeschäft wird formell nach islamischem Recht vor dem Dorfältesten und einigen Zeugen, sowie den Dorfgeistlichen durch die Ausstellung eines Schuldbriefes abgeschlossen, in den die Geschäftspartner und die Zeugen eingetragen werden. ¹⁾

Sehr verbreitet ist die Kreditinanspruchnahme bei privaten Geldgebern, die mangels entsprechnender Sicherheitsforderung mit wucherischen Zinsen belastet ist.

Diese Erscheinungsformen der privaten Kreditvergabe haben nicht zuletzt ihren Grund in der Wirtschaftsstruktur des afghanischen Dorfes, in dem Geldmittel knapp sind und sich diese in den Händen weniger Großgrundbesitzer und Geldverleiher befinden, die wiederum über eine hohe Verschuldung der Landwirte auf einen evtl. Landerwerb reflektieren.

Es bleibt also nichts anderes übrig, als dem Dorf durch einen organisierten Kapital- und Kreditmarkt billiges Fremdkapital zufließen zu lassen, um zunächst

1) Solche Schuldscheine werden im Zweifel nicht vom Gericht anerkannt. Denn das Gesetz verlangt in allen Fällen ein gerichtliches Verfahren, wobei jedes Geschäft und jede Belastung des Vermögens (Grundstücke, Hof und Gebäude) amtlich in das Grundbuch eingetragen werden muß.

einmal dem Landwirt gegen wucherische Zinsforderungen seitens der Geldverleiher und Großgrundbesitzer zu schützen. Damit könnte langfristig gesehen ein Schritt in Richtung auf eine etwaige Kapitalbildung auf dem Lande getan werden. Daß dies ein Erfordernis ist, zeigt sich daran, daß die Landwirtschaft einen Anteil von etwa 62,5 % am Volkseinkommen stellt und hinsichtlich der Erzeugungsmethoden doch unproduktiv ist.

Als einzige Institution, die sich mit der Vergabe von landwirtschaftlichen Krediten befaßt, ist die Agrar- und Gewerbebank in Kabul zu nennen. Sie besteht seit 1953/54. Vom gesamten Grundkapital der Agrarbank in Höhe von 150 Mio Afghani sind bis Ende 1959 85,5 Mio gezeichnet worden. Die Bank hat Filialen in den Provinzhauptstädten. Ihre Funktion ist die Gewährung von Krediten an die Landwirte zum Zweck der Instandhaltung von Bewässerungskanälen, der Erhaltung bzw. Erweiterung von Viehbeständen und der Möglichkeit einer steten Bodenbebauung und hypothekarischen Umschuldungen. Dabei soll die Bank gleicherweise Handwerker unterstützen, was auch aus ihrem Namen ersichtlich ist.

Die Bedingungen der Bank für eine Gewährung von Krediten sind für den Kleinbauern schwer oder so gut wie gar nicht erfüllbar, das gilt insbesondere in bezug auf die Leistung von Sicherheiten. Mit anderen Worten, es bleibt dem Kleinbauern der organisierte Kreditmarkt, d.h. der Zugang zur Agrarbank, verschlossen. Er ist bisher vielmehr ein Privileg der größeren Sicherheiten leistenden Großgrundbesitzer.

Einen Aufschluß über die Mittel, aus denen die Kredite der Bank in den Jahren 1956 bis 1959 gewährt wurden, gibt Tabelle XI. Die Summe der ausgegebenen landwirtschaftlichen Kredite betrug in der Zeit von 1953 / 54 bis

Ende 1957/58 etwa 93,5 Mio Afgh.¹⁾ Die Summe der an gewerbliche Unternehmungen ausgegebenen Kredite belief sich in der erwähnten Zeit auf 18,4 Mio Afgh.²⁾ Die Bank beleiht die Grundstücke bis zu 30 % ihres jeweiligen Wertes.

Tabelle X

Struktur der Passiva der Agrarbank in den Jahren 1956 bis 1959

	1956/57 3)	1957/58 4)	1958/59 4)
Eingezahltes Grundkapital	85,5	85,5	85,57
Kreditvorschüsse der Zentralbank	38,0	-	5,9
Regierungseinlagen	2,04	2,04	1,21
Termineinlagen	0,52	0,49	1,90
Sichteinlagen	2,16	1,01	0,34
Sonstige Einlagen	3,02	4,37	4,42
	130,90	93,44	99,42

Wie schon erwähnt, gibt die Agrarbank auch an den gewerblichen Sektor Darlehen, bzw. ist sie sogar an einigen Gewerbebetrieben kapitalmäßig beteiligt. Diese Beteiligung beläuft sich auf 7,2 Mio Afgh, während die

1) De Karhane au lasizanaico Bank, Modjalaie Basgar, Sale Djrom, 30.3.37, S. 3

2) Ministry of Planning (VI), Survey of Progress, Volume I, Statistics 1959, Kabul, S. 182

3) Wesarate Plan (I), Peschrafte dosala Plan 1335-1337 wa motaleaie ausae Ektesadie 1330-1335. Kabul, S. 5

4) Wesarate Plan, Peschrafte Plan wa tahlile Ausae Ektesadie 1339

Höhe der Darlehen an den gewerblichen Sektor 1,5 Mio afgh beträgt. ¹⁾

Die Verteilung und Höhe der von der Agrar- und Gewerbebank in den erwähnten Wirtschaftsjahren ausgegebenen Kredite ergeben sich aus folgender Tabelle.

Tabelle XI

Verwendung der Geldmittel der Agrar- und Gewerbebank 1956-1959 in Millionen Afghani ²⁾

	1335 (1956/57)	1336 (1957/58)	1337 (1958/59)
Allgemeine land- wirtschaftliche Zwecke und gewerb- liche Zwecke	51,89	38,89	21,05
Anleihen an staatl. Unter- nehmungen	33,00	-	-
Beteiligung an Unternehmungen	17,95	18,43	20,06
Personalkredite	20,23	-	20,98
Verwaltungskosten	0,51	0,39	1,91
Sonstiges	7,30	35,53	35,42
	130,88	93,24	99,40

1) Schomare Dowom Bosgar, Sole Djabarom, 31.3.1337

2) Wesarate Plan (I), Peschrafte dosala Plan 1335-1337
Safha, pul 10-11, Schomare dowome Basgar, Sale Djaha-
rom 31.3.1337, Kabul und
Wesarate Plan (IV), a.a.O., Samaima Ehzaiea, S. 42

Wie aus den Geschäftsberichten der Agrar- und Gewerbebank hervorgeht, wurden in erster Linie Kredite gewährt, die durch die Bestellung eines Grundpfandrechtes gesichert werden konnten. Konsolidierungskredite zum Zwecke der Ablösung jener Schulden, mit denen die Bauern vor Gründung der Bank belastet waren, standen dabei im Vordergrund der Kreditgeschäfte der Bank. Da hier indessen oft eine Bürgschaft als zusätzliche Sicherheit der Kreditgewährung verlangt wurde, waren besonders den Kleinbauern diese Kredite nicht immer zugänglich.

Oft sind die Kredite, die von der Bank als bedingt und zweckgebunden gewährt worden waren, nicht nach den Bestimmungen der Bank verwendet worden.

Die Bank gewährte laut ihrer Satzung keine Konsumkredite für die Bestreitung laufender Ausgaben. Aber da die Landbevölkerung auch hierfür nicht genügend Mittel hatte, sind die gewährten Kredite zu einem erheblichen Teil dem Konsum zugeflossen. Diese Verhältnisse werden aus der Tabelle der Kreditverwendung deutlich (vgl. Tabelle XII). Daraus geht hervor, daß bei 139 von der Bank kreditierten Betrieben die Kredite im Durchschnitt zu 54 v. H. für konsumtive Zwecke verwendet wurden.

Tabelle XII

Die Verwendung der von der Agrar- und Gewerbebank gewährten Kredite in 139 Betrieben der Kabul- und Kataghanprovinzen 1)

Verwendungsart	Kabul	Kataghan	Summe der Verwendung
Heirat	18	7	25
Todesfälle	9	1	10
Umschuldungen	2	-	2
Vieheinkäufe	6	17	23
Neugründungen	1	39	40
Haushaltszwecken	20	16	36
Landkäufe	2	1	3
	58	81	139

Ein regionaler Vergleich der Kreditverwendungsarten zwischen den beiden Provinzen zeigt, daß die Landwirtschaft im Kabul im Konsumbereich stärker auf Fremdhilfe angewiesen ist. Wenn sie auch bezüglich der Marktverhältnisse günstig gelegen ist, so wird durch die große Zahl der Familienmitglieder auf einem Betrieb die Rentabilität der Betriebe herabgesetzt und schon bei laufenden Betriebs- bzw. Konsumausgaben sind die Betriebe bereits auf Fremdkapital angewiesen.

In Kataghan sind die Betriebe größer (vorwiegend Ackerbaubetriebe) im Verhältnis zum Arbeitskräfteeinsatz produktiver und damit in der Lage, den Druck des Zwischennandels kostengünstig aufzufangen.

1) FAO-Report Nr. 690, The Possibilities of Agricultural Cooperative Organisation in Afghanistan, Rom 1957, S. 8

Ein großer Teil der Erträge wird für den Zinsendienst der kurzfristigen Schulden und zu Ausgaben für den Konsum aufgezehrt. Am Beispiel Kabul betrugen bei 58 Betrieben diese Ausgaben 90 v.H. des Umfanges des gewährten Kredites.

Die Bank allein kann diese Mißstände nicht beseitigen. Sie ist weder in der Lage, die Kapitalbildung innerhalb der Landbevölkerung zu stimulieren, noch ihr eigenes Kapital aufzustocken, wie man aus nachstehender Tabelle XIII ersieht. Nachteilig ist auch das Vorhandensein von Bankfilialen ausschließlich in den Provinzhauptstädten, die für den in abgelegenen, geschlossenen Siedlungen und Dörfern lebenden Bauern nicht oder nur schwer zugänglich sind.

Die Bildung bzw. die Aufstockung von Kapital in der Landwirtschaft ist nur dann nachhaltig möglich, wenn der Landwirt selbst an der Geld- und Kapitalbildung aktiv beteiligt wird und zwar so, daß die Bevölkerung durch ein bis in die Dorfebene verästeltes System mit dem Geldverkehr vertraut gemacht und zum Geld- und Kreditverkehr erzogen wird.

Tabelle XIII

Kapitalbildung der Agrar- und Gewerbebank im Verhältnis zur Kapitalbildung der Banken in Afghanistan im Mio Afgh.

Banken	De Afghanistan Bank			De Meli Bank		
	Geschäfts- jahre					
Kapital- struktur	1335	1336	1337	1335	1336	1337
	1956/57	1957/58	1958/59	1956/57	1957/58	1958/59
Eingezeichnetes Grundkapital	240,0	240,0	240,0	500,0	500,0	500,2
Rücklagen	79,3	79,3	81,9	131,3	130,5	130,5
Sichtdepositen	522,0	738,9	788,3	164,2	117,0	151,8
Termindepositen	92,0	110,9	209,9	6,8	8,0	--
Sichtdepositen in Devisen	364,4	476,4	546,0	0,02	0,02	--
Sonstige Eingänge	2.895,8	2.563,7	4.254,8	121,7	155,6	158,4
	4.193,5	4.209,2	6.120,9	924,02	911,32	940,9

Tabelle XIII

Kapitalbildung der Agrar- und Gewerbebank im Verhältnis zur
Kapitalbildung der Banken in Afghanistan in Mio Afgh.

(Fortsetzung)

Banken	De Paschtan Tedjarati Bank		De Karnane Bank Agrarbank		De Tamerati Bank	
Geschäfts- jahre	1335	1336	1337	1335	1336	1337
Kapital- struktur	1956/57	57/58	58/59	1956/57	57/58	58/59
Eingezahltes Grundkapital	108,4	120,3	130,0	85,0	85,0	85,6
Rücklagen	1,1	5,4	10,6	--	1,1	--
Sichtdepositen	28,5	31,5	57,2	2,1	1,0	47,9
Termindepositen	22,6	45,2	53,9	2,5	2,5	3,1
Sichtdepositen in Devisen	1,2	1,7	--	--	--	--
Sonstige Eingänge	125,2	--	0,9	40,8	3,3	4,4
	287,0	204,1	252,6	130,4	92,9	141,0
				81,1	102,8	108,2

Tabelle XIV

Die Entwicklung der Hektarerträge 1948-1961 (in 1.000 to)

Jahre	Weizen			Gerste			Mais			Zuckerrohr			Zuckerrüben			Obst				
	Fl.	Ges. ha	ert.	Fl.	Ges. ha	ert.	Fl.	Ges. ha	ert.	Fl.	Ges. ha	ert.	Fl.	Ges. ha	ert.	Fl.	Ges. ha	ert.		
1948/52	1.700	1.700	1,0	300	200		0,7	112	240	2,3	0,3	37	11,6	3	30	10	50	80	1,5	
1955/56	2.225	2.225	1,0	350	729		2,0	280	405	1,6	0,5	59	11,8	4	40	10	10	20	2	
1956/57	2.200	2.200	1,0	480	325		1,3	325	624	1,9	1,5	38	20,7	3,5	35	10	55	248	4,5	
1957/58	2.204	1.983	0,9	490	337		1,2	330	627	1,9	1,2	30	35		3,7	37	10	55	240	4,4
1958/59	2.212	2.234	1,0	495	357		1,3	336	664	1,9	1,5	38	20,7	3,5	35	10	60	270	4,5	
1959/60	2.218	2.240	1,0	500	369		1,4	343	700	1,9	1,8	45	20,6	4	44	11	60	250	4,1	
1960/61	2.230	2.272	1,0	500	378		1,4	350	700	2,0	1,8	45	20,6	4	44	11	60	305	5	

Quelle: Zu den Zahlen 1948-52, 1955-1957, vgl. "Wesarete Plan" (I), Seite 6
zu den übrigen Zahlenangaben vgl. "Ministry of Planning (V), Seite 3

VI. Verwendung und Vermarktung der Agrarprodukte

Wie erwähnt, ist die afghanische Landwirtschaft primär eine Selbstversorgungswirtschaft. Etwa 90 v.H. der produzierten Nahrungsmittel werden in dem Erzeugungsland konsumiert.

Getreide wie Weizen, Reis und Mais als Hauptnahrungsmittel werden auf 74,6 v.H., Obst und Gemüse auf 21,6 v.H. und Hackfrüchte wie Baumwolle, Zuckerrohr, Zuckerrüben und auch Ölsamenpflanzen auf 3,8 v.H. bewirtschaftete Oberfläche angebaut.

Obwohl der Weizenanbau den größten Teil der Anbaufläche, nämlich 60 v.H. der gesamten Ackerfläche umfaßt, ist Afghanistan kein Exporteur von Weizen. Im Gegenteil, in Dürrejahre macht sich ein Mangel an Weizen besonders in den Städten bemerkbar. So sind z.B. 1959/60 90.000 to Weizen aus den USA und der Sowjetunion eingeführt worden. Die vom Staat entweder bereits errichteten oder noch im Bau befindlichen Getreidesilos sollen als Vorratstetten für die Regulierung der Erzeugnismengen dienen.

Die erzeugten Mais- und Reismengen werden ebenfalls im Lande konsumiert.

Gerste wird hauptsächlich verfüttert und ab und zu mit Brotgetreide vermengt. Obst und Gemüse spielen ebenfalls eine wichtige Rolle für die Bedarfsdeckung an Nahrungsmitteln im Lande.

Landwirtschaftliche Exportgüter beziffern sich auf etwa 2 v.H. der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung. Über die Hälfte der Exportgüter besteht aus frischen und getrockneten Früchten. Im Jahr 1960/61 sind 19,6 v.H. der Gesamterzeugnisse an Obst ausgeführt worden. Die wichtig-

sten Früchte sind: Weintrauben, Äpfel, Granatäpfel, Birnen, Aprikosen, Melonen, Nüsse, Mandeln und Pistazien.

Ein beträchtlicher Überschuß an Gemüse, darunter Zwiebeln, Kartoffeln und einige Saatgüter werden nach Indien und Pakistan exportiert.

Als wichtige Rohstoffe für Industrie und Handwerk kommen Baumwolle, Zuckerrüben, Zuckerrohr und Ölsamenpflanzen in Frage. Im Interesse der Industrieentwicklung wird der Anbau von Zuckerrüben und Baumwolle halbstaatlich und durch Zwangsmaßnahmen vorgenommen. Trotzdem ist die geplante Produktion nicht erreicht worden, obwohl der Staat dafür sorgt, daß die Landwirte einerseits Saatgüter und andererseits Vorschüsse bekommen. Einen Überblick über den Baumwoll- und Zuckerrübenanbau gibt die Tabelle XIV.

Die Holzwirtschaft ist noch von untergeordneter Bedeutung, da die Hochgebirge unbewaldet sind und in den niedrigen Regionen das System der Viehwirtschaft einer geregelten Aufzucht abträglich ist. Lediglich in den walddreichen Gebieten der Ost- und Südprovinzen wird ein geringer Teil der großen Bestände an Zedern, Kiefern und Eichen systematisch genutzt, sie finden dort als Brenn- und Bauholz Verwendung und werden gelegentlich in den nahegelegenen Grenzgebieten gehandelt. Die durch die mangelhaften Transportwege begründete abgeschlossene Lage dieser Gebiete hat diesen Produktionszweig für die gesamte Volkswirtschaft nicht bedeutungsvoll werden lassen.

Viehzucht und tierische Veredelungsprodukte spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in der Wirtschaft Afghanistans. Die Fleisch- und Milcherzeugung wird für den nationalen Eigenverbrauch verwendet, während 25 v. H. der gesamten Fellerzeugung, 33 v.H. der gesamten Wollerzeugung und 90 v.H. der gesamten Karakulschaffelle (sog. Persianerfelle) exportiert werden.

Die in die industrielle Verarbeitung eingehenden tierischen und pflanzlichen Rohstoffe betragen etwa 10 v.H. der Erzeugung. Durchschnittlich etwa 25 v.H. der gesamten Rohstofferzeugnisse werden auf regionalen und überregionalen Binnenmärkten angeboten.

Im allgemeinen jedoch ist der Austausch aller dieser Produktionsgüter infolge der ungünstigen Verkehrsverhältnisse des Landes großen natürlichen Hemmungen unterworfen.

Zwar gibt es in allen größeren Niederlassungen wöchentlich ein bis zwei öffentliche Markttage, die dem Erzeuger gestatten, seine Produkte an den Käufer zu bringen, jedoch ist diese einfache Form des Handels regional eng begrenzt.

Der weitere Warentransport ist ein umständliches und zeitraubendes Geschäft und daher dem Erzeuger allgemein verschlossen. Der Überlandhandel liegt ausschließlich in den Händen von Kaufleuten und Zwischenhändlern, die damit eine wichtige Funktion erfüllen.

Diese Lage hat aber auch den Handel in eine monopolähnliche Machtstellung gerückt, die Überwiegend zu ungerechtfertigt hohen Handelsspannen führt und Erzeuger und Verbraucher gleichermaßen benachteiligt. Das trifft einmal den landwirtschaftlichen Erzeuger, der seine Rohprodukte wie Baumwolle, Zuckerrüben und Getreide auf den einheimischen Märkten nicht absetzen kann und zudem auf Handelswaren wie Textilien, Zucker, Tee, Brennöl etc. angewiesen ist, und zum anderen den Verbraucher in den Städten. Da hier jedoch ein gewisser Wettbewerbsausgleich stattfindet, leidet der landwirtschaftliche Erzeuger am stärksten unter diesem Mißstand, zumal er oft genötigt ist, seine Produkte um jeden Preis zu veräußern.

VII. Ländliches Organisationswesen

Das institutionelle Organisationsgefüge der Landwirtschaft befindet sich noch in der Entwicklung. Das islamische Recht bildet die Grundlage der Agrarverfassung. Daneben übt seit etwa 27 Jahren die staatliche Agrarverwaltung ordnungspolitische Aufgaben aus. Die Leistung und Tätigkeit der staatlichen Verwaltung beschränkte sich sachlich auf den Bereich der Viehzucht, der Schädlingsbekämpfung, auf die Verwaltung von Staatsgütern und regional auf einige Provinzen, die von einem Landwirtschaftspräsidium geführt wurden.

Als in den letzten 10 Jahren dem Staat bewußt wurde, daß eine Förderung und Verbesserung der afghanischen Landwirtschaft unbedingt notwendig seien, dieses jedoch ohne umfassende Maßnahmen nicht möglich sei, schloß die Regierung im Jahre 1946 einen Vertrag mit der amerikanischen Morrison-Knudson Company, welcher vor allem - wenn auch zunächst auf regionaler Ebene - Meliorationen, Beratung, Erziehung und Schulung der Landwirte in moderner Technik zum Ziel hatte. Es entstand eine weitere staatliche Stelle, nämlich das Amt für ländliche Entwicklungspläne im Hilmandstal. Die Mittel für diese Pläne, in Höhe von 44 Mio US Dollar, wurden teils durch eigenstaatliche Ausgaben und teils durch Kredite der amerikanischen Export-Import-Bank aufgebracht.

Dieser Plan konnte die Ziele des Staates nicht erfüllen, deshalb wurde das Landwirtschaftspräsidium 1952 von der neuen Regierung in ein Landwirtschaftsministerium umgewandelt und dessen Aufgabebereich beträchtlich erweitert. Zu diesem Zweck schaltete das Ministerium nachgeordnete Ämter in weiteren Provinzen ein, während das Amt für landwirtschaftliche Entwicklungspläne vom Hilmandstal für die Hilmand- und Gereschkprovinzen verantwortlich blieb.

Das Ministerium umfaßt heute 24 Hauptämter, unter denen das Beratungsamt bzw. das Amt für soziale und ländliche Wirtschaftsfragen und schließlich das Boden-Wasserbewirtschaftungsamt, die durch Empfehlungen von FAO-Experten und denen der ICA im Jahre 1959 eingerichtet wurden, besonders zu nennen sind.

Weitere Einrichtungen, die Funktionen in der afghanischen Landwirtschaft wahrnehmen, aber nicht unmittelbar dem Landwirtschaftsministerium unterstellt sind, sind die Baumwoll- und Zuckerfabrik AG und weitere Handelsorganisationen, die mit der Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse beschäftigt sind, wie z.B. die Karakul AG und die Obstexport AG u.a.

Das Amt für Dorfentwicklung beschäftigt sich mit der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des afghanischen Dorfes. Das Ziel dieser Einrichtung ist die Einführung eines modernen Schul- und Bildungswesens; auch die Ausführung hygienischer Maßnahmen, sowie die Einführung moderner Methoden in Viehzucht und Ackerbau gehören in ihren Kompetenzbereich. Die staatliche Tätigkeit läßt sich unter zwei Hauptpunkten subsumieren:

Die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und
Die Einführung moderner Methoden in der Landwirtschaft.

Es fehlt jedoch völlig eine organische Zusammenarbeit zwischen der staatlichen Agrarverwaltung und den ländlichen Betrieben. Die staatliche Agrarverwaltung kommt nur bei gewissen Anlässen, wie z.B. bei der Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten oder von Heuschreckeneinfällen mit den landwirtschaftlichen Betrieben in unmittelbare Berührung; sonst fehlt die betriebswirtschaftliche Zusammenarbeit weitgehend.

Daran liegt es auch, daß die Agrarverwaltung sich nicht fortschreitend entfalten kann.

Ein Blick in den Tätigkeitsbericht des Ministeriums zeigt nur die Erfolge gegen tierische und pflanzliche Krankheiten. Mit Wasserbewirtschaftungsplänen und Bodenanalysen, sowie der Zusammenstellung von Agrarstatistiken hätte längst begonnen werden müssen.

Im Rahmen der Erörterung des ländlichen Organisationsgefüges in Afghanistan sollen weiterhin die von der Agrar- und Gewerbebank nach deren Gründung ins Leben gerufenen wenigen ländlichen Genossenschaften genannt sein, es handelte sich hierbei um eine ganz beschränkte Anzahl Kredit- und Verwertungsgenossenschaften, sowie einige gewerbliche Genossenschaften. Dabei unterstanden diese Kreditgenossenschaften voll dem Interessenbereich der Agrar- und Gewerbebank. Sie sollten nämlich weitgehend der Entfaltung ihrer Kreditgeschäfte und der Vergrößerung ihres Kreditvolumens dienen. Daß hierbei keineswegs der Bevölkerung der Gedanke einer kooperativen Selbsthilfe nahegebracht wurde, mag in diesem Zusammenhang nur am Rande erwähnt sein, im einzelnen wird darauf im folgenden Teil noch einzugehen sein. Viele dieser Gesellschaften sind inzwischen auch liquidiert worden.

Zusammenfassung

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß Afghanistan ein relativ dünn besiedeltes Agrarland ist, dessen Bewohner sich auf der 650.000 qkm großen Gesamtflächen zu 15 % in den Städten und zu 60 % in kleinen Dorfsiedlungen finden, während der übrige Teil nomadisiert. Das Land zeichnet sich durch kontinentales Klima aus, ist regenarm und damit besonders Bewässerungsproblemen in der Landwirtschaft gegenübergestellt.

Ausländisches Kapital zu Investitionszwecken im Rahmen der Entwicklungshilfe ist der Volkswirtschaft Afghanistans erst in den letzten Jahren zugutegekommen. Da ein organisiertes Kreditsystem auf dem Lande wie auch die Sparfähigkeit sowie Sparwilligkeit der Landbevölkerung fehlen, besteht ein Mangel an Investitionsmitteln zu Rationalisierungszwecken. Der Anteil des Produzenten von landwirtschaftlichen Gütern am Endverbraucherpreis deckt infolge der Ausbeuterstellung des Zwischenhandels kaum die Kosten des Erzeugers. Infolge dieser ungünstigen Rentabilitätslage erscheinen die Landwirte der Agrar- und Gewerbebank, als eigentlichem Kreditinstitut der Landwirtschaft, kaum kreditwürdig, so daß nur die größeren Grundbesitzer auf dem Wege der Verpfändung von Grundstücken in der Lage sind, Kredite in Anspruch zu nehmen.

Abgesehen von der konservativen Einstellung der Landbevölkerung verhindert eben auch der Kapitalmangel, daß moderne Produktionsmethoden Eingang in die afghanische Landwirtschaft finden.

Die schlechten Verkehrsverhältnisse behindern die Entwicklung eines funktionsfähigen Binnenmarktes. Es kommt deshalb oft vor, daß die Produkte einer bestimmten Gegend sich auf einem Markte häufen, während auf anderen Märkten ein akuter Mangel herrscht. Eine echte Preisbildung ist kaum möglich, da weder ein überregionaler Marktausgleich, noch Marktreaktionen der Bauern wegen mangelnder Markttransparenz stattfinden. Von einer wirkungsvollen Agrarpolitik oder speziellen Marktordnung in der afghanischen Landwirtschaft kann nicht gesprochen werden.

Eine ausgesprochene Agrarordnung im europäischen Sinne fehlt ebenfalls in Afghanistan. Bestimmte Rechtsformen, wie sie etwa in den Eigentums- und Erbverhältnissen, sowie im Pachtwesen zum Ausdruck kommen, richten sich nach islamischen Vorschriften, die dem Kleinbauerntum vielfach Nachteile bringen. Die Entwicklungspläne der Land-

wirtschaft implizieren in erster Linie agrarökonomische Aspekte; agrarsoziologische Fragen und Probleme der afghanischen Landwirtschaft werden zurückgestellt. Dazu ist zu bemerken, daß die Entwicklungskurve außerlandwirtschaftlicher Zweige im Vergleich zu der der Landwirtschaft stark ansteigend verläuft.

Wenn aber ein Land wie Afghanistan vor einer ausgeprägten Entwicklungsphase steht, so muß vor allem darauf geachtet werden, daß dieses Aufwärtstreben nicht der wichtigsten Grundlagen, d.h. der Entwicklung des primären Sektors, also der Landwirtschaft, entbehrt.

Bei der Industrialisierung des Landes, insbesondere auch in bezug auf die Veredelungsindustrie landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ist eine Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft vonnöten. Eine höhere Arbeitsproduktivität schafft durch die Freistellung von Arbeitskräftepotential günstige Voraussetzungen für eine fortschreitende industrielle Entwicklung Afghanistans.

So lassen die dargestellten Verhältnisse keinen Zweifel daran, daß für eine wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans die Entwicklung und Rationalisierung des primären Sektors die Grundlage bilden muß. Das bedeutet, daß in erster Linie eine Verbesserung der Agrarstruktur erforderlich ist. Dafür notwendig erscheint vor allem der Aufbau eines ländlichen Organisationsgefüges von der Art des Genossenschaftswesens; so könnte z.B. in Ermangelung fremder Kapitalzufuhr die für eine derartige Entwicklung notwendige Kapitalbildung in der Form einer Eigenkapitalbildung auf dem Wege solidarischer Selbsthilfe erreicht werden.

Dritter Teil

Ansatzpunkte, Voraussetzungen und Möglichkeiten für die Entwicklung von ländlichen Genossenschaften in Afghanistan

I. Ansatzpunkte für die Entwicklung von ländlichen Genossenschaften

1) Soziale und ökonomische Spannungen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung

Wenn auch die Probleme der Entwicklungsländer zum großen Teil andere sind als die, vor die sich die westeuropäischen Länder am Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs der Neuzeit gestellt sahen, so lassen sich doch in einigen Bereichen wichtige Analogieschlüsse ziehen. Fragen wir also zunächst nach dem Beginn der modernen Genossenschaftsbewegung in Europa.

Die wirtschaftlichen Umwälzungen des vorigen Jahrhunderts in Europa, die mit der aufblühenden Technik und Industrialisierung einhergingen, brachten erhebliche strukturelle Wandlungen der Wirtschaftsbereiche mit sich. Die traditionelle Selbstversorgungswirtschaft in Europa wurde auseinandergerissen. Dadurch wurden die minderbemittelten Schichten auf dem Lande von Zwischenhändlern und Wucherern, und in den Städten die Handwerker und Arbeiter von der sich entwickelnden Industrie in ihrer Existenz bedroht.

Die wirtschaftliche Unaufgeschlossenheit der Bevölkerung auf dem Lande und die Wandlungen der städtischen Wirtschaftsstruktur als Anlaß sozialer Spannungen im 19. Jh. haben führende Persönlichkeiten zu Überlegungen veranlaßt, Wege zu finden, um den in Not Geratenen zu helfen und der wachsenden Armut der breiten Masse zu begegnen.

Als Mittel zu diesem Zweck hat das Genossenschaftswesen eine große Rolle gespielt. Dieses hat in den einzelnen europäischen Ländern eine unterschiedliche Entwicklung durchlaufen, die Zielsetzung war jedoch immer die gleiche, nämlich als wirtschaftliches Ordnungsmittel der Verstärkung der wirtschaftlichen Macht der Mitgliederwirtschaften auf der Basis der solidarischen Selbsthilfe zu dienen.

Afghanistan befindet sich zur Zeit in einem Stadium wirtschaftlichen Aufschwungs, das naturgemäß auch soziale Spannungen mit sich bringt, besonders in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft.

Die Forderung nach einer Produktivitätssteigerung und erhöhter Kapitalintensität in der Landwirtschaft, nach Schaffung eines ländlichen Kreditwesens und einer Marktordnung sind für Afghanistans Landwirtschaft durchaus Probleme, wie man sie zur Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs in Europa im vorigen Jahrhundert beobachten konnte.

Es ergibt sich demnach die Frage, ob unter den beschriebenen Verhältnissen auch jene Mittel und Maßnahmen, die der wirtschaftlichen Existenzsicherung von Landwirten und Arbeitern in Europa gedient haben, in Afghanistan verwendet werden können.

Die Entstehung der Genossenschaftsbewegung in Europa vollzog sich in einer Zeit, welche die Genossenschaften als notwendiges Mittel zur Linderung der Not und für die Beilegung sozialer Spannungen ansah. Genossenschaften werden mit Recht als Kinder der Not bezeichnet.

Wenn man an die Erstgründungen zurückdenkt, stellt man fest, daß aus dem ideologischen Machtkampf des 19. Jh. der machtlosen, wirtschaftlich minderbemittelten Schichten gegen die Kapitalmächte des liberal - individualisten

Wirtschaftssystems sich eine neue Geisterwelt und Wirtschaftsgesinnung entwickelt hat, wie man sie in dem Genossenschaftswesen verwirklicht findet.¹⁾

Die Grundlage für den Aufbau und die Entwicklung eines Genossenschaftswesens ist der Gemeinschaftsgeist und eine entsprechende Wirtschaftsgesinnung. Also ist der Aufbau eines ländlichen Genossenschaftswesens in Afghanistan auch davon abhängig, daß "die Genossenschaft als soziales Gebilde" unter den gegebenen Verhältnissen "von dem Gemeinschaftsgefühl und der Wirtschaftsgesinnung, sowie den politisch ausgerichteten Solidaritätsbestrebungen des Volkes bestimmt" wird.²⁾

2) Sozialpsychologische Ansatzpunkte

a) Gemeinschaftssinn

Die typische Natur der Genossenschaften als Personenvereinigung bedingt, daß psychologische und soziologische Tatbestände bei der Entstehung der Genossenschaft und ihrem weiteren Fortgang große Bedeutung haben.²⁾

1) Vgl. Seraphim, H.J.(III) Deutsches Genossenschaftswesen Keverlaer/Rhein 1949, S. 8

2) Seraphim, H.J. (V), Die genossenschaftliche Gesinnung und das moderne Genossenschaftswesen, Karlsruhe, 1956, S. 7

3) Vgl. Draheim, G., Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, 2. durchgesehene Auflage, Göttingen, 1955, S.21

Die soziologischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der afghanischen Bevölkerung werden durch die islamische Religion stark beeinflusst, die tief in der Bevölkerung verankert ist. Enge zwischenmenschliche Beziehungen ergeben sich aus einer ständigen Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfeleistung und aus dem stark ausgeprägten Nationalbewußtsein. Entsprechend der islamischen Glaubenslehre sind die Gläubigen auch im Wirtschaftsleben zu einer sozialen Einstellung angehalten. Die im Koran verankerten Vorschriften, die die Gläubigen zur Wohltätigkeit und Pflege des Gemeinwohles auffordern, werden von der Bevölkerung weitgehend befolgt.

Nach Stiegler behindert der Islam sogar eine individual-rationale Ausrichtung wirtschaftlicher Betätigung, es geht ihm darum, den Menschen zu sozialem Wohlstand und Zusammenleben auf freiwilliger Grundlage zu führen.¹⁾

Das hierin zum Ausdruck kommende Gemeinschaftsgefühl stellt zweifellos einen Ansatzpunkt dar, der einem genossenschaftlichen Denken - soweit es die Genossenschaft als Gruppe betrifft - förderlich wäre. Das wird besonders deutlich, wenn man sich die Anfangsphase der Entwicklung des Genossenschaftswesens in Europa bzw. die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens in Deutschland vergegenwärtigt.

Für die Anfangsphase genossenschaftlicher Ideenentwicklung ist die Vorherrschaft sozialreformatorischer, auf Umgestaltung der individual-liberalistischen Gesamtordnung abzielender Konzeptionen charakteristisch.²⁾

1) Vgl. Stiegler, H. Die Glaubenslehren des Islam, *)

2) Vgl. Seraphim, H.J. (V)Die genossenschaftliche Gesinnung und das moderne Genossenschaftswesen, a,a.O., S. 20

*) München, Paderborn, Wien, Verlag Schöningh, Bd. III, 1961, S. 489

Die ersten Versuche, die zur Überwindung der dauernden Krisen im Handwerk und in der Landwirtschaft durch Errichtung von Genossenschaften in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts unternommen wurden, sind für das heutige Genossenschaftswesen in Deutschland in ihren Nachwirkungen noch bedeutungsvoll.¹⁾

Im Bereiche des ländlichen Genossenschaftswesens in Deutschland standen - wie schon angedeutet - Humanitätsideen und karitatives Denken anfänglich im Vordergrund.²⁾ Hier zeigen sich Ähnlichkeiten mit dem Wohltätigkeitsdenken der afghanischen Bevölkerung. So sind z.B. traditionsgemäß die Armenfürsorge und die Wohltätigkeit der Initiative des Einzelnen überlassen.³⁾

Mehr noch zeigen sich Ansatzpunkte im dörflichen Zusammenleben und der Zusammenarbeit in Form der Nachbarschaftshilfe. Zur Erläuterung mögen folgende Beispiele eines praktisch verwirklichten Gemeinschaftsbewußtseins aufgezeigt werden.

In vielen Dörfern ist es üblich, daß den einzelnen Bauern fehlende Aussaatmengen, Spanntiere oder andere Betriebsmittel von einem anderen überlassen werden. Dabei wird die Aussaatmenge zinslos ausgeliehen und der Empfänger nur verpflichtet, die ausgeliehene Menge nach der nächsten Ernte zurückzugeben.

1) Vgl. Henzler, R. (III), Genossenschaftswesen, Wiesbaden, 1952, S. 7

2) Vgl. Abel, W. a.a.O., erste Auflage, S. 80

3) Anmerkung: Auch der Staat ist verpflichtet, einen bestimmten Teil seiner Ausgaben für die Armenfürsorge bereitzustellen. Die staatlichen Wohltätigkeitseinrichtungen wie Marastun (Haus der Hilfe) Daraljatam (Das Haus der Waisenkinder) sind einige Beispiele, die die staatliche Fürsorge für die mittellosen Schichten deutlich machen mögen. Es gibt darüberhinaus ähnliche Stiftungen von privater Seite.

Weiterhin werden Wasserversorgung, die Aufsicht und Instandhaltung der Wasserkanäle, sowie die damit verbundenen Anlagen gemeinschaftlich betrieben, ohne daß das Eigentumsrecht der einzelnen Besitzer beeinträchtigt wird. So werden die abgezweigten Bewässerungskanäle mindestens zweimal im Jahr gemeinschaftlich gereinigt, und um große Wasserverluste zu verhindern, dauernd bewacht. Als Wächter wird ein Vertrauensmann von mehreren Dörfern für eine Gemeinde oder einen Bezirk gewählt und bevollmächtigt, mit den anderen Wächtern die Bewässerungsperioden zu regeln bzw. abzusprechen. Über die Bewässerungsmengen und -zeiten gibt der Wächter gemäß den rechtlichen und gewohnheitsrechtlichen Bestimmungen den einzelnen Berechtigten und Nutzern verbindliche Weisungen.

Auf der Grundlage des vorhandenen Gemeinschaftsbewußtseins könnten also in Afghanistan auch Genossenschaften in Ausübung des solidarischen Selbsthilfegedankens zu der wirtschaftlichen Existenzsicherung und Hebung des dörflichen Lebensstandards beitragen.¹⁾

b) Wirtschaftsgesinnung

Die Wirtschaftsgesinnung, die die Grundlage des Genossenschaftswesens darstellt, baut auf dem Willen zur solidarischen Selbsthilfe auf.²⁾ "Die Beziehungen und die Haltung der Genossen untereinander und zu der Genossenschaft bestimmt die solidarische Gebundenheit in jeder Genossenschaft. Sie setzt aber eine innere Entscheidung der Genossen, die vom Genossenschaftsgeist und der Wirtschaftsgesinnung der Mitglieder abhängig ist, voraus."³⁾

1) Seraphim, H.J. (V), a.a.O., S. 21

2) Vgl. Seraphim, H.J. (III), Deutsches Genossenschaftswesen, a.a.O., S. 5

3) Seraphim, H.J., (V), Die genossenschaftliche Gesinnung und das moderne Genossenschaftswesen. a.a.O., S. 11

Die Wirtschaftsgesinnung der Landbevölkerung richtet sich nach dem von der Religion geprägten Begriff "Absolutismus der Gottheit". Die Gläubigen werden zum Wirtschaften angehalten, damit sie sich und ihre Gemeinschaft durch intensive Arbeit zu Existenzsicherung oder Wohlstand verhelfen. Danach werden den Menschen Arbeitswille, Strebsamkeit und Genügsamkeit als Tugenden nahe gebracht. So sind die afghanischen Bauern an Leistung und Arbeit gewöhnt, und ihr Land bleibt niemals ohne Grund unbebaut. Sie leben in dem Bewußtsein, daß sie ständig intensiv arbeiten müssen, und sehen die Ergebnisse ihrer Arbeit als Gottesgabe an. Sie versuchen zwar, mit den wenigen, ihnen zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln den Bodenertrag zu steigern. Die Errungenschaften der modernen Technik auf dem Gebiete der Bodenbearbeitung und -veredelung sind ihnen jedoch unbekannt. Auch fehlen die Kenntnisse neuzeitlicher landwirtschaftlicher Betriebsführung, sowie betriebswirtschaftliche Begriffe wie Rentabilität und Produktivität.

Die vorhandene Wirtschaftsgesinnung der afghanischen Bevölkerung könnte in gewissem Maße dazu geeignet sein, in eine Genossenschaftsgesinnung überführt zu werden.

Das bedeutet, daß sich auf der Grundlage des Gruppendenkens zunächst Genossenschaften als Mittel zur gemeinschaftlichen Bedarfserückung entwickeln ließen. Darüberhinaus könnten dann allmählich bei Mitgliedern eine rationelle Denkweise erzogen werden, die die Voraussetzung für die Wirksamkeit moderner Genossenschaften ist.

*) Anmerkung: In diesem Zusammenhang könnte auf die Gründung ländlicher Genossenschaften in Deutschland durch Raiffeisen verwiesen werden, der gleichfalls ein traditionelles Verhalten der Bevölkerung als Ansatzpunkt für die Etablierung einer rationellen Denkweise und eines ländlichen Genossenschaftswesens anerkannte. Vgl. dazu: Seraphim, H.J., (V), a.a.O., S. 12 ff.

Bevor die Wirksamkeit von Genossenschaften in dieser Hinsicht untersucht wird, erscheint es notwendig zu fragen, inwieweit konkrete Möglichkeiten bestehen, ländliche Genossenschaften in Afghanistan einzuführen.

II. Voraussetzungen für die Entwicklung von ländlichen Genossenschaften

Nach der kurzen Darstellung der in Afghanistan herrschenden Wirtschaftsbedingungen und der vorhandenen Wirtschaftsgesinnung ist nun die Frage zu behandeln, welche Möglichkeiten sich unter Berücksichtigung dieser Tatbestände für die Einführung eines ländlichen Genossenschaftswesens in Afghanistan ergeben. Im Zuge dieser Fragestellung sind dabei die Genossenschaften als Hilfsorganisationen freiwilligen Charakters anzusehen, mit deren Hilfe es gelingen soll, die ökonomische Schwäche der Mitgliederwirtschaften zu überwinden.

Die Untersuchung der Realisierungsmöglichkeiten muß zunächst jene Voraussetzungen prüfen, die grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit genossenschaftliche Selbsthilfe wirksam werden kann.¹⁾

Beginnen wir nach Seraphim mit der wichtigen Voraussetzung einer "freien Wirtschaftsverfassung". In einer freien Wirtschaftsverfassung sollen die einzelnen Bauernwirtschaften ökonomisch frei disponieren können, d.h.

1) Vgl. hier und im folgenden: Seraphim, H.J. (VII), Möglichkeiten und Grenzen genossenschaftlicher Selbsthilfe in der Entwicklungsländern, in: Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesens an der Universität Münster, Bd. XIV, Aktuelle Probleme und zukünftige Aspekte genossenschaftlicher Forschung, Karlsruhe 1962, S. 147

sie müssen die Freiheit der Konsumwahl und die Möglichkeit haben, über Grund und Boden zu verfügen, Kredite aufnehmen zu können, sowie Produktion und Absatz ihrer Erzeugnisse selbst zu gestalten.

Das Wirksamwerden genossenschaftlicher Betätigung erfordert neben der rechtlichen Entscheidungsfreiheit also eine weitgehende Dispositionsfreiheit im wirtschaftlichen Bereich des einzelnen. Das Postulat ergibt sich zwingend aus dem Gesichtspunkt, daß die Genossenschaft eine Hilfsorganisation ist, die selbständigen bäuerlichen Betrieben auf dem Wege der Kooperation bessere Möglichkeiten im Wirtschaftsleben verschaffen soll. Das freie Wirtschaftenkönnen ist nur möglich bei einer freiheitlich fundierten Agrarverfassung. Es bedingt insbesondere - bezogen auf Afghanistan - eine Änderung der Agrarstruktur.

Die Änderung der Agrarstruktur muß dabei in erster Linie bei der besitzrechtlich bestimmten Flurzersplitterung (Durchschnittsgröße landwirtschaftlicher Parzellen) wie bei den im Flachland vorhandenen Feudalstrukturen andererseits, bei der traditionellen unwirtschaftlichen Bodennutzung der isolierten Dorf- und Hoflage, sowie bei den unwirtschaftlichen Betriebsgrößen ansetzen, die oft nur jeweils einer Familie eine kaum ausreichende Existenzgrundlage bieten.

Agrarstruktur und wirtschaftlicher Erfolg der landwirtschaftlichen Erzeugung stehen in einer Wechselbeziehung zueinander. Da aber Gestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung, also wirtschaftlicher Erfolg, wie auch die gesamten Lebensverhältnisse der in der Landwirtschaft Tätigen weitgehend von den jeweiligen rechtlichen und sozialen Ordnungen beeinflußt werden, zeigt sich, wie sehr auch die Agrarverfassung, d.h. eine freiheitliche Agrarverfassung, eine entscheidende Voraussetzung

für einen erfolgversprechenden Aufbau und die Betätigung von Genossenschaften ist.

Die in Afghanistan vorhandene Agrarverfassung - sofern hier überhaupt von einer regelrechten Agrarverfassung zu sprechen ist - ist dem Grunde nach freiheitlich, sie garantiert freies Eigentumsrecht und freien Eigentumsverkehr, sowie freie Bewirtschaftung des Bodens; sie bedarf jedoch weitgehender rechtlicher Ausgestaltung und Ergänzung, damit die Besitzpositionen und die Nutznießung und freie Bewirtschaftung des Bodens garantiert werden.

Die von Seraphim formulierte Voraussetzung erfordert weiterhin das Vorhandensein einer marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftsordnung für den Aufbau von Genossenschaften.

Eine marktwirtschaftliche Ausrichtung im Bereich der Landwirtschaft ist in Afghanistan nicht vorhanden, wie überhaupt die Erscheinung nicht vorhandener oder extensiver bäuerlicher Wirtschaftsbeziehungen für Entwicklungsländer typisch ist.¹⁾ Der dynamischen Entwicklung eines ländlichen Genossenschaftswesens in Afghanistan steht insbesondere die Abgeschlossenheit der Dorfwirtschaft entgegen, der mangelnde Verbindung mit überregionalen Märkten durch schwierige Verkehrsverhältnisse bedingt ist. Weiterhin ist für eine freie marktwirtschaftliche Betätigung die Tatsache ein Hemmnis, daß das geringe Geldeinkommen der Bauern diese zu ausgesprochen kaufkraftarmen Konsumenten macht; diese Kaufkraftschwäche ist

1) Vgl. Seraphim, Möglichkeiten und Grenzen der ländlichen genossenschaftlichen Selbsthilfe in den Entwicklungs-

wiederum eine Folgeerscheinung der strukturellen Abgeschlossenheit des Dorfes und seines Selbstversorgungscharakters.

Während also die Ansätze einer ergänzungs- und ausgestaltungsbefähigten, aber freiheitlich fundierten Agrarverfassung in Afghanistan gegeben sind, fehlt eine marktorientierte Ausrichtung bei den bäuerlichen Betrieben. Das besagt, daß die Entstehung von Genossenschaften zwar möglich, doch schwer in Angriff zu nehmen ist. Jedenfalls besonders insofern, als es sich um Warengenossenschaften handelt. Die Wahrnanne innerbetrieblicher Funktionen durch Genossenschaften ist allerdings nicht abhängig von einer starken Marktverbundenheit der Betriebe. ¹⁾

Als zweite Voraussetzung für die Verwirklichung der Idee der solidarischen Selbsthilfe werden von Seraphim die ökonomische Schwäche und die Kenntnis dieser Schwächelage seitens der Bauern genannt. ²⁾ Sinngemäß ist zu untersuchen, inwieweit die afghanischen Bauern ihre ökonomische Schwächelage zu erkennen in der Lage sind, denn das Bewußtsein der eigenen wirtschaftlichen Not zusammen mit dem Willen, die Situation zu verbessern, sind ein wesentliches Stimulans für eine kooperative Selbsthilfe. Wenn auch den afghanischen Bauern die im Islam begründete Bescheidenheit kennzeichnet, so ist doch angesichts der im Flachland vorhandenen Feudalstrukturen und der überall auftretenden starken Zwischenhändler der Bevölkerung durchaus bewußt, nur gerade oft das Existenznotwendige erwirtschaften zu können. Besonders dann kommt den afghanischen Bauern ihre ökonomische Schwächelage zum Bewußtsein, wenn sie über den gewöhnlichen Rahmen

1) Vgl. Seraphim, H.-J. (VII), Möglichkeiten und Grenzen genossenschaftlicher Selbsthilfe in den Entwicklungsländern, a.a.O., S. 148

2) Ebenda, S. 149

hinaus hohe Ausgaben tätigen müssen oder wenn sie in Notlagen geraten und dann dem Wucher von Geldverleihern ausgeliefert sind. Die wirtschaftliche Macht und der Einfluß der Wucherer (Sudchowar) und der Zwischenhändler angesichts ihrer eigenen ausgenutzten Situation finden denn auch in emotionaler Ablehnung und einem ausgesprochenen Haßgefühl bei den Dorfbewohnern ihren Ausdruck.

So ist jedenfalls nicht zu verkennen, daß die Voraussetzung der Kenntnis der Schwächelage der Bauern durchaus gegeben ist, wenn auch dieses Bewußtsein nicht einen so offensichtlichen Ausdruck erfährt.

Die Tatsache, daß der Gedanke der solidarischen Selbsthilfe auch bei der Entwicklung des Genossenschaftswesens in Europa zunächst von Einzelpersonlichkeiten wie Raiffeisen, Haas, Schulze-Delitzsch und den Pionieren von Rochdale verfochten wurde und später sich dann auf breiter Basis entwickelte, spricht dafür, daß bei einem gewissen Bildungsstand des Volkes das Genossenschaftswesen primär dynamischer Führungskräfte bedarf. Das entspricht jener weiteren Voraussetzung, die von Seraphim folgendermaßen formuliert wird: "Es muß die Geschäftsleitung über ein gewisses Maß an Qualifikation verfügen, und immerhin muß es in der Bauernschaft einige Persönlichkeiten geben, die in der Lage sind, eine gewisse Kontrolle der Geschäftsführung durchzuführen." ¹⁾

Die Entwicklung eines Genossenschaftswesens setzt also voraus, daß unter der afghanischen Bevölkerung und insbesondere unter den Dorfbewohnern Personen vorhanden

¹⁾ Vgl. Seraphim, H.J., (VII), a.a.O., S. 149

sein müssen, die einmal als Träger und Förderer des genossenschaftlichen Gedankengutes auftreten und zum anderen die Geschäftsführung zu gründender Genossenschaften übernehmen könnten.

Daß solche Persönlichkeiten aus der afghanischen Bevölkerung heraus als Pioniere des Genossenschaftswesens hervortreten, ist unwahrscheinlich. Ebenso wird es nicht möglich sein, ohne umfassende Ausbildungsmaßnahmen Geschäftsleiter für die Führung von Genossenschaftsbetrieben zu finden. In jedem Falle bietet sich aber die Einsetzung von ehrenamtlichen Genossenschaftsführern nach dem System von Raiffeisen an.¹⁾

Die Voraussetzung der Bildung von Eigenkapital durch die Genossenschaft²⁾ ist abhängig von der Besitzposition, dem Einkommen, dem Sparsinn der Landwirte und dem Stand der Investitionen in der Landwirtschaft. Es muß die Möglichkeit gegeben sein, daß von den Mitgliederwirtschaften selbst Grundkapital gebildet wird.

Wegen fehlender statistischer Daten bezüglich der Einkommenshöhe, Sparquote und Investitionsbeträge lassen sich keine Angaben über die diesbezüglichen Verhältnisse in der Landwirtschaft machen. Der Ablauf des täglichen Lebens eines afghanischen Bauern zeigt jedoch, daß dieser in der Lage ist, in beschränktem Maße bei der Eigenkapitalbildung der Genossenschaften mitzuwirken. Die hohen Aufwendungen, die zudem bei Hochzeiten und Todesfällen gemacht werden, gleichgültig ob auf der Basis von Kredit oder eigenen Mitteln, zeigen, daß die Landwirte auch in der Lage wären, zu sparen.

1) Vgl. Grundsatz der ehrenamtlichen Genossenschaftsführung, S. 122 ff.

2) Vgl. Seraphim, H.-J., (VII), a.a.O., S. 154 ff.

Das Sparen erfolgt zumeist in der Form von Sachgütern wie Edelmetallen oder Edelsteinen.

Das bedeutet also, daß bei den afghanischen Landwirten eventuell vorhandenes Kapital aus Sachgütern besteht, ohne daß darauf ein für Investitionen zugänglicher Geldmarkt in den Dörfern gebildet würde. Ein weiterer Grund für das Fehlen von liquiden Mitteln ist der begrenzte wirtschaftliche Kreislauf und die mangelnde Marktverbundenheit.

Es ist also für die Eigenkapitalbildung einer afghanischen Genossenschaft eine Starthilfe notwendig und zwar in dem Umfang und in dem Zeitraum, bis sich das bisher gehortete Kapital in wirtschaftlich nutzbares Kapital umgewandelt hat.

Als Sicherheit für Kredite könnten der Grund und Boden sowie das Inventar der Landwirte dienen, wie dieses praktisch schon bei dem bisherigen Aufbau von ländlichen Kreditgenossenschaften in Afghanistan geschehen ist, um die Kreditwürdigkeit der Mitgliederwirtschaften festzustellen. Deswegen besteht kein Zweifel daran, daß eine Möglichkeit zur Eigenkapitalbildung durch ein Zusammenwirken von Mitgliederwirtschaften in den afghanischen Dörfern gegeben ist.

Man kommt zu der Schlußfolgerung, daß auf Grund der gegebenen Verhältnisse in Afghanistan, insbesondere der herrschenden freien, wenn auch reformbedürftigen Agrarverfassung Afghanistans, der Aufbau und die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit möglich sind. Rechtlich und ökonomisch

misch gesehen ist die Realisierung des Genossenschaftswesens in entscheidenden Punkten nach jenen Grundsätzen denkbar, wie sie von Raiffeisen beim Aufbau des ländlichen Genossenschaftswesens in Deutschland in den Vordergrund gestellt worden sind.

Die Verbesserung der Besitzverhältnisse, die rentablere Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen und die Überwindung der Marktschwäche der Erzeuger in Afghanistan sind wichtige agrarpolitische Aufgaben, zu deren Lösung durch die Entwicklung von ländlichen Genossenschaften beigetragen werden kann. Ihre Lösung erfordert indes Zeit und Geduld. Man könnte sich dabei die Entwicklung der ländlichen Genossenschaften in Deutschland zum Vorbild nehmen, die das Ergebnis einer über 100jährigen Arbeit und Leistung sind.

Den afghanischen Bauern ist zunächst klarzumachen, was der Begriff und das Wesen der Genossenschaften beinhalten. Sie sind davon zu überzeugen, daß die Selbsthilfe auf freiwilliger Basis in einer Genossenschaft keine individuelle Hilfe ist, sondern auf der Zusammenarbeit ihrer Mitglieder beruht, d.h. eine solidarische Selbsthilfe ist.

III. Möglichkeiten der Realisierung genossenschaftlicher Grundsätze

1) Grundsatz der Freiwilligkeit

Freiwilligkeit bedeutet nicht allein die Möglichkeit des beliebigen Ein- und Austritts der Mitgliederwirtschaften bei der Genossenschaft, sondern darüber hinaus, daß jedes Mitglied das Recht auf freie Entscheidung und Mitwirkung in der Genossenschaft hat. Dieser Grundsatz öffnet den Weg für die Erziehung der Mitgliederwirtschaften zur modernen genossenschaftlichen Gesinnung, die bei dem Aufbau des Genossenschaftswesens in Afghanistan von großer Bedeutung sein wird.

In der freien Welt hat man mit diesem Grundsatz die freien Bauern, die in ihrem natürlichen Bereich geistig und wirtschaftlich noch nicht aufgeschlossen waren, durch freiwilligen genossenschaftlichen Zusammenschluß zum Wirtschaften erzogen und damit freie wirtschaftliche Gemeinschaften von höchster Leistungsfähigkeit in der Form genossenschaftlicher Gemeinschaftsbetriebe gebildet.

In Afghanistan muß beachtet werden, daß das Wesen eines freien Zusammenschlusses in einer Genossenschaft zunächst dem Bewußtsein der afghanischen Bauern nahezubringen ist. Die Bauern müssen erkennen, daß man als freies Mitglied in der Genossenschaft seine Eigentums- und Bewirtschaftungsrechte behält und weiterhin innerhalb der Genossenschaft in Einklang gebracht werden muß. Eine solche Aufklärung würde das Wachstum von Genossenschaften auf freiwilligen Grundsatz erheblich vorantreiben. Es wird dadurch auch dem afghanischen Bauern der Gegensatz zwischen Kollektiven sowjetischer Prägung und freien Genossenschaften verständlich und er dann die Genossenschaften nicht als Vorstufe kommunistischer Ausrichtung ansehen würde.

Solcherart klare Vorstellungen entsprechen den Humanitätsideen der religiös eingestellten Landwirte in Afghanistan und sind auch für den Aufbau eines ländlichen Genossenschaftswesens unbedingt erforderlich.

In Afghanistan, wo die modernen Formen genossenschaftlicher Arbeit der Bevölkerung fremd sind, sind also die Aufklärung und Werbung die ersten entscheidenden Schritte zum Aufbau eines Genossenschaftswesens.

Im Mittelpunkt der genossenschaftlichen Aufklärungsarbeit müssen der Gedanke der Freiwilligkeit und der Grundsatz der solidarischen Selbsthilfe stehen. Die Realisierung des Freiheitsgrundsatzes im allgemeinen und speziell für die afghanischen Verhältnisse muß rechtliche und ökonomische Freiheitstendenzen berücksichtigen, die ihren Ausdruck finden in dem Verhalten der Genossen untereinander sowie dem Verhalten der Genossen gegenüber der Genossenschaft.

2) Grundsatz der solidarischen Selbsthilfe

Nachdem im Vorhergegangenen die Notwendigkeit einer Vermittlung des Gedankens der Freiwilligkeit aufgezeigt worden ist, soll nun überprüft werden, wie der erwähnte Grundsatz der solidarischen Selbsthilfe bei der Einführung eines ländlichen Genossenschaftswesens in Afghanistan zu verwirklichen ist. Dabei ist aus verschiedenen Gründen an eine Anwendung des Systems von Raiffeisen zu denken:

Die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans zwingt zu einer Abkehr von den traditionellen Verhältnissen in der Landwirtschaft; bisher sind die Bauernwirtschaften in einer wirtschaftlich rückständigen Lage, die den Verhältnissen in Deutschland zur Zeit Raiffeisens im wesentlichen vergleichbar ist.

Der Beginn einer Genossenschaftsbewegung in Afghanistan ist erfolgreicher, wenn dieser Bewegung der Anstoß durch karitative Impulse gegeben wird, die jedoch nur den Charakter einer Initialzündung haben dürfen. Der weitere Aufbau der Genossenschaften muß nach jenen Grundsätzen vollzogen werden, die Raiffeisen selbst nach ersten Erfahrungen in der Gründung der "Heddesdorfer Darlehnskasse" verwirklichte. ¹⁾

- a) Selbsthilfe, Selbstverwaltung
- b) Beschränkung des Geschäftsbereiches
- c) Solidarität der Mitglieder
- d) ehrenamtliche Verwaltung
- e) Bildung von Eigenkapital und Reserven
- f) Zentralisation

a) Selbsthilfe, Selbstverwaltung

Mit dem freiwilligen Eintritt in die Genossenschaft übernehmen die Mitglieder der Genossenschaft nicht nur Rechte sondern auch Pflichten, die von jedem erfüllt werden müssen. ²⁾ Denn die Selbsthilfe in einer Genossenschaft wird nur realisiert, wenn die wirtschaftliche Existenz der einzelnen Mitgliederwirtschaften im Rahmen der Gemeinschaft gesichert und gestärkt werden kann, wobei jeder gleichzeitig die Verantwortung für die Genossenschaft trägt. Die Selbsthilfe gedeiht also erst, wenn der Zusammenschluß auf der Grundlage der Selbstverantwortung, d.h. auf Eigenverantwortung im Bereich des

1) Vgl. Seifert, A., Leitfaden für den Unterricht über das ländliche Genossenschaftswesen, Neuwied/Rhein, 2. Aufl. 1956, S. 47 ff

2) Vgl. Becker, G. (I), Um das ländliche Genossenschaftswesen, 1. Auflage, Neuwied/Rhein, 1953, S. 14

wirtschaftlichen Handelns basiert.¹⁾ Es ist einzusehen, daß die Bauernwirtschaften in Afghanistan nur dann zu genossenschaftlichen Zusammenschlüssen veranlaßt werden können, wenn eine Verankerung des Prinzips der Selbsthilfe und Selbstverantwortung gesetzlich bzw. durch Satzungen geregelt und dieses in das Bewußtsein der afghanischen Landwirte eingedrungen ist.

Eine organisierte Außenhilfe²⁾ etwa durch den Staat muß mit der Zeit in den Hintergrund treten und durch die reine Selbsthilfe ersetzt werden, zu der sich Raiffeisen wie folgt äußert: " Die ländliche Bevölkerung kann sich nur durch Selbsthilfe aus ihrer bedrängten Lage emporarbeiten. Sie muß, gezwungen durch die Not, ihr Denk- und Handlungsvermögen, ihre moralischen und physischen Kräfte auf das höchste anspannen, um dadurch endlich dahin zu gelangen, alle, auch die kleinsten Vorteile in wirtschaftlicher Beziehung sich zunutze zu machen: in höchstem Maße muß Enthaltksamkeit und Sparsamkeit geübt werden. Es ist Aufgabe der Gesetzgebung sowie der Staatsbehörden, der Bevölkerung möglichst behilflich zu sein, jedoch nur insoweit , als dadurch das Selbstdenken und die Selbstständigkeit nicht gehemmt werden."³⁾

b) Beschränkung des Geschäftsbereiches

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Dorfbewohner u.a. im Zuge der Nachbarschaftshilfe in engen Bindungen zueinander stehen. Dieser Zustand kommt der

1) Seraphim, H.-J. (V), a.a.O., S. 26

2) Auf Einzelheiten der Außenhilfe durch den Staat soll in diesem Zusammenhang noch nicht eingegangen werden.

3) Zitiert nach Draheim, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, 2. Aufl., Güttingen 1955, S. 50

Genossenschaftsbewegung entgegen, wie auch Raiffeisen einen ähnlichen Ausgangspunkt für die genossenschaftlichen Zusammenschlüsse gewählt hat. In Afghanistan kann der Grundsatz der Solidarität am besten auf der Dorfebene realisiert werden, denn die Aufklärungsarbeit stellt sich innerhalb der Gemeinde leichter, und auch die personellen Dispositionen sind wegen der vorhandenen Nachbarschaftsverhältnisse der afghanischen Dorfbewohner eher zu treffen. Bestimmte Grundformen der Solidarität und der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit sind in afghanischen Dörfern bereits oft gegeben, wenn man die solidarische Instandhaltung der Bewässerungskanäle, sowie die gemeinschaftliche Wasserbewirtschaftung, die gemeinschaftliche Nutzung von Weideplätzen und die Nachbarschaftshilfe in Gestalt der Ausleihe von Spanntieren, Geräten, Saatgut etc. betrachtet. Daraus kann geschlossen werden, daß der Geschäftsbereich der Genossenschaft auf die Dorfebene beschränkt sein sollte. Damit ist eher die Möglichkeit gegeben, die Dorfbewohner direkt anzusprechen und genossenschaftlich zu erziehen. Eine Erweiterung des Geschäftsbereiches einer Genossenschaft schon zu Anfang über die Dorfebene hinaus könnte wegen des isolierten wirtschaftlichen Denkens der Dorfbewohner mit negativen Erfolgen verbunden sein. Damit ist eine Genossenschaft, die dem Charakter nach eine "Wirtschaftsorganisation des Dorfes" ¹⁾ ist, für die afghanischen Verhältnisse von besonderer Bedeutung. Der Geschäftsbereich einer Genossenschaft in Afghanistan muß also ein für die Mitgliederwirtschaften (Dorfbewohner) möglichst überschaubares Gebiet umfassen. Dieser Leitsatz bildet unter anderem den entscheidenden Grundsatz für die Entwicklung des ländlichen Genossen-

1) Vgl. Becker, G. (II), Genossenschaft als Wirtschaftsorganisation des Dorfes. Unveröffentlichtes Manuskript, o.O., o.J., S. 3

schaftswesens in Deutschland.¹⁾ und wurde auch von Raiffeisen gefordert, als er von der Beschränkung der Genossenschaften auf einen "unbeschadet seiner Lebensfähigkeit möglichst kleinen Vereinsbezirk, d.h. auf ein Dorf oder wenige Dörfer"²⁾ sprach. Unter den angeführten Voraussetzungen muß dieser Grundsatz in Anbetracht der sozialökonomischen Verhältnisse der afghanischen Dorfbewohner als besonders wichtige Richtlinie auch für die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens in Afghanistan angesehen werden.

Raiffeisen war es möglich, diesen von ihm geprägten Gedanken des überschaubaren Genossenschaftsbezirkes zu verwirklichen. Wo ihm zur Realisierung des genossenschaftlichen Gedankens keine gebildeten und geschulten Kräfte innerhalb der betroffenen ländlichen Sozialgruppen zur Verfügung standen, wandte er sich an die gebildeten Schichten des Dorfes wie Pfarrer, Lehrer, Bürgermeister etc., die mit ihm die genossenschaftlichen Gedanken aufgriffen und förderten. Da das Bildungsniveau der afghanischen Dorfbevölkerung im Verhältnis zu dem in Deutschland zur Zeit Raiffeisens vorhandenen relativ gering ist, ist in Afghanistan die erzieherische Außenhilfe durch den Staat erforderlich. Auch aus diesem Gesichtspunkt empfehlen sich aber Genossenschaften mit zunächst lokal begrenztem Bereich und einfacher Geschäftstechnik.³⁾

Genossenschaften mit großem Geschäftsgebiet würden darüber hinaus die Gefahr heraufbeschwören, daß durch

1) Seifert, A., a.a.O., S. 50

2) Schack, Gerhard, Raiffeisen in Deutschland, Neuwied 1954, S. 29

3) Vgl. Becker, G. (I), a.a.O., S. 56 ff

Geldverleiher und Zwischenhändler die Solidaritätsidee gefährdet und die Genossenschaften in ihrer Entwicklung gehemmt würden; demgegenüber besteht jedoch in einem beschränkten Geschäftsbereich für die Geschäftsführung der Genossenschaften eher die Möglichkeit, die Einmischung dieser Gruppen zu überschauen und entsprechend zu reagieren.

Die Beschränkung des Genossenschaftsbereichs scheint besonders bei der Entwicklung der Absatzgenossenschaften wichtig zu sein, da die privaten Zwischenhändler mit allen Mitteln versuchen würden, die Tätigkeit der Absatzgenossenschaften zu stören und zu verhindern.¹⁾ Aus diesem Grunde ist auch eine Anlieferungs-pflicht für die Bauern an die Genossenschaften zu erwägen, die dann aber wiederum nur wirksam durchgeführt werden kann, wenn der Geschäftsbereich sich auf einen überschaubaren und beschränkten Raum erstreckt.

c) Solidarhaft der Mitglieder

Da die Gründung und Entwicklung der Genossenschaften von den wirtschaftlichen Verhältnissen in der Dorfwirtschaft abhängig sind, muß an Möglichkeiten gedacht werden, welche für die Werbung von Mitgliedschaften ohne große Schwierigkeiten bestehen. Jeder Dorfbewohner sollte einen Anreiz erhalten, solidarisch mitzuwirken. Bei der Bildung der Genossenschaft muß daher der Einkommenshöhe, dem Sparsinn und der Sparwilligkeit der Dorfbewohner Rechnung getragen werden.

1) Vgl. Hewlett, R., Probleme des genossenschaftlichen Absatzes, in: Internationale genossenschaftliche Rundschau, Band 55, Nr. 2, S. 36

Die gegenwärtige Situation in den afghanischen Dörfern ist so geartet, daß weitgehend liquide Mittel fehlen. Gespart wird in Form der Vorratshaltung von Naturalien und Edelmetallen. Die Überschüsse der Erzeugung, die auf die Märkte gelangen, bringen dem Dorfbewohner keine großen Gewinne ein; außerdem wandern diese entweder in den Sparstrumpf oder werden unmittelbar für den Erwerb von Sachgütern wieder verausgabt. Diese Situation erschwert eine Kapitalbildung auf der Dorfebene und damit eine Kapitalbildung in der Genossenschaft. Es ist deshalb eine wichtige Voraussetzung, daß die Gründung der Genossenschaften und der Erwerb von Mitgliedschaften ohne große finanzielle Aufwendungen des Einzelnen erfolgen können.

Der finanzielle Beitrag der Mitglieder bildet aber die wirtschaftliche Grundlage einer Genossenschaft. Eine Eigenkapitalbildung dürfte im Anfang wegen der geringen einzahlbaren Geschäftsanteile sowie aufgrund des noch nicht geschlossenen Geschäftsbereiches der Genossenschaft nur langsam zum Zuge kommen. Es wird eine starke Fremdfinanzierung erforderlich sein.

Für die Inanspruchnahme von Fremdkapital muß die Genossenschaft entsprechende Sicherheitsleistungen bieten.

Die Grundlage der Kreditwürdigkeit einer Genossenschaft kann in diesem Falle nur die von Raiffeisen geforderte unbeschränkte Solidarhaft der Mitgliederwirtschaften sein; diese hat aber nur in einem, kleinen, überschaubaren Bezirk und bei einem beschränkten Geschäftsumfang ihren Sinn.¹⁾

1) Vgl. Schack, G., a.a.O., S 30

Die unbeschränkte Haftpflicht ist bei den afghanischen Dorfverhältnissen durchführbar; praktisch hat sich das bei der Gründung der vier ländlichen Kreditgenossenschaften in Afghanistan gezeigt. Die Genossenschaften bekamen Kredite von der Agrar- und Gewerbebank gegen die solidarische unbeschränkte Haftpflicht der Mitglieder in der Form, daß alle Mitglieder ihren Grund und Boden der Bank gegenüber als Sicherheit in das Grundbuch eintragen ließen. Das war auch praktisch durchführbar, da sich die Betriebe in einer geschlossenen Gemeinde befanden. Die Mitgliederwirtschaften waren außerdem Ansässige, nämlich Nachbarn bzw. Verwandte und als solche eng miteinander verbunden. So ist beispielsweise den erwähnten vier ländlichen Kreditgenossenschaften mit insgesamt etwa 1.100 Mitgliedern ein Kredit in Höhe von 13 Mio Afgh. gewährt worden. Hier muß erwähnt werden, daß der Sinn der Haftpflicht nicht nur an den finanziellen Einsatz gebunden ist, den jedes Mitglied zu leisten hat, um der Genossenschaft den materiellen Bewegungsraum für ihre Arbeit zu geben, sondern auch an den Einsatz solcher Kräfte, die den Genossenschaftssinn verwirklichen können und die Haftpflicht zum Wesensbestandteil der Genossenschaft machen.¹⁾ Dieses Moment ist bei der Gründung der oben erwähnten ländlichen Genossenschaften in Afghanistan unberücksichtigt geblieben. Das lag nur an dem Gründungssystem der Genossenschaften und nicht an einem Mangel von Solidarität der Mitgliederwirtschaften. Denn die Agrarbank hat mit ihrer Forderung nach unbeschränkter Haftpflicht in den Genossenschaften nur an die Sicherstellung ihres gewährten Kredites gedacht. Die Kredite wurden nach der Kapitalbedürftigkeit der Mitglieder verteilt; Träger der Kreditgarantie war die Genossenschaft in ihrer Gesamtheit und nicht das einzelne Mitglied. Die Kreditverteilung an die Mitglieder wurde von der Generalversammlung beschlossen,

1) Vgl. Becker, G. (I), Um das ländliche Genossenschaftswesen, a.a.O., S. 138 ff

die wiederum das gegenseitige Einverständnis der Mitglieder untereinander berücksichtigte.

Für die Verbindlichkeiten einer Genossenschaft in Afghanistan ist also die unbeschränkte Haftpflicht aller Mitglieder die Grundlage der Kreditwürdigkeit. "Diese Forderung" (nach unbeschränkter Haftpflicht) "entspricht der Urform der Genossenschaft überhaupt und insbesondere Raiffeisens sozialetthischer Einstellung" ¹⁾; auf dieser Grundlage können auch in Afghanistan die Genossenschaften durchaus lebens- und entwicklungsfähig sein.

d) Ehrenamtliche Verwaltung

Für die Genossenschaften nach Raiffeisenscher Prägung war und ist die ehrenamtliche Geschäftsführung durch die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder kennzeichnend. Ehrenamtlich bedeutet, daß die Mitglieder, die in den Vorstand und Aufsichtsrat gewählt werden, ihre Geschäfte unentgeltlich führen. Diese Form der Geschäftsführung ist wegen der schwachen wirtschaftlichen Position der Mitgliederwirtschaften von zu schaffenden afghanischen Genossenschaften, die keine große Aufwendungen für Verwaltungskosten tragen können, vorwiegend als weiterer Grund liegt darin, daß es innerhalb eines begrenzten Geschäftsbereiches gut möglich ist, ehrenamtlich tätig zu sein, weil hier jeder infolge der engen menschlichen Beziehungen innerhalb der Gemeinde die wirtschaftlichen Verhältnisse des anderen kennt; damit ist

1) Schack, G., a.a.O., S. 30

er eher bereit, sich der Genossenschaft freiwillig und ohne Entgelt für die Hilfeleistung von Genossen zur Verfügung zu stellen. "Nur wenn der Geschäftsbetrieb sich in verhältnismäßig kleinem, bescheidenen Rahmen abspielt, kann den nicht fachmännisch vorgebildeten Bauern, Handwerkern, Beamten und Arbeitern zugemutet werden, die Verantwortung zu übernehmen und das Heft in der Hand zu halten. Nur wenn ihre opferbereite uneigennützige Tätigkeit ihrem engsten Heimatbezirk zugute kommt, werden sie auf die Dauer bereit sein, sich nach Kräften für die gemeinsame Sache einzusetzen." ¹⁾

Auch bei der Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens in Afghanistan müßten diese Gedanken berücksichtigt werden.

Eine ähnliche ehrenamtliche Geschäftsführung hat es bei den erwähnten ländlichen Genossenschaften in Afghanistan bereits gegeben, und zwar in der Form, daß für die Buchführung und das allgemeine Rechnungswesen den Genossenschaften besondere Rechner zur Verfügung standen, die unter Führung eines dreiköpfigen Geschäftsvorstandes den Genossenschaften für die Richtigkeit der Geschäfte verantwortlich waren.

Die ehrenamtliche Tätigkeit ist weiterhin praktiziert worden, wenn man an die Wahl der Bürgermeister des Dorfes denkt, wenngleich sich dieses Beispiel nicht auf eine Tätigkeit im genossenschaftlichen Bereich bezieht. Der Bürgermeister wird aus der Gemeinde auf unbestimmte Zeit gewählt und wieder abgesetzt, wenn er nicht in der Lage ist, die Interessen der Dorfbewohner gegenüber der Regierung zu vertreten oder wenn er seine Machtstellung mißbraucht. Er führt sein Amt ohne Entgelt.

¹⁾ Schack, G., a.a.O., S. 30

Ähnlich könnte man sich die ehrenamtliche Geschäftsführung in den aufzubauenden Genossenschaften denken. Aus dem Kreise der Mitglieder müßten die ehrenamtlichen Geschäftsführer bestimmt werden und, sofern ihnen die nötige Sachkenntnis und Erfahrung fehlen, müßten ihnen fachmännische Berater an die Seite gestellt werden. Diese Berater sollten gegebenenfalls das Amt eines Rechners bzw. des Rendanten zu erfüllen haben, wobei ihre Vergütung allerdings am Anfang vom Staate übernommen werden müßte.

Will man Auswüchsen in bezug auf die ehrenamtliche Geschäftsführung von Genossenschaften in Afghanistan wirksam begegnen, so empfiehlt es sich, von allen Personen, die mit der Geschäftsführung betraut sind, Sicherheitsleistungen für eine ordnungsgemäße und pflichtbewußte Geschäftsführung zu verlangen, etwa in der Form, wie sie bei der deutschen Raiffeisenbewegung existierten. Ein Geschäftsführer hat danach bei Antritt seiner Tätigkeit eine Sicherheit zu stellen; das ist in der Form möglich, daß er Bargeld zur Verfügung stellt (Barkaution), oder Kautionsversicherung abgeschlossen wird.

e) Bildung von Eigenkapital und Reserven

Die Bildung von Eigenkapital ist einmal von der Höhe der Geschäftsanteile, zum anderen von der Zahl der Mitglieder und deren finanzieller Leistungsfähigkeit abhängig.¹⁾ Wie erwähnt, erfordert die relativ geringe Sparfähigkeit und Sparwilligkeit der afghanischen Landwirte, daß die Geschäftsanteile möglichst niedrig gehalten werden, damit auch den Schwächsten die Möglichkeit gegeben ist, die Mitgliedschaft an einer Genossenschaft

1) Vgl. Draheim, Georg, a.a.O., S. 90

zu erwerben. Auf der anderen Seite hat die geforderte Beschränkung des Geschäftsbereiches von Genossenschaften eine geringe Mitgliederzahl zur Voraussetzung.

So ergeben sich bei der Gründung von Genossenschaften in bezug auf Eigenmittel erhebliche Schwierigkeiten. Aus diesen Gründen erscheint die Fremdfinanzierung als Starthilfe für die Bildung der afghanischen Genossenschaften sehr wichtig.

Als Kapitalgeber kommen in Afghanistan der Staat oder die Banken in Frage, eine Möglichkeit, die auch von Raiffeisen bei der Bildung ländlicher Genossenschaften in Deutschland hervorgehoben wurde.¹⁾ Es darf nicht übersehen werden, daß diese Hilfe den afghanischen Genossenschaften nur in Form vorläufiger Kredite zur Verfügung gestellt werden muß und längerfristig darauf hingewirkt werden muß, daß die Kapitalbildung primär aus eigenen Mitteln durch die Weckung der Sparwilligkeit der Mitglieder, die Selbstfinanzierung der Genossenschaften durch Reservebildung aus Rücklagen und durch die Beschränkung der Überschußverteilung durchgeführt werden müssen. In solchen Gegenden Afghanistans, in denen das Geld als Tauschmittel nur in beschränktem Umfang zur Verfügung steht, müssen Naturalien als Grundlage für die Kapitalbildung dienen.

Es wäre verhängnisvoll, wenn alle Fehler, die bei der Entwicklung der oben erwähnten ländlichen Genossenschaften in Afghanistan im Zusammenhang mit der Eigenkapitalbildung gemacht worden sind, noch einmal begangen würden. In den Statuten dieser erwähnten Genossenschaften waren alle Maßnahmen, wie die freie Gestaltung, Gleichberechtigung und die Vertretung in der Genralversammlung durch ein Stimmrecht jeden

¹⁾ Vgl. Kulemann, W., Die Genossenschaftsbewegung, Berlin, 1922. Band I. S. 106 ff

Mitgliedes, sowie die Wahl der Genossenschaftsorgane aus dem Mitgliederkreis enthalten, während von einer Kapitalbildung der Genossenschaft auf Grund von Reservebildung, Ersparnissen, Rückvergütungen etc. nicht die Rede war.

Daher müssen die verantwortlichen Stellen der afghanischen Regierung darauf achten, daß in der Zukunft bei der Festlegung genossenschaftlicher Satzungen alle Grundprinzipien berücksichtigt werden, sonst verliert die Genossenschaft ihren Sinn und Charakter und ist nicht dynamisch, wie das auch die Entwicklung der Kreditgenossenschaften in Afghanistan letztlich zeigt. Diese hatten außer den gewährten Krediten von Seiten der Agrarbank, die zudem noch in den ersten zwei Jahren restlos an die Mitglieder vergeben worden waren, keine liquiden Mittel, um ihren Geschäftsumfang zu erweitern.

Selbst die Verteilung der eventuellen Geschäftsguthaben bei einer Auflösung von Genossenschaften an die Mitglieder oder dritte Stellen, z.B. an die Agrarbank als Kreditzentrale, muß in die Statuten dieser Genossenschaften aufgenommen werden.

In der Zukunft müssen also bei der Gründung von Genossenschaften alle Einzelheiten, besonders finanzielle Aspekte, wie die Eigenkapital- und Reservebildung satzungsmäßig festgelegt werden.

F. Zentralisation und Dezentralisation

Bei dem organisatorischen Aufbau eines funktionsfähigen ländlichen Genossenschaftswesens stehen grundsätzlich zwei Prinzipien zur Entscheidung: das der Zentralisation und das der Dezentralisation. In Deutschland standen sich bezüglich der geeigneten Organisationsform im ländlichen Bereich die Auffassungen von Raiffeisen und Haas gegenüber. Die genossenschaftlichen Gründungen wiesen in ihrem Wesen keine großen Unterschiede auf, lediglich bei ihrer praktischen Anwendung zeigen sich Abweichungen, die von Seelmann wie folgt charakterisiert werden: "Der Systemunterschied zwischen der Neuwieder (Raiffeisen-) und Offenbacher (Haas-) Richtung hinsichtlich der Organisationen höherer Ordnung läuft im Übrigen darauf hinaus, daß die Neuwieder Organisation die Einzelgenossenschaft und jedes andere Institut nur als Glied einer großen Gesamtorganisation betrachtet, in welcher alle Teile zur gegenseitigen Ergänzung und Förderung bestimmt sind, während der Reichsverband" (Haasscher Prägung) "die Einzelgenossenschaft und jedes andere Institut bis zu den Organisationen höherer Ordnung in dem Verbandsbezirk möglichst selbständig hinstellt und die Anlehnung der Einzelgenossenschaften an die Organisationen höherer Ordnung nur von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, daß dadurch eine notwendige Ergänzung der Wirtschaftstätigkeit der Einzelgenossenschaften und eine starke Interessenvertretung ermöglicht werden soll.¹⁾

Die Auffassung von Raiffeisen scheint in Anbetracht der seinerzeitigen Verhältnisse zutreffender, wenn man an die damalige wirtschaftliche Schwächenlage der deutschen Landwirte, ihren niedrigen Bildungsstand, an den schwachen Güter- und Geldstrom in den einzelnen, in überschaubare

1) Seelmann, E., Die Systeme im modernen Genossenschaftswesen, ihre geschichtliche Entwicklung und gegenwärtiger Stand. Königsberg 1917, S. 123

Bezirke abgeschlossenen Genossenschaften denkt; diese Einzelgenossenschaften waren kaum in der Lage, ohne eine zentralisierte Organisation ihre Zielsetzung zu verfolgen.

Die Ausführungen über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der afghanischen Landwirte bestätigen, daß die Genossenschaften in Afghanistan nur als Einzelgenossenschaften mit einem beschränkten Geschäftsbereich entwickelt werden können und als solche als Unterbau auf der Dorfebene, nämlich als Unterbau eines geschlossenen mehrstufigen genossenschaftlichen Organisationswesens dienen können.

In der Frage, wie der organisatorische Oberbau gestaltet werden muß, wenn die Genossenschaften wettbewerbsfähig und in ihrer Zusammenarbeit erfolgreich sein wollen, empfiehlt sich eine Zentralisation der Genossenschaften. Je kleiner die Genossenschaften, desto größer ist die Bedeutung des Verbandes und der Zentralstellen. ¹⁾ Darüber hinaus zwingen die finanzielle Schwächelage der afghanischen Landwirte und deren mangelnde Kenntnisse über modernes Geschäftsgebaren, dazu der abgeschlossene wirtschaftliche Betätigungskreis auf der Dorfebene zu einer Überbrückung der dorflichen begrenzten Verhältnisse und damit zur Bildung von Zentralstellen, welche die Entwicklung der einzelnen Genossenschaften fördern sollen.

In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß der Sinn einer solchen Zentralisation nicht mißverstanden werden darf; sie ist weder selbst, noch ist sie die Vorstufe eines zentralen Verwaltungssystems.

1) Vgl. Schack, G., a.a.O., S. 25

Bei dem empfohlenen zentralisierten Aufbau des Genossenschaftswesens in Afghanistan ist zunächst an eine organisatorische Vereinigung örtlicher Einzelgenossenschaften in provinziellen Zentralgenossenschaften gedacht, bei der die letzteren grundsätzlich ihre wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben eigenständig bewältigen sollen. Denn auf Grund der unterschiedlichen landwirtschaftlichen Struktur der Provinzen in Afghanistan wird zur Ausübung von Bezugs- und Absatzfunktionen, sowie des notwendigen Geldausgleichs ein eigener selbständiger Geschäftsverkehr auf regionaler Basis erforderlich.¹⁾ Man sollte also diese Zentralgenossenschaften auf provinzieller Ebene als Ausgleichszentralen des Waren- und Geldverkehrs betrachten, welche die örtlichen Einzelgenossenschaften in ihrer Tätigkeit unterstützen.

Die genossenschaftliche Zentralisation bedeutet also - um es noch einmal ausdrücklich zu betonen - lediglich einen wirtschaftlichen Zusammenschluß aller Genossenschaftenauf höherer Ebene, wobei der Eintritt in die Zentralorganisation grundsätzlich jeder einzelnen Genossenschaft freigestellt sein sollte. Diese Regelung gesetzlich zu verankern, scheint unmöglich, damit der Unterschied zwischen freiwilliger Zentralisation und zentralverwalteten Genossenschaften nach außen hin klar in Erscheinung tritt. Es muß besonders dann, wenn man das Zentralisationsprinzip von Raiffeisen auf afghanische Verhältnisse übertragen will, eine völlige Klarheit der erwähnten Begriffe vorausgesetzt werden. Das bedeutet auch, daß die Einzelgenossenschaften nicht als Filialen der Zentrale verstanden werden dürfen; die Zentrale muß lediglich die Aufgabe haben, etwaige wirtschaftliche Fehlentwicklungen seitens der örtlichen Genossenschaften zu beneben. Daher ist es

1) Vgl. hierzu auch Kulemann, W., Bd. I., 1922, Berlin a.o.G., S. 55 ff

notwendig, in einem Genossenschaftsgesetz und den ergänzenden genossenschaftlichen Statuten die Pflichten und Rechte der Zentralen bzw. der Einzelgenossenschaften festzulegen.

VIERTER TEIL

Die Rolle des Staates bei der Genossenschaftsbewegung in
Afghanistan

I. Vorbemerkungen

Die Ausführungen des vorigen Kapitels führen zu der Erkenntnis, daß in der Anlaufphase einer Genossenschaftsbewegung in Afghanistan der Staat eine wichtige Rolle spielen muß. Diese Bedingung leitet sich aus den soziologischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes ab.

Für die wirtschaftliche Aufschließung und Entwicklung der Landwirtschaft müssen technisch organisatorische und betriebliche Strukturwandlungen vollzogen werden, die kaum möglich sind ohne staatliche Hilfe. Durch sie werden im Verlaufe der Zeit die Landwirte an die Verwirklichung der kooperativen Selbsthilfe herangeführt.

Die Entwicklung der ländlichen Genossenschaften in Afghanistan ist damit schon im Ansatz nicht mit der entsprechenden europäischen Entwicklung zu vergleichen, wo das Genossenschaftswesen zunächst ohne Staatseingriffe und Staatshilfe aus dem Volke, d.h. von unten nach oben gewachsen ist.¹⁾

Diese Tatsache wird aus einem anderen Blickwinkel besonders deutlich: die Gründe für den Aufbau eines Genossenschaftswesens in Entwicklungsländern - so auch Afghanistan - sind zunächst mit ökonomischer Natur, was besagt, daß das Ziel der Errichtung von Genossenschaften die materielle

1) Vgl. Kulemann, W., a.a.O., Band I, S. 5 und 12

Besserstellung der Mitgliederwirtschaften ist. Die Genossenschaftsgründungen in den Pionierländern sollten daneben aber auch die Aufgabe haben, den einzelnen in neue Gemeinschaften einzufügen. Dieses Anliegen wurde von den Gründern der Genossenschaften besonders deswegen verfolgt, weil zum Beispiel der deutsche Bauer nach der Gewinnung der wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit durch die Bauernbefreiung durch den sich sehr stark umgestaltenden Wirtschaftsprozess aus den gewöhnten Lebensverhältnissen herausgerissen wurde. ¹⁾

Das entscheidende Problem bei dem Aufbau und der Entwicklung von Genossenschaften in den Entwicklungsländern und in Afghanistan ist nun darin zu sehen, daß eine ökonomisch wirksame und geistig genügend aufgeschlossene private Führungsschicht fehlte. Ebenso ist eine unmittelbar zu gewinnende breite Schicht zur Weiterführung des Genossenschaftsgedankens nicht vorhanden. ²⁾

Das besagt aber, daß der Genossenschaftsaufbau in Afghanistan nicht initiativ von einer privaten Führungsschicht oder der breiten Bevölkerungsschicht getragen werden kann, sondern daß hier die wesentlichen Impulse vom Staat ausgehen müssen, das um so mehr, weil Afghanistan ein beschleunigtes Wachstum anstrebt, und die Anwendung indirekter wirtschaftspolitischer Maßnahmen mit den ungewissen Reaktionen privater Wirtschaftssubjekte dafür nicht ausreichen dürfte.

Die Staatshilfe und der staatliche Einfluß gewinnen damit einen zentralen ordnungspolitischen Charakter. Konkret liegen die Maßnahmen des Staates zur Entwicklung des Genos-

1) Vgl. Aschhoff, G., a.a.O., S. 18

2) Ebenda, S. 19

senschaftswesens dann einmal bei der Entfaltung des genossenschaftlichen Gedankengutes und der Ausbildung geeigneter Führungskräfte, bei der anfänglich sehr weitgehenden Funktionsübernahme und im Bereich der Finanzierungshilfen.

Dabei muß der Staat vor allem der Tatsache Rechnung tragen, daß Genossenschaften soziale Gebilde sind, die sich auf die wirtschaftliche Selbständigkeit und Selbstverantwortung sowie Selbstverwaltung der Mitglieder gründen. Dieser Beziehungszusammenhang leitet sich vom Wesen der Genossenschaften ab: "Die Genossenschaften sind Vereinigungen von Personen, die sich freiwillig zusammenschließen, um wirtschaftlich selbstständig im Rahmen eines Gemeinschaftsbetriebes auf der Basis der solidarischen Selbsthilfe die Mitglieder zu fördern." 1)

Es steht also zunächst der Gedanke der Eigenhilfe im Vordergrund und nicht die Fremdhilfe, die dem eigentlichen Wesen der Genossenschaften nicht immanent ist. Deswegen wird die Problematik der Staatshilfe für die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Afghanistan besonders behandelt und die Frage gestellt werden, wie sie geleistet werden kann, ohne die Grundidee der Genossenschaftsbewegung in Frage zu stellen bzw. ohne die Genossenschaften zu einem Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik werden zu lassen, wie man es vielfach in anderen Entwicklungsländern beobachten kann. 2)

Um diese Frage behandeln zu können, ist es erforderlich, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Beziehung der Genossenschaften zum Staat zu werfen.

1) Draheim, G., a.a.O., S. 16

2) Vgl. Seraphim, H.-J. (VII), a.a.O., S. 151

1) Der Staat und die Entwicklung des Genossenschaftswesens in westeuropäischen Ländern

Der Charakter genossenschaftlicher Betätigung kann je nach den gegebenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen eines Landes sehr verschieden sein. Insbesondere aber wird er auch durch den Grad der Einwirkung und der Einflußnahme des Staates bestimmt. Die Einwirkung des Staates umfaßt dabei eine ganze Skala von Möglichkeiten.

Eine Abgrenzung der Möglichkeiten bietet dabei grundsätzlich schon das vorherrschende Wirtschaftssystem; so sagt Henzler: "Genossenschaften in den Ländern, in denen das Privateigentum anerkannt und die Mitgliedschaft bei den Genossenschaften freiwillig ist, sind regelmäßig nicht Institutionen einer staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik." ¹⁾ Umgekehrt sind aber in einem zentralverwalteten Wirtschaftssystem die wirtschaftliche Selbständigkeit und die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses der Mitgliederwirtschaften ausgeschaltet. ²⁾

Daß das Wesensmerkmal eines bestimmten Systems keineswegs immer Garant ist für die Eigenständigkeit von Genossenschaften im Verhältnis zum Staat und gewesen ist, wird sich an dem Beispiel der Geschichte der Entstehung von Genossenschaften in den Pionierländern zeigen.

Der Konzeption nach soll eine Genossenschaft westlicher Prägung ein "Staat" im Staate ³⁾ d.h. ein Partner unter anderen im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf sein. Das würde besagen, daß sich das Genossenschaftswesen nur in

1) Henzler, R., Die Bedeutung der Genossenschaften für die Entwicklungsländer, in: ZgGenW, Bd. X, 1960, S. 34

2) Vgl. Weipert, G., Vollproduktivgenossenschaften als Lebensgemeinschaften, in: ZgGenW, Bd. X, Göttingen 1960, S. 246

3) Vgl. Berndt, H.A., Die genossenschaftliche Selbstverwaltung und Staatseingriffe, Gießen 1955, S. 19

einem freien Wirtschaftssystem vollständig entfalten kann, in dem die Eigenständigkeit von Genossenschaften gewahrt ist.

Doch lassen sich Fehlentwicklungen von Genossenschaften in den westeuropäischen Ländern nachweisen, die besonders dann eintraten, wenn die Genossenschaften der Durchsetzung wirtschaftspolitischer oder sonstiger Interessen des Staates dienten.

Fehlentwicklungen sind aber auch bei dem sozial-reformato-
rischen Genossenschaftswesen zu beobachten. "Genossenschaf-
ten zum Zweck der Durchsetzung religiöser oder politisch
weltanschaulicher Grundsätze sind nur vorübergehende Er-
scheinungen, die bald auseinanderfallen, wie z.B. die so-
zialistische Genossenschaftsbewegung in England." ¹⁾

Das gilt auch in besonderem Maße für die vom Staat finanzier-
ten Genossenschaften, die zu einem Instrument der Beschaffung
von Arbeitsplätzen gemacht wurden, die Produktivgenossen-
schaften in Frankreich z.B. Dazu heißt es bei Grüger: "Die
Verhältnisse waren in Frankreich nicht normal. Die Arbeiter
waren ohne Arbeit und die Genossenschaften erschienen als
ein Mittel, sie zu beschäftigen. Die Subvention schien im
öffentlichen Interesse gelegen, hierdurch ließen sich ihre
Freunde leiten." ²⁾

Man sieht also, daß die staatlichen Förderungsmaßnahmen
hier wirtschaftspolitische Interessen durchsetzen sollten,
nicht aber der Verwirklichung der solidarischen

1) Grüger, Hans, Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossen-
schaften in den einzelnen Ländern, Jena 1892, S. 27

2) Ebenda, S. 96

Selbsthilfe zu dienen hatten. Die Genossenschaftsbewegung wurde also zwar wohl aktiv vom Staat unterstützt, doch war diese Unterstützung zweckgebunden, sie machte nicht da Halt, wo die Förderung den Einzelnen dazu führen soll, diese Maßnahmen in eigener Verantwortung weiterzuführen. Sie konnte damit nicht dem eigentlichen Ziel der Genossenschaftsbewegung gerecht werden.

In dieser Hinsicht gab es auch verfehlte Erscheinungsformen staatlicher Aktivität in der Geschichte der deutschen Genossenschaftsbewegung. Erst sehr spät kam man in Deutschland nach der Gründung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse und nach den vielen sogenannten Systemstreitigkeiten zu einem einheitlichen ländlichen Genossenschaftswesen, in dem der Staat als oberster Träger von Wirtschaftspolitik die Eigenständigkeit der Genossenschaften garantiert. "Wäre es damals der preußischen Regierung gelungen, durch die finanzielle Förderung einen Einfluß auf die Entwicklung des Genossenschaftswesens zu gewinnen - der Verlauf wäre vielleicht ein ähnlicher wie in Frankreich gewesen, und Deutschland hätte niemals ein blühendes Genossenschaftswesen erlangt." ¹⁾

Diese kurzgefaßten Beispiele des Verhältnisses von Genossenschaften zum Staat in den Ursprungsländern zur Zeit des Beginns der Genossenschaftsbewegung ist insofern für den Beginn einer Genossenschaftsbewegung in Afghanistan bedeutsam, als daraus eine Festlegung staatlicher Hilfsmaßnahmen und eine notwendige Begrenzung des staatlichen Einflusses ersichtlich werden; jede staatliche Maßnahme, die die Genossenschaftsbewegung fördern

1) Crüger, Hans, Einführung in das Genossenschaftswesen, Berlin 1907, S. 157

soll, kann nur positiv wirken, wenn sie den jeweiligen Förderungszweck der Genossenschaft auf der Basis der solidarischen Selbsthilfe unangetastet läßt.

Es ist in diesem Zusammenhang zu bemerken, daß die staatlichen Maßnahmen in den europäischen Ländern erst eingesetzt haben, nachdem die Genossenschaftsbewegung durch eigene Initiative des Volkes schon eine gewisse Bedeutung im Rahmen der Gesamtwirtschaft erworben hatte, welche in Afghanistan erst mit Hilfe des Staates erreicht werden muß. In Afghanistan muß der Staat dabei allerdings mit einem bildungsmäßig und wirtschaftlich schwachen Volk arbeiten, das kaum in der Lage ist, in den Anfängen entscheidend zur Entwicklung eines ländlichen Genossenschaftswesens beizutragen oder gar den Staat bei seiner Machtausübung zu beeinflussen. Das bedeutet, daß der Staat sich hier in seiner Machtausübung beschränken und die Eigenverantwortlichkeit der Bevölkerung fördern soll. Daher ist hier wiederum notwendig, das Beispiel anderer Länder heranzuziehen, die für Afghanistan im Hinblick auf die Genossenschaftsbewegung als Vorbild gelten können; und zwar muß es sich dabei um Staaten handeln, in denen die Genossenschaftsbewegung vom Staate her begonnen wurde.

2) Der Staat und die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Entwicklungsländern

Der Grad der Einwirkung des Staates auf das Genossenschaftswesen in Entwicklungsländern wird bestimmt durch das starke Gewicht, das er den Genossenschaften als Träger entwicklungspolitischer Aufgaben beimißt. Das wird offensichtlich, wenn man sich die dominierende Rolle des agraren Sektors im Rahmen der Volkswirtschaften von Entwicklungsländern vor Augen

So wird der Staat in erster Linie den ländlichen Genossenschaften bedeutsame Funktionen zuschreiben, weil die Umgestaltung des agraren Sektors wohl den entscheidenden Ansetzpunkt eines stärkeren Wirtschaftswachstums darstellt. ¹⁾

Deshalb erscheint es sinnvoll, gerade auch das Beispiel anderer Entwicklungsländer unter dem Aspekt staatlicher Einflußnahme auf die Genossenschaften zu einem Vergleich für Afghanistan heranzuziehen.

Vor allem ist hier für Afghanistan das Beispiel von Indien bedeutsam, da beide Agrarländer dem asiatischen Bereich angehören und eine in vieler Hinsicht ähnliche Wirtschaftsstruktur aufweisen. Zum anderen ist die Genossenschaftsbewegung in Indien älter als die in anderen Ländern, welche die Genossenschaftsbewegung nach europäischem Muster übernommen haben.

Die Genossenschaftsbewegung in Indien ist von der Britisch-Indischen Regierung 1904 begonnen worden. ²⁾ Praktisch bis zur Befreiung Indiens im Jahre 1947 hatte das Genossenschaftswesen kaum große Fortschritte zu verzeichnen. ³⁾ Ein besonderer Grund hierfür sind die staatspolitischen Maßnahme gewesen, welche die Genossenschaften nur zu einem Objekt des Staatsinteresses gemacht haben. Diese Aussage wird erhärtet durch die Meinungen namhafter Genossenschaftsexperten in Indien. ⁴⁾

1) Vgl. auch Aschhoff, G., a.a.O., S. 15

2) Vgl. Chengapa, P.M., Fortschritte der Genossenschaftsbewegung in Indien, in: Internationale genossenschaftliche Rundschau 1960, Band 53 Nr. 12, S. 338

3) derselbe, a.a.O., S. 339

4) Vgl. Kaji, Hiralal, Genossenschaftsstaat, in: Internationale genossenschaftliche Rundschau 1950, Jg. 43, Nr. 4, S. 115

Sodann konnte eine einfache Übertragung des genossenschaftlichen Organisationswesens nach europäischem Muster in Indien keine entsprechende Wirkung haben, da die Pflege der Wirtschaftsgesinnung und der Genossenschaftsidee von der damaligen Regierung nicht als Voraussetzung des Genossenschaftsaufbaus berücksichtigt worden war. Eine Genossenschaftsbewegung ist aber nur dann existenz- und wachstumsfähig, wenn die Bevölkerung mit den Grundzügen und den Grundbegriffen des Genossenschaftswesens vertraut ist.

Die staatlichen Maßnahmen in bezug auf die Entwicklung eines Genossenschaftswesens in Indien zeigten also bereits im Ansatz wie in der Durchführung entscheidende Fehler, weil vordergründige, im staatlichen Interesse gelegene Zielsetzungen, angesteuert wurden und die staatliche Tätigkeit und Förderung zum Selbstzweck wurden. So wurden die im Dienste des Genossenschaftswesens eingerichteten Regierungsstellen z. B. vielfach Austragungsstätten für Ambitionen von Beamten und staatlichen Funktionären. Sodann fand die Fehlentwicklung besonders im Bereich des Erziehungswesens ihren Niederschlag. Die Ausbildung von Führungskräften zu geschulten Staatsfunktionen verdrängte völlig das eigentliche Ziel, den Funktionären von Genossenschaften eine Vorstellung genossenschaftlicher Prinzipien und ein Verständnis für ihre Verantwortung als Genossenschafter zu vermitteln.

Ohne Zweifel begünstigte das vorherrschende Analphabetentum in der Bevölkerung diese Entwicklung. Um so mehr aber hätten die verantwortlichen Regierungen eine umfassende Bildungs- und Erziehungsarbeit als ihre vordringliche Aufgabe ansehen und überwachen müssen, daß die Verwirklichung der Zielsetzungen nicht bei den beauftragten Personen im Zuge der Durchsetzung persönlicher und bürokratischer Ambitionen unterblieb.

Daß dies nicht geschehen ist, beweist, daß die grundlegende und wichtige Aufgabe der umfassenden Erziehungsarbeit durch den Staat unterschätzt worden ist. Das Ergebnis muß danach zwangsläufig sein, daß die Genossenschaftsbewegung in Indien dahin tendierte, den Charakter einer demokratischen Selbsthilfe zu verlieren, statt dessen aber eine hierarchische, bürokratisch durchgliederte Institution zu sein.

So sagt Watkins zu Recht: "... es war das Gefühl, durch die Regierung in eine Zwangsjacke eingespannt zu sein, welches Mr. V. Rahmdas Pantulu, einer der hervorragendsten indischen Genossenschafter der dreißiger Jahre, zu der Erklärung herausforderte, daß die indische Genossenschaftsbewegung entbürokratisiert ("de-officialised") werden müsse." ¹⁾

Nach längjährigen Erfahrungen scheint man in Indien jedoch zu der Erkenntnis gekommen zu sein, daß bei aller notwendigen Förderung und aktiven Einwirkung auf die Genossenschaftsbewegung die Eigenständigkeit nicht gefährdet werden darf. Nach Nehru hat sich heute der Kurs des Staates von seiner Eigenschaft als Verwalter der Genossenschaften dahingehend gewandelt, daß er nunmehr Funktionsträger von Förderung, Beratung und Erziehung im Dienste einer eigenständigen Selbsthilfebewegung sei. ²⁾

Nach Hasselmann jedoch sind die Genossenschaften in Indien kein Selbstzweck, sondern Mittel für die Durchführung staatlicher Ordnungspolitik. ³⁾ Karve bemerkt zu den unterschiedlichen Auffassungen folgendes: "Solange die Politik des Staates sich mit den Wünschen der Genossenschafter deckt und solange der Staat für seine Hilfe keine Gegenleistung fordert, die nicht die ehrliche Zustimmung der

-
- 1) Watkins, W.P., Die Förderung des Genossenschaftswesens in den unterentwickelten Ländern, in, Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. V, 1955, Göttingen, S.333.
 - 2) Vgl. Nehru, P.J., Die Genossenschaft und die Mentalität des Dorfes, in, Internationale genossenschaftliche Rundschau 1961
 - 3) Vgl. Hasselmann, E., Staat und Genossenschaft in Entwicklungsländern, in, ZfgGn, Band 12, Heft 2, 1962, Göttingen, S. 94

Genossenschafter findet, ist es eher ein Vorteil als ein Ungemach, eine Schöpfung oder ein Werkzeug staatlicher Politik zu sein." ¹⁾

Wenn gesagt würde, daß die Genossenschaften in Indien keine eigenständig gewachsenen Organisationen seien, sondern Schöpfungen staatlicher Politik, so ist das nach obigen Ausführungen historisch richtig. Dazu kommt ein Umstand zum Ausdruck, daß in Entwicklungsländern der Staat die entscheidende Initiative für den Ansatz einer Genossenschaftsbewegung zu übernehmen hat. Doch sagen die Umstände einer staatlichen Anstoßätigkeit oder Initialzündung nicht unbedingt etwas über das weitere Verhältnis von Staat und Genossenschaften aus, in dem der Staat bemüht sein sollte, kontinuierlich die Staatshilfe durch Selbsthilfe zu ersetzen. Unterstellt man ein derartiges Bemühen seitens des Staates, so wird dieses Verhältnis jedoch leicht verdeckt, wenn die Ziele der staatlichen Politik, die nunmehr "größere Gleichheit und gesteigerte Wohlfahrt durch demokratische Assoziationen einschließt" ²⁾ und somit eine Übereinstimmung von genossenschaftlicher Hilfe und staatlicher Politik offensichtlich wird, und die Genossenschaften deshalb leicht als Mittel staatlicher Politik angesehen werden. Nach Karve ist dies der Fall in Indien. ³⁾ Unabhängig von der heutigen Situation in Indien kann man jedoch behaupten, daß, wäre es der damaligen indischen Regierung ~~Regierung~~ möglich gewesen, die Genossenschaften auf der Basis der erwähnten Grundprinzipien zu entwickeln, Indien heute ähnliche Fortschritte

1) Karve, Dattareya, G., Genossenschaftswesen in einer sich entwickelten Volkswirtschaft insbesondere in asiatischen Ländern, in: ZgGenW. 1901, Bd. 11, Göttingen, S. 161

2) Karve, Dattareya, G., a.a.O., S. 161

3) Vgl. Karve, Dattareya, G., a.a.O., S. 161

bereits erzielt haben könnte, wie sie in den Ursprungsländern auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens erzielt worden sind.

Das Anliegen des indischen Staates, nun ausschließlich die Selbsthilfe wirksam werden zu lassen, scheint jedoch erschwert, wenn man berücksichtigt, daß fast die Hälfte des gebildeten Genossenschaftskapitals staatliches Beteiligungskapital ist,¹⁾ was allerdings auch wieder den bisherigen staatlichen Interventionismus deutlich macht.

Die bisher aufgezeigten Formen und Folgen staatlicher Einwirkung auf den Aufbau und die Führung des Genossenschaftswesens in den klassischen, besonders aber in den Entwicklungsländern lassen die Notwendigkeit erkennen, die Eigenarten genossenschaftlicher Tätigkeit zu wahren.

Für Afghanistan ergibt sich die Schlußfolgerung, daß der Staat im Verhältnis zu den Genossenschaften dreierlei Funktionen haben sollte bzw. haben kann: als Gesetzgeber, Initiator und Förderer; jedoch muß sein Tätigwerden auf allen genossenschaftlichen Gebieten dazu dienen, bei der afghanischen Bevölkerung die eigene genossenschaftliche Gesinnung zu wecken, die staatlichen Maßnahmen haben also mehr oder weniger den Charakter einer Initialzündung.

Welche Maßstäbe bieten sich nun, um echte Genossenschaften von denen zu unterscheiden, die keine Selbsthilfeeinrichtung sind, sondern Instrumente staatlicher Wirtschaftspolitik? Die Grenzen zwischen Genossenschaften

1) Vgl. Hasselmann, E., Staat und Genossenschaft in Entwicklungsländern, in: ZgGenW, Band 12, Heft 2, 1962, Göttingen, S. 94 ff

mit typisch genossenschaftlichen Merkmalen und Pseudogenossenschaften sind schwer zu ziehen.¹⁾

Bei dem Versuch der Gewinnung brauchbarer Kriterien dürften folgende grundsätzlich zu beachten sein: Die Gründungen von Genossenschaften dürfen nur auf der Basis der Freiwilligkeit und der solidarischen Selbsthilfe vollzogen werden. Finanzielle Staatshilfe darf insbesondere nur als Starthilfe ausgeübt werden und keinen unmittelbaren staatspolitischen Zwecken dienen. Denn die Durchsetzung staatspolitischer Interessen bei der Genossenschaftsbewegung bedingt einen starken Interventionismus, der die Freiwilligkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit der Mitglieder untergräbt. Primäres Postulat für die gesamte staatliche Einwirkung bleibt also die kontinuierliche Substitution von Staatshilfe durch Selbsthilfe der privaten Wirtschaftssubjekte. "Das Verhältnis der Regierung zu den Genossenschaften soll eine nützliche Wirkung haben mit dem Ziel, genossenschaftliche Unternehmungen anzuregen, anzuleiten und auf eine gesunde Linie zu halten, ohne zu versuchen, die örtliche Initiative zu erzwingen oder zu ersetzen. Zusätzlich soll die Regierung Bedingungen schaffen, unter denen die Genossenschaften gedeihen und sich entwickeln können."²⁾

Schließlich ist hier zu erwähnen, daß der afghanische Staat dafür Sorge tragen muß, daß die rechtlichen und

1) Das bestätigt z.B. die Erscheinung in Indien, daß von Privaten sogenannte Genossenschaften gegründet werden, die nur den Namen haben, um staatliche Förderungsmaßnahmen zu erwirken, dann jedoch der Durchsetzung persönlicher erwerbswirtschaftlicher Motive dienen. Dieses Beispiel mag nur die generelle Schwierigkeit der Grenzziehung verdeutlichen.

2) Karve, G., a.a.O., S. 163

ökonomischen Voraussetzungen der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung der Mitgliederwirtschaften geschaffen und in einer Form gesetzlich verankert werden, die den wirtschaftlichen Fähigkeiten und der Mentalität der Bauern Rechnung trägt.

II. Der Staat als Gesetzgeber, Initiator und Förderer der Genossenschaftsbewegung

1) Die Ausgestaltung einer genossenschaftlichen Rechtsordnung

Die Ausgestaltung der genossenschaftlichen Rechtsordnung dient zunächst der Erleichterung der genossenschaftlichen Entfaltung, indem klare begriffliche und rechtliche Grundlagen des Genossenschaftswesens fixiert werden. Dabei sollen die Rechtsnormen weitgehend den besonderen afghanischen Verhältnissen angepaßt sein. Sie müssen klar und verständlich sein und den Unterschied zwischen den Genossenschaften als Hilfsorganisationen und den Kapital- und Personalgesellschaften als Erwerbsunternehmungen so darstellen, daß dieser in das Bewußtsein der afghanischen Landbevölkerung eindringt. Insofern ist es auch angebracht, über die Rahmengesetzgebung hinaus Musterstatuten zu schaffen und diese den Genossenschaften vor der Gründung zur Verfügung zu stellen. In den Statuten sollen folgende Grundtatbestände berücksichtigt sein:

Die Mindestvoraussetzungen der Errichtung von Genossenschaften. Damit sind z.B. Bestimmungen gemeint, welche die Mindestzahl der Mitglieder festlegen, und

die eine offene Mitgliederzahl, d.h. den freien Ein- und Austritt vorsehen.

Weiterhinn müssen die Bestimmungen über die Geschäftsanteile so gehandelt werden, daß nicht Anteilsomme und Einflußmöglichkeit korreliert sind, sondern daß jedes Mitglied sich durch sein Stimmrecht gleichermaßen persönlich mitverantwortlich fühlt. Das Ein-Stimmenprinzip ist also in zweierlei Hinsicht wichtig.

Die Gleichberechtigung jedes Mitgliedes muß durch gleiches Stimmrecht rechtlich verankert werden. Dieses Stimmrecht als Ausdruck des personenrechtlichen Charakters von Genossenschaften läßt die großen Unterschiede der Genossenschaften zu anderen Gesellschaften erkennen: in der Genossenschaft erfolgt die Abstimmung nach Köpfen und nicht nach kapitalmäßiger Beteiligung; ferner schließt die erforderliche persönliche Anwesenheit bei der Generalversammlung eine Vertretung aus.¹⁾

Im Rechtsverhältnis der Genossenschaften zu den Genossen und der Mitglieder untereinander müssen in Übereinstimmung mit den Verhältnissen in Deutschland die Statuten dafür sorgen, daß eine Abgrenzung des Geschäftsbereiches der Genossenschaften, die Haftung der Mitgliederwirtschaften, die Übertragbarkeit der Geschäftsanteile im Todesfall und die Grenze der Verbindlichkeiten genau festgelegt werden; und zwar so, daß der Zusammenhalt der Genossenschaften gefördert wird. In bezug auf das Wachstum der Genossenschaften ist besonders daran zu denken, daß die Auflösung oder Satzungsänderungen der Genossenschaften in Afghanistan zu erschweren,

¹⁾ Vgl. Seraphim, H.-J.(V), a.a.O., S. 9

d.h. nur mit qualifizierter Mehrheit der Generalversammlung durchzusetzen sind. Die Reservebildung muß ihrem Zweck der Eigenkapitalbildung entsprechend gesetzlich berücksichtigt werden.

Um bei der staatlichen Außenhilfe nicht mit dem Freiwilligkeitsprinzip zu kollidieren, ist zu beachten, daß die Werbung für die Mitgliedschaft bei den Genossenschaften statutarisch festgelegt wird, der Beitritt selbst freiwillig bleibt, d.h. wenn die Mitglieder freiwillig die in den Statuten fixierte Mitgliedschaft annehmen, so ist ihnen kein Zwang, sondern nur die Erfüllung genossenschaftlicher Pflichten auferlegt.¹⁾

Die Funktionen der wegen mangelnder Sachkenntnis der Bevölkerung notwendigen, durch den Staat einzusetzenden Rendanten oder Geschäftsführer müssen ebenfalls rechtlich festgelegt werden; ihre Pflichten und Verantwortlichkeit und auch ihre Vergütung bedürfen einer rechtlichen Festlegung in den Statuten, die sie im wesentlichen mit Hilfsfunktionen ausstatten sollten. Besonderer Wert wäre darauf zu legen, daß ihr Entscheidungs- und Befugnisumfang nicht mit dem Kompetenzbereich des Vorstandes kollidiert.

Besonders angemessen ist für das afghanische Genossenschaftswesen die Form der eingetragenen Genossenschaft, wodurch die Rechtspersönlichkeit der Genossenschaft fixiert wird. Sie muß in ein Genossenschaftsregister eingetragen werden. Eine solche Eintragung legt den Unterschied der Genossenschaft zu sonstigen Organisationen fest und zwar aus folgenden Gründen:

¹⁾ Vgl. Westermann, Harry, Der Einzelne und die Gemeinschaft im Spiegel des Genossenschaftsrechts, in: Aktuelle Probleme des Genossenschaftswesens, in: Wiener Studien, Göttingen 1957, Band 4, S. 20 ff.

In dem modernen Handelsrecht in Afghanistan wird die Genossenschaft nur als ein Unternehmungstyp definiert. Eigene genossenschaftsrechtliche Bestimmungen fehlen. Daher wird die Genossenschaft als eine Erwerbsgesellschaft wie die AG behandelt, und noch bis heute entstehen Genossenschaften als im Handelsregister eingetragene Erwerbsgesellschaften. Um das genossenschaftliche Denken zu fördern, ist es daher notwendig, durch die Einführung eines Genossenschaftsregisters die Genossenschaften deutlich von anderen Erwerbsgesellschaften abzugrenzen.

Die Registrierung muß auch bei den Schariat-Gerichten durchgeführt werden, einmal wegen der näheren geschäftlichen Beziehungen der Landwirte zu diesem Gericht als zu dem Handelsgericht, und zum anderen weil es nicht überall Handelsgerichte gibt, im Gegensatz zu den Schariat-Gerichten, die in jedem Kreis existieren.

Nach der Schaffung der genossenschaftlichen Rechtsordnung durch die Gesetzgebung fängt erst die praktische Aufgabe des afghanischen Staates an.¹⁾

Darüber hinaus ist neben der Kontrolle der Geschäftsführung durch die Genossen selbst eine Überwachung und Betreuung der Genossenschaft seitens übergeordneter Instanzen unerlässlich, Funktionen, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland von den Prüfungsverbänden wahrgenommen werden.

1) Vgl. Westermann, Harry, Vom Wesen der Genossenschaften und ihre steuerliche Behandlung, hrsg. Seraphim, H.-J. (IV), Neuwied/a.Rh. 1951, S. 102

Wegen fehlender Fachkräfte für die Eigengründung solcher Prüfungsstellen sollten Prüfungsämter auf Initiative des afghanischen Staates errichtet werden. ¹⁾

Die Prüfungsämter sollen selbständige Behörden des öffentlichen Rechtes sein, die sich gemäß des auszuarbeitenden Genossenschaftsgesetzes für die Entwicklung des Genossenschaftswesens verantwortlich fühlen.

2) Der Staat als Initiator im Bereich des Erziehungs- und Bildungswesens

Bei der grundlegenden Erörterung des Verhältnisses von Staat und Genossenschaften wurde festgestellt, daß gerade in Entwicklungsländern der Staat die Funktion eines Initiators für die Entwicklung von Genossenschaften hat. Die vom Staat im weiteren Sinne zu vollziehende Anstoßstätigkeit muß sich vor allem auf die Heranführung breiter Bevölkerungskreise an den Gedanken einer kooperativen Selbsthilfe auswirken.

Einen Ansatzpunkt bietet dafür - wie bereits erwähnt - der vorhandene Gemeinschaftssinn, der in ein genossenschaftliches Denken umgeformt werden mußte. Dabei spielen ein umfassendes Bildungs- und Erziehungswesen eine entscheidende Rolle, umsomehr, als etwa 90 % der Gesamtbevölkerung Analphabeten sind. In der Landbevölkerung

1) Anm.: In diesem Zusammenhang soll nur die Errichtung staatlicher Prüfungsämter erwähnt werden. Die Frage, wie der Staat im einzelnen über die Prüfungsämter auf die Genossenschaftsbildung fördernd einwirken kann, soll in einem der folgenden Abschnitte behandelt werden.

dürfte der Anteil der Analphabeten aber noch weit darüber hinausgehen.

Dem Staat obliegt nun in erster Linie die Inangriffnahme eines umfassenden Bildungsprogramms, das insbesondere am Anfang die Bildung einer genossenschaftlichen Führungsschicht anstreben muß. Diese Notwendigkeit wird von Schiller in Zusammenhang mit der pakistanischen Genossenschaftsbewegung ausgesprochen, wenn er sagt: "Es ist anzunehmen, daß nicht in erster Linie ein unzureichendes Können der Landwirte oder mangelnde Bereitwilligkeit zur genossenschaftlichen Zusammenarbeit den Weg zu einer fortschrittlichen Bewirtschaftung erschweren, sondern der Mangel an fähigen, aktiven und unparteilichen örtlichen Führungskräften. Diese in größerer Zahl heranzuziehen ist daher eine der wichtigsten Erziehungsaufgaben, die zwar schwierig, aber doch leichter und schneller zu lösen ist als die Ausbildung und Erziehung der großen Masse der Landwirte."¹⁾

Zunächst müssen also auf der Dorfebene geeignete Personen gefunden werden, die, nachdem sie selbst mit genossenschaftlichen Gedankengut und genossenschaftlichen Betätigungsformen vertraut gemacht worden sind, bereit und in der Lage sind, sie durch Kurse und Veranstaltungen an die breitere Schicht der Landbevölkerung weiterzugeben. Dafür kämen in erster Linie die Dorfpersönlichkeiten, wie die Dorfgeistlichen, Lehrer, Bürgermeister o.ä. in Frage. Diese könnten damit in etwa die Funktion des Wanderlehrers nach dem Vorbild von Raiffeisen übernehmen und je nach Geschick auch die ehrenamtliche

¹⁾ Schiller, Otto, Produktionsförderungsgenossenschaften in Pakistan, in: "Berichte über Landwirtschaft", Band XXXV, S. 681, 1957, Heft 3

Geschäftsführungstätigkeit wahrnehmen. Jedoch ist in größerem Maße für die Ausbildung fachmännischer Kräfte wie Geschäftsführer, Rendanten, Wirtschaftsprüfer, Betreuer etc. ein Bildungsniveau erforderlich, das in Afghanistan nicht vorhanden ist. Dazu ist ein grundsätzliches Bildungsprogramm notwendig. Hier könnte nur ein Vorschlag der FAO von 1955 berücksichtigt werden, der die Verbreitung von genossenschaftlichen Ideen und Grundsätzen in allen Erziehungsanstalten empfohlen hat,¹⁾ also in allen Schulen und der Universität Kabul sowie darüber hinaus in besonders eingerichteten Genossenschaftsschulen.

Dabei tritt die Frage auf, wer die Lehrtätigkeit ausüben soll. Sollen einheimische Kräfte im Ausland ausgebildet werden, oder Genossenschaftsexperten aus dem Ausland herbeigerufen werden. Was die theoretische Konzeption anbetrifft, so hat die Entscheidung nicht solche Bedeutung. Sie wird jedoch schwerwiegend bei der praktischen Gründung und Entwicklung von Genossenschaften. Hierbei müssen nämlich die sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Verhältnisse der Dorf- und Bauernwirtschaften in Afghanistan bekannt sein und berücksichtigt werden. Für den erzieherischen Effekt auf breiter Grundlage erscheint es angemessen, einheimische Lehrkräfte heranzuziehen, da die Bevölkerung mit Fremden nur schwer vertraut werden könnte.²⁾

Von daher würde es also vorteilhafter erscheinen, wenn die Fachkräfte im Lande erzogen und herangebildet werden, für eine praktische Ausbildung aber in das Ausland gesendet werden.

1) Vgl. FAO Report Nr. 6 90, Rom 1957, S. 15

2) Vgl. Fischer, K.H., "... der städtischen Intelligenz angehörend und ohne eigentliche praktische Erfahrung fanden sie in den Dörfern einen fremden und ihnen nicht zusagenden Lebenskreis. Verständlicherweise verloren sie sehr bald die Lust an der Arbeit und zogen sich zurück". Die Landwirtschaft im Irak, in: "Berichte über Landwirtschaft", Bd. XXXV, 1957, S. 27

Als weitere Möglichkeit für die Einführung und Verbreitung des Genossenschaftsgedankens kann das vom Staat getragene Entwicklungsprogramm für die afghanischen Dörfer angesehen werden. Dieses Entwicklungsprogramm wird seit 1953/54 durchgeführt mit dem Ziel, die ländliche Bevölkerung durch Einrichtungen auf dem Gebiete des Erziehungs- und Bildungswesens, durch die Pflege des Gesundheitswesens, sowie durch die Unterstützung auf dem Gebiete der Bodenbearbeitung, Tierzucht und allen anderen Bereichen des täglichen Lebens in die Lage zu versetzen, einen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg zu erreichen, der sich schließlich in einem gehobenen Lebensstandard ausdrückt. Zu diesem Zweck werden vom Kultus-, Gesundheits-, Landwirtschafts-, Industrie- und Bergbau-, Innen- und Planungsministerium, sowie von der Agrar- und Gewerbebank den einzelnen Dörfern, die unter dieses Entwicklungsprogramm fallen, Fachkräfte und technische Mittel zur Verfügung gestellt, um die Aufwärtsentwicklung zu beschleunigen. Bisher wurden auf dieser Grundlage zahlreiche afghanische Dörfer mit Erfolg betreut. Es wäre also ohne weiteres denkbar, im Rahmen dieses Programms die Genossenschaftsidee in den ländlichen Gegenden zu verbreiten. Schließlich ergibt sich daraus für den Staat die Möglichkeit, neben bereits bestehenden und laufend neu eingerichteten Fachschulen auch Genossenschaftsschulen einzurichten, in denen aus der Landbevölkerung Fachkräfte ausgebildet werden müßten.

Man braucht im Rahmen des Erziehungs- und Bildungswesens nicht von musterhaften Genossenschaftsverhältnissen etwa europäischer Länder auszugehen, sondern man muß aus einfachen Beispielen und Begriffen des praktischen Lebens heraus den Charakter genossenschaftlicher Betätigung in das Bewußtsein der ländlichen Bevölkerung eindringen lassen. Dabei muß der Staat sich für den Anfang auf eine Mitwirkung

der Bevölkerung stützen können. Er muß also gleichzeitig mit den Gesetzgebungsarbeiten auch mit der Erziehung bzw. Ausbildung von Dorfbewohnern und Fachkräften beginnen.

3) Der Staat als Förderer

Nachdem dargestellt worden ist, wie der Staat bei der Bildung von Genossenschaften als Gesetzgeber und Initiator fungieren kann, ist nunmehr die Frage zu erörtern, wie er in der Genossenschaftsentwicklung weiterhin fördernd die Leistungsfähigkeit dieser ländlichen Organisationsformen unterstützen kann. Dabei seien zunächst einmal die fördernden Einwirkungsmöglichkeiten der Genossenschaften durch die errichteten Prüfungsämter (Vgl. S. 147 ff) dargestellt.

Die Prüfungsämter als Funktionsträger staatlicher Förderung der Genossenschaftsbewegung sollten verpflichtet werden, Mustergenossenschaften zu gründen. Weiterhin sollte die Durchführung finanzieller Unterstützung der Genossenschaften durch die Genossenschaftsbank (als Zentralkasse) die Aufgabe der Prüfungsämter sein. Dabei sollten sie darüber wachen, daß die finanzielle Unterstützung der Genossenschaften nur zum Zwecke der Förderung der solidarischen Selbsthilfe gewährt wird. Geschieht dieses ohne Zweckbestimmungen, dann haben die finanziellen Hilfsmaßnahmen auf lange Sicht keine Wirkung, wie das Beispiel Indiens zeigt. Die Förderungsmittel dürfen nur an die in einer Genossenschaft zusammengeschlossenen Mitgliederwirtschaften gegeben werden, die selbst eine wirtschaftliche Existenzgrundlage haben. Die finanziellen Maßnahmen sollen also selbständige Bauern und Eigentümer bzw. berechnigte Quasi-Eigentümer, d.h. Dauerpächter treffen. In Zusammenhang mit der finanziellen Förderung durch den Staat hat nun die Frage besonders Gewicht, wie diese Förderung geschehen kann, ohne daß die wirtschaftliche Selbständigkeit der Genossenschaften untergraben wird.

Eine Möglichkeit der Absicherung gegen einen zu großen Einfluß des Staates bestände in der Errichtung einer Genossenschaftsbank, welche z.B. an Kreditgenossenschaften Kredite zu banküblichen Konditionen gewähren könnte. In der Ausgestaltung der Konditionen könnten dabei besondere förderungspolitische Aspekte berücksichtigt werden. Damit wäre die Möglichkeit einer direkten finanziellen Beteiligung des Staates an den Genossenschaften vermieden.¹⁾ Finanzielle Zuwendungen durch den Staat haben somit nicht den Charakter direkter Subventionen, sondern können auf diesem Wege der Verteilung und indirekten Zuwendung an den Genossenschaftssektor durch ihre breite Streuung der Bildung eines Geld- bzw. Kapitalmarktes zugute kommen.

Den Hintergrund für die allgemeinen Förderungsmaßnahmen des afghanischen Staates bilden im weitesten Sinne sozialpolitische und wirtschaftspolitische Zielvorstellungen.

Sozialpolitisch ist die Förderung durch den Staat determiniert, weil das zu schaffende Genossenschaftswesen als Träger einer Bewegung der Besserstellung von sozial schwächeren Schichten fungiert²⁾, während in bezug auf die Schaffung einer Marktordnung und eine mögliche Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft durch Genossenschaften die Förderung sich auf wirtschafts- bzw. agrarpolitische Zielvorstellungen gründet.

1) In Indien ist der Staat kapitalmäßig zu 50 v.H. an den Genossenschaften beteiligt, vgl. dazu: Hasselmann, E., a.a.O., S. 96

2) Vgl. Draheim, G., a.a.O., S. 217

Zusammenfassend kann man sagen: bei der Förderung der Genossenschaften muß der afghanische Staat die Genossenschaft als Schule der demokratischen Selbstverwaltung und als Teil der staatsbürgerlichen Erwachsenenbildung betrachten. ¹⁾

1) Kaji, H.L., Der Genossenschafts-Staat, in: Internationale genossenschaftliche Rundschau, Jg. 43, 1950, S. 115

Prinzipien, Formen und Tätigkeitsbereiche der Genossenschaften in Afghanistan

I. Organisationsprinzipien und Organisationsformen von Genossenschaften

1) Der hilfs- und ergänzungswirtschaftliche Charakter der zu schaffenden Genossenschaften

Aus der Analyse der wirtschaftlichen Struktur Afghanistans ging hervor, daß die Entwicklung Afghanistans ihren Ansatzpunkt im agraren Bereich finden muss. Die Ansatzpunkte im einzelnen liegen dabei verschieden. Besonders wichtig aber ist die Umstellung der Selbstversorgungsprinzipien folgender Dorfwirtschaft auf einen neuzeitlichen Methoden zugänglichen und marktorientierten Erzeugungsbereich.

Nachdem die Notwendigkeit genossenschaftlicher Betätigung grundsätzlich aufgezeigt wurde, bleibt zu erörtern, welche Art der genossenschaftlichen Betätigungsform am ehesten für die Verbesserung bzw. Überwindung der bestehenden Verhältnisse in Frage kommen.

Die modernen Genossenschaften sind grundsätzlich dadurch bestimmt, daß sie ihre Mitglieder wirtschaftlich fördern. Zu diesem Zweck können sie verschiedene wirtschaftliche Funktionen für ihre Mitglieder ausüben. Sie können Erwerbsgenossenschaften sein, die ihren Mitgliedern beim Erwerb des Einkommens behilflich sind oder Wirtschaftsgenossenschaften, die ihren Mitgliedern bei der Verwendung des Einkommens Dienste leisten.¹⁾ In diesem Zusammenhang erscheint jedoch eine Trennung in Produktionsgenossenschaften einerseits und Förderungsgenossenschaften andererseits angezeigt, die allgemein für die im agraren Bereich in Frage kommenden Genossenschaften gilt.

1) Vgl. Weber, Max, Produktionsgenossenschaften in der Schweiz, in ZfGenW, Band 12, Heft 1, 1962, Göttingen, S. 43

2) Vgl. Gakuo, Ephantus, Bedeutung und Möglichkeiten des Genossenschaftswesens für die Entwicklung der Wirtschaft in Kenia, Stuttgart, 1960, S. 87

Förderungsgenossenschaften sind dabei Hilfs- oder Ergänzungsgenossenschaften, also Träger bestimmter von den Mitgliederwirtschaften ausgegliederten Funktionen, während bei einer Produktivgenossenschaft oder Vollgenossenschaft gleichsam der Erwerbsbetrieb in die Genossenschaft verlegt wird.¹⁾

Im agraren Bereich lassen sich unter dem Begriff der Produktivgenossenschaften alle genossenschaftlichen Betätigungsformen subsumieren, soweit sie sich mit der gemeinsamen Bewirtschaftung des Landes befassen. Es fallen darunter die sog. Gemeinwirtschaften, Gruppenwirtschaften und Kollektive.²⁾ Dagegen sind die hilfs- und ergänzungsgenossenschaftlichen Formen durch ihren Ergänzungsscharakter im Hinblick auf die eigenständig produzierenden landwirtschaftlichen Betriebe gekennzeichnet.

Eine Differenzierung der Gruppe der genossenschaftlichen Produktivformen in Gemeinwirtschaften, Gruppenwirtschaften und Kollektivwirtschaften läßt sich nach dem Intensitätsgrad der gemeinwirtschaftlichen Betätigung vornehmen.

Bei der Gemeinwirtschaft besteht Gemeineigentum an Grund und Boden; die Arbeit findet gemeinschaftlich statt; ebenso die Versorgung mit Verbrauchsgütern. Bei der Gruppenwirtschaft bleibt ein größerer Spielraum für eine selbstständige freiheitlichere Bewirtschaftung

1) Vgl. Henzler, R., Die Genossenschaft als fördernde Betriebswirtschaft, Essen, 1957, S. 27

2) Vgl. Gakuo, Ephantus, a.a.O., S. 87

von Grund und Boden, sowie der Nutzung des Ertrages.¹⁾

Das Kennzeichen der kollektivwirtschaftlichen Form gegenüber den erstgenannten ist die Unfreiwilligkeit des Zusammenschlusses.

Das Merkmal der drei genannten produktivgenossenschaftlichen Erzeugerzusammenschlüsse ist also einerseits die gemeinschaftliche Bodenbewirtschaftung und die Versorgung mit Verbrauchsgütern und Dienstleistungen in gemeinwirtschaftlicher Form, auf der anderen Seite, also die fast völlige Aufgabe eigenwirtschaftlicher Funktionsausübung.²⁾

Die möglichen wirtschaftlichen Vorteile der Landbewirtschaftung auf großen Flächeneinheiten durch die gemein- und gruppenwirtschaftlichen Formen werden, bezogen auf Afghanistan aber stark überkompensiert durch eine Reihe von Schwierigkeiten insbesondere sozialer Natur, die sich mit ihrer Einführung ergeben würden. Diese betreffen in erster Linie die damit vollzogene Schwächung des individuellen Verantwortungsbewußtseins und der persönlichen Initiative und Dispositionsfreiheit.

1) Sehr deutlich ist ein solcher Unterschied innerhalb der produktivgenossenschaftlichen Formen in Israel zu bemerken. So stellen die im Aufbau ähnlich strukturierten Kuwutzok und Kibuz gemeinwirtschaftliche Formen dar, die Moschaw und Moschaw Schitufi sind Gruppenwirtschaften. Beide Formen bewirtschaften den Grund und Boden gemeinsam. Der Ertrag jedoch wird in den gemeinwirtschaftlichen Formen-Kibuz bzw. Kuwutzok- gleichmäßig zugeteilt, während bei den gruppenwirtschaftlichen Formen - Moschaw und Moschaw Schitufi der Ertrag der dem einzelnen Landwirt zugeordneten Parzelle des Gesamtbodens über eine bestimmte Menge hinaus ihm selbst zur Verfügung steht. Hier ist also eine individuelle Hausnachtsführung noch möglich.

2) Die Verwirklichung dieser genossenschaftlichen Formen ist ein Ergebnis der Not auf dem Hintergrund einer sozialethischen Haltung (Kooperativnexus) oder aber Ergebnis einer wirtschaftspolitischen Konzeption (Kolchosen, Sowchosen in der UdSSR, LPG in Mitteldeutschland und Volkskommunen in Setchina.)

Die Wirtschaftsgesinnung der afghanischen Landbevölkerung ist - wie oben S. 89 ff - dargelegt, gekennzeichnet durch das Nebeneinander von dem Willen des einzelnen zur wirtschaftlichen Entfaltung und der ständigen Bereitschaft, dem wirtschaftlichen Partner zu helfen. Diese sozialetische Haltung der afghanischen Landbevölkerung tendiert also - unter dem Aspekt der Einführung von Genossenschaften - eher zu einer Inanspruchnahme von hilfswirtschaftlichen Diensten unter Wahrung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit.

Die Einführung von Produktivgenossenschaften im obigen Sinne würde also unter Berücksichtigung der verhältnismäßigen Gegebenheiten nicht den wirtschaftlichen Erfolg versprechen wie etwa Ergänzungsgenossenschaften, die bei den Funktionen ansetzen würden, in deren Ausübung gerade die Schwäche der landwirtschaftlichen Betriebe liegt. Außerdem muß sich die Genossenschaftsbewegung - wie oben ausgeführt - auf dem Boden der bestehenden Agrarverfassung bewegen. Eine Umstellung der Agrarstruktur und Agrarverfassung liegt aber weder im Interesse der Landbevölkerung selbst noch des Staates, dem an einer Förderung der Landwirtschaft im Interesse des wirtschaftlichen Wachstums liegt. Die herrschenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse lassen die weitgehende Anwendung Raiffeisenscher Ideen als günstig erscheinen, was besagt, daß grundsätzlich unter Wahrung der Selbständigkeit und Eigenwirtschaftlichkeit der bäuerlichen Betriebe für deren Erhaltung und materielle Besserstellung hilfs- und ergänzungswirtschaftliche Genossenschaften gegründet werden sollen.

2) Die verschiedenen Organisationstypen

Bei vollständiger Eigenwirtschaftlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ohne das Vorhandensein genossenschaftlicher Bindungen ist dieser alleiniger Funktionsträger einer Vielzahl erzeugungstechnischer und evtl. markttechnischer Aufgaben. Durch den Beitritt zu einer Genossenschaft wird nunmehr ein Teil dieser Funktionen auf den genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetrieb delegiert. Organisatorisch wird damit die bisher rein innerbetriebliche Verflechtung um die "außerbetriebliche" - im Hinblick auf den Genossenschaftsbetrieb - erweitert. Das Ausmaß dieser "außerbetrieblichen" Verflechtung ist damit weitgehend abhängig von der Zahl und Art der übertragenen Funktionen, die ihrerseits wiederum den Charakter des Genossenschaftsbetriebes festlegen.

Denn Genossenschaften können ausschließlich eine spezifische Funktion oder mehrere Funktionen nebeneinander, also ein ganzes Funktionsbündel übernehmen. Im ersten Fall spricht man von Spezialgenossenschaften, in den anderen Fällen von Mehrzweck oder schließlich von Universalgenossenschaften. Neben- und Zusatzzwecke haben dabei keinen Einfluß auf diese Einteilung.¹⁾

a) Spezialgenossenschaften

Bei dem Begriff der Spezialgenossenschaft ist also davon auszugehen, daß eine spezifische Funktion, die des Absatzes der erzeugten Güter z.B. von dem landwirtschaftlichen Einzelbetrieb auf eine Genossenschaft übertragen wird. Neben dieser im Hinblick auf das Verhältnis Einzel-

1) Vgl. Draheim, G., a.a.O., S. 199

betrieb und Genossenschaft vertikalen (Funktions-) Ausgliederung kann die Genossenschaft aber auch noch hinsichtlich der Produkte, bei denen sie die Absatzfunktion wahrnimmt, spezifisch ausgerichtet sein (z.B. nur Absatz von Kartoffeln) ¹⁾.

Für eine erfolgversprechende Anwendung solcher Spezialgenossenschaften im ländlichen Bereich zählt Draheim eine Reihe von maßgeblichen Kriterien auf, von denen im Hinblick auf die später zu behandelnde Wirksamkeit der Spezialgenossenschaften in Afghanistan nur einige besonders relevant erscheidende wiedergegeben werden sollen. ²⁾

Besonders dann ist die Einrichtung von Spezialgenossenschaften zu empfehlen, wenn die Genossenschaft marktorientiert sein soll, die Mitglieder mehr rationell als traditional eingestellt sind, und die Mitgliederwirtschaften hinsichtlich ihrer Erzeugungsstruktur spezialisiert sind. Insgesamt gesehen, unterstreicht die Entwicklung von Spezialgenossenschaften die Richtung einer fortschreitenden Arbeitsteilung und Ökonomisierung. ³⁾

Damit ist bereits angedeutet, daß die funktionale Tätigkeit und organisatorische Ausgestaltung genossenschaftlicher Tätigkeit außer durch die Aufgabenstellung in jedem Falle auch durch die wirtschaftlichen und sozialen

1) Dieses Merkmal läßt die grundsätzlich hier zu behandelnden Unterscheidungskriterien jedoch unberührt.

2) Vgl. im folgenden: Draheim, G., a.a.O., S. 204

3) Vgl. Draheim, G., a.a.O., S. 204

Grunddaten des betreffenden Bereiches bestimmt werden. Ebenso resultieren daraus die Vor- und Nachteile eines bestimmten Typus. Den Spezialgenossenschaften haften insbesondere die Vor- und Nachteile jeglicher Spezialisierung an; sie tendieren infolge ihres speziellen kommerziellen Charakters leicht dahin, nicht von einem starken Gruppen-Solidaritätsbewußtsein getragen zu werden.¹⁾

b) Mehrzweckgenossenschaften

Mehrzweckgenossenschaften vereinigen zumeist die Funktion des Warenbezuges und Warenabsatzes für die landwirtschaftlichen Einzelbetriebe.

Der Warenbezug umfaßt dabei die Beschaffung von Rohprodukten und Hilfsmitteln, während der Warenabsatz die Verwertung, Lagerung und den Absatz der vom Einzelbetrieb erzeugten Güter umfaßt. Hier findet also eine weitergehende Funktionsausgliederung auf den Genossenschaftsbetrieb statt. Die Mehrzweckgenossenschaften haben gegenüber den Spezialgenossenschaften vor allem den Vorteil, daß sie umfassender auf die Rationalisierung des Erzeugungsvorganges einwirken können. Denn der Zweck des Einkaufs ist, die Beschaffung der für die Ausübung des Betriebszweckes erforderlichen, zuzukaufenden Produktionsmittel und jede Tätigkeit, also bereits auch die der Beschaffung, strahlt durch wirtschaftliche oder unwirtschaftliche Arbeitsweise auf die Gesamtwirtschaftlichkeit des Betriebes aus. Darüber hinaus hat die Mehrzweckgenossenschaft leichter die Möglichkeit, auch auf das genossenschaftliche Gruppenbewußtsein einzuwirken, denn der Erzeugungsvorgang ist hierbei eingebettet in die genossen-

1) Im Rahmen dieser allgemeinen Darstellung soll nicht weiter auf die Vor- und Nachteile bestimmter Typen eingegangen werden.

schaftlich ausgeführten vor- und nachgelagerten Tätigkeitsbereiche der Beschaffung und des Absatzes, worin das Ineingreifen genossenschaftlicher und einzelbetrieblicher eigenständiger Funktionsausübung besonders deutlich zum Ausdruck kommt.

c) Universalgenossenschaften

Wurde die Mehrzweckgenossenschaft durch ihre Tätigkeit im warenwirtschaftlichen Bereich gekennzeichnet, so übernimmt eine Universalgenossenschaft darüberhinaus auch noch das Geldgeschäft, wie es etwa in den deutschen Raiffeisenkassen der Fall ist. Hier wird also der Komplexität von warenwirtschaftlichen und geldwirtschaftlichen Transaktionen durch eine Organisation Rechnung getragen. Aber auch unabhängig von dem Warengeschäft können hier Zahlungs- und Kreditverkehr gehandhabt werden.

Daneben kann eine Universalgenossenschaft weitere Funktionen übernehmen, z.B. eine gemeinwirtschaftliche Maschinenhaltung.

Für den Typus dieser Universalgenossenschaft ergeben sich in den meisten Entwicklungsländern besonders günstige agrarstrukturelle und soziale Voraussetzungen: die klein- bis mittelbäuerliche Betriebsstruktur, gemischte Betriebsweise, Homogenität der Gesinnung etc.¹⁾.

Die Universalgenossenschaft erfordert ihren Standort also dort, wo eine wenig arbeitsteilige und relativ geschlossene Wirtschaftsform gegeben ist, wo ein Mangel an Fachkenntnissen und Kapitalgütern sowie eine geringe Marktorientiertheit vorherrschen.

1) Cgl. Draheim, G., a.a.O., S. 204

Der größte Vorteil der Universalgenossenschaften ist der mögliche starke Kooperationsnexus, weil dieser Typus an einer Vielzahl von Funktionen bzw. Bedürfnissen der Mitgliederbetriebe anknüpft. Die Akkumulierung von Funktionen bedingt einen kleineren betrieblichen Rahmen der Genossenschaft, eine Betriebsgröße die auf einen kleineren geschlossenen Arbeitsbereich abgestellt ist. Das hat zwei wesentliche Vorteile, einmal ist eine gewisse zeitliche Nivellierung der anfallenden Arbeiten gut durchzuführen, zum anderen ist ein Ausgleich in den betriebswirtschaftlichen Risiken des Gemeinschaftsbetriebes möglich. ¹⁾ Allerdings bedingt der Typus der Universalgenossenschaft das Vorhandensein qualifizierter Geschäftsführer, die in der Lage sein müssen, die Kombination von Waren- und Geldgeschäften in bezug auf die Wechselwirkung der laufenden Transaktionen, der Kapitalgüterbeschaffung etc. betriebspolitisch optimal zu gestalten und der Gefahr einer möglichen Illiquidität der Genossenschaften zu begegnen.

IV. Organisationsprinzipien und Tätigkeitsbereiche von Genossenschaften in Afghanistan

1) Die Notwendigkeit eines komplexen Organisationstypus in Afghanistan

Stellte die vorangehende Erörterung die grundsätzliche Frage nach dem Ausmaß der Funktionswahrnehmung einzelbetrieblicher Aufgaben durch die Genossenschaft und den Vor- bzw. Nachteilen eines bestimmten Organisationstypus dar, so ist nunmehr zu untersuchen, in welchem Maße sich

1) Vgl. Draheim, G., a.a.O., S. 205

die verschiedenen Formen für eine Einführung in Afghanistan eignen, oder ob nicht sogar nur eine bestimmte Form genossenschaftlicher Betätigung als effizient anzusehen ist. Die grundsätzlichen Kriterien und Aussagen für die Spezial-, Mehrzweck- oder Universalgenossenschaft sind nunmehr also auf die afghanischen Verhältnisse zu projizieren. Dabei werden die Ausführungen über die Agrarstruktur, sowie die Möglichkeiten, Ansatzpunkte und Voraussetzungen für den Aufbau eines Genossenschaftswesens Berücksichtigung finden.

Grundsätzlich erwies sich der Typus der Mehrzweck- und Universalgenossenschaft als der wirksamste Typ genossenschaftlicher Beteiligung in einem agraren Bereich, der durch die Geschlossenheit und den Selbstversorgungscharakter landwirtschaftlicher Erzeugungseinheiten und durch eine wenig ausgeprägte Arbeitsteilung gekennzeichnet ist. Erst ein durchgreifender Ökonomierungsprozeß würde den Boden für eine wirksame Tätigkeit von Spezial- oder Einzweckgenossenschaften geben.

Generell würde somit für ein typisches Entwicklungsland wie Afghanistan die Form der Spezialgenossenschaft als wenig geeignet erscheinen. Das ergibt sich besonders dadurch, daß die afghanische Bevölkerung zunächst einmal mit dem Gedanken genossenschaftlicher, solidarischer Selbsthilfe vertraut gemacht werden muß und die immaterielle Seite des genossenschaftlichen Gruppenbewußtseins hier einer besonderen Stärkung bedarf. Außerdem steht das vorherrschend traditionalistische Denken der afghanischen Landbevölkerung der Einrichtung von Spezialgenossenschaften entgegen. Die agrarstrukturellen Voraussetzungen eines spezialisierten Erzeugungsprozesses und der Marktorientiertheit stellen darüberhinaus wohl das stärkste Gegenargument gegen eine Spezialisierung der Genossenschaften, zumindest in der Anlaufphase der Genossenschaftsbewegung in Afghanistan, dar.

Von der Art der Funktionsausübung her dürften somit die Mehrzweck- bzw. Universalgenossenschaften - die im weiteren zusammen behandelt werden sollen - als geeigneter erscheinen.

Zunächst einmal ist dieser Typus schon deshalb für Afghanistan besonders zu empfehlen - unabhängig davon, daß er unter den vorhandenen wirtschaftlichen Verhältnissen die zweckentsprechendste Regelung darstellen wird - weil er dem soziologischen Gemeinschaftsgedanken besonders Rechnung trägt. So spricht der vorhandene, im Islam begründete Gemeinschaftsinn, der unter bestimmten o.a. Voraussetzungen in solidarisches Selbsthilfedenken umzuwandeln ist, durchaus dafür, nur ein einziges Instrument zur Bekämpfung der materiellen Existenznot des einzelnen, nämlich eine universelle Dorfgenossenschaft einzurichten. Der immaterielle Gehalt wurde im Falle einer spezialisierten Funktionsteilung genossenschaftlicher Tätigkeit sehr stark beeinträchtigt.

Daneben bestimmen auch weitgehend agrarstrukturelle Tatbestände in Afghanistan die Form des zu wählenden Typus. So würde rein organisationstechnisch ein kleiner, aber funktional umfassender Tätigkeitsbereich einer Genossenschaft der Geschlossenheit afghanischer Dorfwirtschaften entsprechen. Die Akkumulierung von Funktionen würde diese Genossenschaften als Kleinbetriebe innerhalb eines lokalen Arbeitsgebietes kennzeichnen, was von erheblichem didaktischen Wert, aber auch organisationstechnisch einfacher zu lösen wäre. Außerdem würde durch die in Zusammenhang mit der Akkumulation von Funktionen leicht eintretenden Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ertrag einen werbenden Effekt haben, der sich auf engerem lokalen Bereich deutlicher niederschlägt.

Weiterhin haben die Universalgenossenschaften gerade für den oftmals illiquiden und mit Geldmitteln zu knapp ausgestatteten Landwirt einen erheblichen Vorteil: Die Kombination von Beschaffung und Verwertung ermöglicht es den Genossenschaften, den finanziellen Zyklus, der sich aus dem zeitlichen Auseinanderfallen von Beschaffung und Erzeugnisverwertung ergibt, in einer Weise aufzufangen, die der schlechten Liquiditätslage der Mitglieder abhelfen kann. Die Zusammenfassung verschiedener Zwecke in der Genossenschaft ermöglicht auch einen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen afghanischen Bauern.

Dem Arbeitsprozess der bäuerlichen Familienwirtschaft ist gekennzeichnet durch eine weitgehende Außerachtlassung rationaler und arbeitsteiliger Arbeitsvorgänge, und ihre Ausübung steht nicht in einem betriebswirtschaftlich rationalen Verhältnis zueinander, sondern wird durch traditionelle Gesichtspunkte bestimmt. Die Eingliederung bäuerlicher Tätigkeiten des Produktionsprozesses in die genossenschaftlich wahrgenommenen Beschaffungs- und Absatzfunktionen einerseits, sowie den geldwirtschaftlichen Regulierungen andererseits könnte einen Einfluß auf die rationelle Verabfolgung produktionstechnischer Arbeitsvorgänge ausüben. Damit würde sich also die Wahrnehmung umfassender Hilfsfunktionen aus betriebstechnischen Gesichtspunkten empfehlen. Umfassende Hilfsfunktionen aber lassen sich nur in einem lokal begrenzten Bereich intensiv durchführen.

Das den afghanischen Landwirten fehlende geldwirtschaftliche Denken wird besonders durch die Kopplung von Waren- und Geldgeschäft seitens der Genossenschaft gefördert.

Mangelndes Kapital und das Fehlen geeigneter Persönlichkeiten in Afghanistan und die notwendigen Kontrollmöglichkeiten gebieten weiterhin aus organisationstechnischer Sicht die Zusammenfassung von Funktionen in einer Genossenschaft, zumal die Gemein-, Einrichtungs- sowie Ausstattungskosten damit günstiger gestaltet werden können.

Auf eine weitere Anführung von Gesichtspunkten für die Notwendigkeit der Universalgenossenschaft kann verzichtet werden. Die Vorteile der Universalgenossenschaft sind so groß, daß die damit verbundenen Nachteile völlig überkompensiert werden. Damit ist jedoch nur der Regeltypus festgelegt, was besagt, daß im einzelnen Fall - wie noch zu zeigen sein wird - durchaus auch produktionstechnisch ausgerichtete Spezialgenossenschaften eingerichtet werden können. Dabei handelt es sich um agrarstrukturell bedingte Sonderfälle. ¹⁾

1) Die Einrichtung dieser Spezialgenossenschaften wird insbesondere in Zusammenhang mit den bereits bestehenden Bewässerungsgemeinschaften erörtert.

2) Die Ausgestaltung der einzelnen genossenschaftlichen Geschäftsbereiche

Wie in den vorangegangenen Ausführungen dargelegt wurde, erscheint in der afghanischen Landwirtschaft in erster Linie die Einrichtung von Mehrzweck- bzw. Universalgenossenschaften angebracht. Mehrere Funktionen - Beschaffung, Lagerung, Absatz, Geldgeschäfte, Maschinenhaltung - sollten also von einer Genossenschaft wahrgenommen werden. Wenn nun die einzelnen Funktionsbereiche eine gesonderte Erörterung erfahren, so ist nur von der Beschaffungstätigkeit, der Absatztätigkeit etc. zu sprechen. Wenn im Verlaufe der weiteren Untersuchung der Begriffe Kreditgenossenschaften, Absatzgenossenschaften verwandt wird, so muß dabei berücksichtigt werden, daß hier keine selbständigen Einzweckgenossenschaften fungieren, sondern daß es sich um den Tätigkeitsbereich einer Universalgenossenschaft handelt. Eine gesonderte Behandlung der unterschiedlichen Funktionswahrnehmung empfiehlt sich also, weil trotz der organisatorischen Einheit der Universalgenossenschaft und der funktionalen Verknüpfung ihrer Tätigkeiten, die Geschäftsbereiche umfassend und selbständig zu handhaben sein werden.

a) Kreditgenossenschaftliche Tätigkeit

Die Tätigkeit von Genossenschaften im Geld- und Kreditgeschäft in Afghanistan ist notwendig, da es in den afghanischen Dörfern kaum weitere Mittel und Institute gibt, die sich der Befriedigung personeller sowie betrieblicher Kreditwünsche der Dorfbewohner annahmen, außer solchen Geldgebern, die die Landwirte auf wucherische Weise ausnutzen. Die afghanischen Dorfbewohner leiden also an Kapital- und Kreditmangel und unter dem Druck höher Zinssätze. Die Aufgabe kreditgenossenschaftlicher Tätigkeit in Afghanistan ist damit eine ähnliche, wie sie es bei den Erstgründungen zur Zeit Raiffeisens in Deutschland war.

Der erforderliche Kapitalbedarf kreditgenossenschaftlicher Funktionsausübung wird schwerlich aus Mitteln der Mitgliederwirtschaften zu bestreiten sein. Damit wird eine Fremdfinanzierung erforderlich, die jedoch nicht über das Maß hinausgehen sollte, daß der Charakter der Selbsthilfewirtschaft der Genossenschaft verlorenght. Voraussetzung für die finanzielle Förderung von außen muß also auch ein bestimmter Eigenkapitalstock sein, der die Gewähr bietet, daß die Genossenschaft überhaupt existenzfähig ist. Mit der Zeit muß die Einholung von Fremdkapital zugunsten der Eigenkapitalbildung eingeschränkt werden und im Zuge dieser Bestrebungen die Eigenverantwortlichkeit der Mitglieder verstärkt werden.

Wenn auch der Staat in starkem Maße durch seine Kapitalhergabe an einem Bestimmungsrecht für die Kreditvergabe interessiert ist, so sollte er jedoch das Hauptgewicht der Zuständigkeit für die Kreditvergabe den Genossenschaften übertragen; einmal weil der Charakter der wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Genossenschaft dadurch respektiert wird, zum anderen, weil die Prüfung der Kreditwürdigkeit gerade bei ländlichen Kleinkrediten die Kenntnis lokaler Verhältnisse zur Voraussetzung hat. Bei größeren Investitionskrediten könnten die Kompetenzen entsprechend hoher verlagert werden.

Grundsätzlich sollte der Staat im Interesse der Bildung eines funktionsfähigen Geld- und Kapitalmarktes Rahmenverordnungen festlegen, welche die Kreditarten, Kreditbedingungen, Reservenbildung und organisatorische Fragen betreffen. Diese Maßnahmen sollten gleichwohl erzieherische Wirkung haben, damit die Landbewohner mit den modernen Kreditgeschäften vertraut werden.

Die Festlegung der Zinshöhe müßte unter Berücksichtigung des landläufigen Zinssatzes privater Geldverleiher geschehen; eine Refinanzierungsmöglichkeit der Genossenschaften

bei den Zentralinstituten ist eine unumgängliche Notwendigkeit. Kreditumfang und Zweck müssen im Interesse der Geschäftsfähigkeit der Genossenschaften festgelegt werden.

Kurz- und mittelfristige Kredite, die höchstens über drei Jahre laufen dürfen, sollen vordringlich gewährt werden. Dagegen müssen die Kredite, die für langfristige Investitionen nötig sind, unter Einschaltung der Genossenschaften von den Zentralinstituten gewährt werden. Für die Ankurbelung des Kreditgeschäftes sollten durchaus auch Konsolidierungskredite gegeben werden. Hierdurch wird einerseits der verschuldete Landwirt u.U. von mit hohen Zinslasten versehenen Schulden befreit, andererseits besteht für die Genossenschaft auf diesem Wege eine gute Möglichkeit der Mitgliederwerbung.

Die Sicherstellung der an die Mitglieder gewährten Kredite muß unter Berücksichtigung gewohnheitsrechtlicher Verhältnisse der afghanischen Dorfbewohner in Form von Schuldschreiben und Bürgschaften vollzogen werden, während die Kreditwürdigkeit der Genossenschaft gegenüber den Zentralinstituten durch die unbeschränkte Solidarhaftung der Mitglieder garantiert wird.

Eine wichtige, vor allem auch erzieherisch wirkende Art kreditgenossenschaftlicher Tätigkeit ist die Pflege des Spargeschäftes, das auch für Nichtmitglieder zugänglich sein mußte, während die Kreditgewährung nur an die Mitglieder gerichtet sein dürfte.

Aufgabe kreditgenossenschaftlicher Funktionsausübung im weitesten Sinne ist es also, die Mitglieder durch Kreditgewährung nachhaltig zu fördern, sie zugleich zum Wirtschaften mit Geld zu erziehen und den Sparsinn zu wecken und zu pflegen.

b) Das Warengeschäft

Beschaffung und Verwertung bzw. Absatz sind warenwirtschaftliche Funktionen der Universalgenossenschaft.

Im Warenbezug ist die Genossenschaft bestrebt, die für den landwirtschaftlichen Betrieb notwendigen, aber nicht zur Verfügung stehenden Hilfsmittel der Erzeugung für die Mitglieder kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Der Warenbezug muß auf eine auftragsmäßig günstige Menge ausgerichtet sein. Die hierdurch für den afghanischen Landwirt schon günstigere Kostensituation wird noch dadurch verbessert, daß die evtl. hohe Stückkostenbelastung durch den genossenschaftlichen Transport gesenkt wird. Darüberhinaus muß der genossenschaftliche Bezug die Lieferung guter Qualität sichern, und die einzelbetriebliche Lagerungsnotwendigkeit entfalten lassen.

Das Bezugsgeschäft kann damit sehr wesentlich zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit der einzelbetrieblichen Erzeugung beitragen.

Der Bezugs- und Beschaffungstätigkeit der Universalgenossenschaft obliegt ferner die Aufgabe, den Dorfbewohner mit dem Warenverkehr vertraut zu machen. In diesem Bestreben muß die Genossenschaft vom Staat durch:

Zurverfügungstellung von funktionsfähigen Geschäftsführern
langfristige Darlehen zwecks Errichtung von Lagerhäusern
Unterstützung und Beratung bei der Beschaffung derjenigen Betriebsmittel, die der Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft dienen, und durch
steuerliche Ermäßigung

unterstützt werden.

Schließlich muß der Staat seine wissenschaftlichen Experimente mit Pflanzenschutzmitteln, Veterinärmedikamenten und Düngemitteln nach Möglichkeit in den Genossenschaften durchführen. Damit ist wiederum die Möglichkeit gegeben, die Ge-

nossenschaften in die Auswertung der Erkenntnisse einzubeziehen. Die staatlichen Beratungsstellen müssen eng mit den Genossenschaften zusammenarbeiten.

Das Bezugsgeschäft dürfte nicht nur auf die landwirtschaftlichen Produktionsmittel beschränkt bleiben, sondern müßte auch Bedarfsartikel der bäuerlichen Bevölkerung umfassen, damit die Genossenschaft vielseitiger wird und die Werbung von Mitgliedern Auftrieb erhält.

Es ist notwendig, daß beim Bezug derjenigen Betriebsmittel, deren Einsatz zur Produktivitätssteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung dient, die Genossenschaften zentralisiert beziehen. Der Grund hierfür ist die Garantie der richtigen Verwendung und Verwertung der Betriebsmittel, wozu die staatlichen Beratungen erforderlich sind. Dagegen muß im übrigen Geschäftsverkehr das Interesse der Dorfbewohner berücksichtigt werden, d.h., es können unabhängig von der Zentralgenossenschaft Bedarfsartikel beschafft werden.

Mit dem Absatzgeschäft übernehmen die Universalgenossenschaften die Sammlung, Lagerung und Verwertung der nicht für den Eigenbedarf erzeugten Güter ihrer Mitgliederbetriebe. Wenn auch in großem Maße bisher die Erzeugung dörflicher Bauernwirtschaften dem Eigenverbrauch zufließt, so steht insgesamt gesehen der Vielzahl bäuerlicher Klein- und Mittelbetriebe für die Verwendung des übrigen Teils ihrer Erzeugung eine kleine Zahl von Händlern gegenüber. Durch die Absatztätigkeit der Universalgenossenschaften konnte das bisher unregelmäßige und atomistische Angebot durch ein größeres, geschlosseneres Angebot gegenüber dem Handel ersetzt werden. Die Handelsorganisationen würden damit einem stärkeren Anbieter gegenüberstehen, was sich unmittelbar in einem Anstieg des Anteils der Bauern am Endverkaufspreis auswirken würde.

Die Grundlage für die Wirksamkeit der Absatztätigkeit der Genossenschaften ist zunächst, daß auf dem Wege der Erziehung der Bauern zu marktorientiertem Denken diese die Vorteile einer Ablieferung ihrer Erzeugnisse an die Genossenschaft erkennen lernen. Das Ziel ist die freiwillige vollständige Ablieferung der nicht für den Eigenbedarf benötigten Erzeugnisse der Bauern bei der Genossenschaft. Denn nur so kann die Genossenschaft eine für ihre Mitglieder günstige Marktstellung gegenüber den Nachfragen nach Agrarerzeugnissen einnehmen.

Erst wenn diese Voraussetzung erfüllt ist und eine durch Produktivitätssteigerungen bedingte vergrößerte mengenmäßige Erzeugung Platz gegriffen hat, könnte es sinnvoll erscheinen, spezielle Verwertungs- und Absatzgenossenschaften zu gründen.

Dem Staat erwächst aber mit einer intensiven Absatztätigkeit der Universalgenossenschaften ein ordnungspolitisches Instrument kooperativer Selbsthilfe, dem er besondere Förderung angedeihen lassen muß. Das bedeutet, daß er mittels finanzieller und technischer Hilfe mit der Errichtung von Lagerhäusern und Kornhäusern, sowie der Erschließung von Absatzmärkten einsetzen muß.

Die Bezugs- und Absatztätigkeit der Universalgenossenschaft muß mit dem Geld- und Kreditgeschäft koordiniert werden, um den Geld- und Warenverkehr auf der Dorfebene zu leiten und zu rationalisieren. So wäre den Universalgenossenschaften die Möglichkeit gegeben, billige Kredite, preisgünstige Land- bzw. Konsumwaren und erprobte Betriebsmittel anzubieten und über die Absatztätigkeit auf eine Rationalisierung und Produktivitätssteigerung in der gesamten Erzeugung hinzuwirken.

c) Betriebsgenossenschaftliche Tätigkeit

Für eine nachhaltige Erhöhung der Flächenerträge und die Verbesserung der Viehzucht sind produktionstechnische und betriebswirtschaftlich-organisatorische Umstellungsmaßnahmen erforderlich, die sowohl eine Betriebsgrößenveränderung als auch eine große Mechanisierung im Rahmen der vorgegebenen Kapazitäten umfassen.

Für einen höheren Mechanisierungsgrad der Erzeugung ist aber die finanzielle Kraft der meisten Landwirte sowie die Betriebsgrößenfläche nicht ausreichend. Deswegen sind die Möglichkeiten betriebsgenossenschaftlicher Tätigkeiten hier zu untersuchen. Denn erst durch die betriebsgenossenschaftliche Betätigung in der Form des gemeinschaftlich organisierten Maschineneinsatzes und die dadurch bedingte günstigere Kostengestaltung kann dem technischen Fortschritt ein breiterer Raum gegeben werden und eine erhebliche Produktions- und Rentabilitätssteigerung erwirkt werden.

Eine besondere Form betriebsgenossenschaftlicher Tätigkeit könnte die gemeinsame Wasserbewirtschaftung darstellen; zumal die Bewässerungswirtschaft - wenn auch mit unzulänglichen Methoden - von jeher in gemeinschaftlicher Form betrieben wird. Durch die Überführung dieser schon gemeinschaftlichen Betätigung in genossenschaftliche Form könnten dann auch rationellere Methoden Eingang finden. Die dadurch hervorgerufene Produktivitätssteigerung würde sich bei der großen Bedeutung der Bewässerung für die landwirtschaftliche Erzeugung in Afghanistan im gesamten agraren Bereich auswirken, wenn der Staat auch technische und finanzielle Hilfe leisten würde.

Die Durchführung dieser Tätigkeit würde sich jedoch am ehesten in einer Spezialgenossenschaft ermöglichen, da hier nur eine spezielle Produktionsförderungsgemeinschaft in eine Genossenschaft umgewandelt werden müßte. Dafür spricht be-

sonders auch die Breite der Mitgliedschaft, die Kapitalintensität und die spezifische Kapitalgebundenheit. Es besteht kein Zweifel an entsprechender freiwilliger Mitwirkung, wenn die afghanischen Landwirte überzeugt werden, daß sie durch die Errichtung von Wasserbewirtschaftungsgenossenschaften nur Vorteile haben und der Wasservorrat sich bessert.

Die betriebsgenossenschaftliche Tätigkeit im allgemeinen sollte dem Funktionsbereich oder Universalgenossenschaft angegliedert sein, weil sie kapital- und kapazitätsmäßig auf den lokal begrenzten Bereich einzelner Dorfwirtschaften abgestimmt sei.

In Zusammenhang mit der betriebsgenossenschaftlichen Tätigkeit der gemeinsamen Maschinenhaltung durch die Universalgenossenschaften ergeben sich nun besondere Probleme.

Der von der Genossenschaft bereitgestellte Maschinenbestand kann nur dann produktivitätssteigernd eingesetzt werden, wenn seine Kapazität sinnvoll ausgenutzt ist. Das dürfte besonders in den Gegenden des Flachlandes möglich sein, wo Großflächigkeit und Ablauf der Arbeitsvorgänge eine Mechanisierung auf breiter Basis begünstigen.

Wo sich keine größeren Mechanisierungsmöglichkeiten der Erzeugung bieten, können die Genossenschaften durch Beratungen und Demonstrationen rationeller Kleinmaschinen und Geräte insbesondere im Rahmen ihrer Bezugstätigkeit auf die Wirtschaftlichkeit der Erzeugung ihrer Mitgliederbetriebe einwirken.

d) Produktionsförderungs-Genossenschaften

In Zusammenhang mit der betriebsgenossenschaftlichen Aktivität sollte noch eine weitere Art der genossenschaftlichen Betätigung erörtert werden, welche die gleichen wirtschaftlichen Vorteile (Fortschritte auf produktionstechnischem Gebiet) wie die Produktivgenossenschaften erzielt, ohne jedoch durch Aufhebung des Privateigentums und Zwangsmittel die Kleinbauern zum Zusammenschluß zu bewegen. Gemeint sind hierbei die sog. "Produktionsförderungs-Genossenschaften" ¹⁾, denen für die Reorganisation der Betriebs- und Bewirtschaftungsverhältnisse in den Entwicklungsländern große Bedeutung beigemessen wird. ²⁾ Es handelt sich hierbei um Genossenschaften, die "unter Respektierung des Bodeneigentums der Einzelbauern gemeinsame Betriebsmaßnahmen beschließen und durchführen und gleichzeitig als Beratungs- und Koordinierungsorganisation fungieren" ³⁾. Zweck dieser genossenschaftlichen Betätigungsform ist also die Einführung fortschrittlicher Produktionsmethoden. Alle betriebswirtschaftlichen Funktionen, die in den engen Grenzen des Kleinbetriebes nicht ausgeführt werden können, oder für welche die berufliche Qualifikation des Betriebsleiters nicht ausreicht, sollen auf diese Genossenschaften übertragen werden.

Dazu gehören insbesondere die betriebswirtschaftliche Planung, einschließlich des Fruchtfolgeplanes, die Finanzierung von Investitionen, Bezug und Absatz etc. ⁴⁾. Wichtig für die Wirksamkeit der Produktionsförderungs-Genossenschaften ist dabei, daß evtl. ein langfristiger Entwicklungsplan für die Gemeinde ausgearbeitet wird. ⁵⁾

1) Vgl. Schiller, O., Produktionsförderungs-Genossenschaften in Pakistan, in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 35, 1957 S. 660 ff

2) Vgl. Kerman, K., Agrarprobleme unterentwickelter Länder, in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 32, 1954, S. 475 ff

3) Frauendorfer, S.v., Agrarwirtschaftliche Beobachtungen im Iran, Berichte über Landwirtschaft, Bd. 33, 1955, S. 306

4) Vgl. Schiller, O., Produktionsförderungs-Genossenschaften, a.a.O., S. 660 ff, 5) Vgl. Schiller, O., ebenda

Verfolgt man die Vielzahl der in einer Produktionsförderungs-Genossenschaft im Zusammenhang mit dem langfristigen Entwicklungsplan zu koordinierenden Maßnahmen, die im wesentlichen zum Ziele haben, die Landbautechnik auf ein zeitgemäßes Niveau zu heben, so verdichtet es sich zu einem großen, durchaus wirksamen Gebilde, das aber im Grunde aus einer Vielzahl koordinierter Betriebe besteht. Die Errichtung von Produktionsförderungs-Genossenschaften in Afghanistan ist grundsätzlich zu befürworten, zumal für die Rückständigkeit der Landwirtschaft gerade die Überkommenen und produktionstechnisch unrationellen Bewirtschaftungsmethoden des Bodens verantwortlich sind. Erzeugungstechnische Umstellungen bilden aber die Grundlage für eine Eingliederung der Bauernwirtschaften in den Marktprozess. Wichtig ist nur, daß die Einführung dieser genossenschaftlichen Betätigungsform schrittweise erfolgt. Sie sollte in dem Umfang vorgenommen werden, wie die nötigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden können und Fachberater vorhanden sind.

Schlußbetrachtung

Die Analyse der Wirtschafts- und Sozialstruktur Afghanistans kennzeichnete das Land als ein traditionsgebundenes Agrarland, dessen gesamte wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zunächst die Entwicklung der Landwirtschaft voraussetzt. Diese macht eine Anzahl produktionstechnischer und organisatorischer Umstellungsmaßnahmen erforderlich, wobei die Genossenschaften als deren Träger und Mittler untersucht werden sollten. Damit wurde das Schwergewicht der Analyse in der Aufgabe gesehen, den genossenschaftlichen Weg als Mittel zur wirtschaftlichen Entwicklung und einer Verbesserung der Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft darzustellen und zu beurteilen.

Diese Problemstellung machte eine entsprechende Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Afghanistans, sowie eine besondere Analyse der bestehenden Verhältnisse im agraren Bereich erforderlich. Damit ließen sich einerseits die hervorragende Bedeutung der Landwirtschaft in der Gesamtwirtschaft ablesen und andererseits die Ansatzpunkte für die Entwicklung von Genossenschaften aufzeigen.

Im Rahmen der grundsätzlichen Betrachtungen der Einführung von Genossenschaften in Afghanistan könnte davon ausgegangen werden, daß die afghanische Landbevölkerung heute vor ähnlichen Problemen steht, wie die deutsche Landbevölkerung zur Zeit Raiffeisens. Das System Raiffeisens, das wesentlich dazu beigetragen hat, die Lebensverhältnisse der Klein- und Mittelbauern zu verbessern und eine leistungsfähige Landwirtschaft aufzubauen, verspricht bei Beachtung bestimmter Grundsätze auch in Afghanistan ähnliche Erfolge erreichen zu können. Der Darstellung dieser genossenschaftlichen Grundsätze und Voraussetzungen wurde deswegen besonderer Raum gegeben.

Dabei stellte sich heraus, daß für die Realisierung des Gedankens einer kooperativen Selbsthilfe zunächst für das Anfangstudium die Hilfe von außen, nämlich durch den Staat, erforderlich ist. Da dem Wesen der Genossenschaft einerseits die Fremdhilfe nicht immanent ist, andererseits die Einführung von Genossenschaften zum Zwecke der wirtschaftlichen Eingliederung der landwirtschaftlichen Selbstversorgungswirtschaften in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht ohne eine staatliche Förderung, also ohne Fremdhilfe, möglich ist, ergab sich die Notwendigkeit, das Verhältnis des Staates zu den Genossenschaften grundsätzlich und im einzelnen für Afghanistan zu umreißen. In diesem Zusammenhang werden die Beispiele von Deutschland und Indien besonders berücksichtigt, um ein Leitbild für das Verhältnis von Staat und Genossenschaften zu gewinnen. Als Ergebnis konnte festgehalten werden, daß im wesentlichen die Funktionsbereiche Gesetzgebung, Anstoßtätigkeit und Förderung dem Staat bei der Entwicklung von Genossenschaften zuzuordnen sind. Grundsätzlich muß die Staatshilfe aber immer den Charakter als "Hilfe zur Selbsthilfe" haben.¹⁾

Die Möglichkeiten einer genossenschaftlichen Betätigung, die das wirtschaftliche Leben entscheidend beeinflussen kann, hängen sowohl von der Wirtschaftsordnung als auch bis zu einem gewissen Grad von den technischen Vorbedingungen ab. In der Subordination, die in einer staatlich zentralgeleiteten Wirtschaftsordnung vorherrscht, bleibt für das Genossenschaftswesen keine oder nur sehr geringe Betätigungsmöglichkeit. Wenn demgegenüber im Sinne einer Wettbewerbsordnung das Prinzip der Koordination herrscht, eines Nebeneinanders von Wirtschaftseinheiten, dann können Genossenschaften viel dazu beitragen, die Eingliederung wirtschaftlich schwacher in die Marktwirtschaft voranzutreiben.

1) Vgl. Seraphim, H.-J., S. 151

Nach den grundsätzlichen Erörterung der mit der Einführung von Genossenschaften in Afghanistan auftretenden Probleme konnte der Frage nachgegangen werden, welche Art der genossenschaftlichen Betätigung in Afghanistan die geeignete sei.

In Abgrenzung der Produktivgenossenschaften von ergänzungswirtschaftlichen Genossenschaftsformen wurden die letzteren als für Afghanistan geeignet angesehen. Dabei wurde besonders die Zweckmäßigkeit von Kredit-, Bezugs- und Absatz sowie betriebsgenossenschaftlicher Tätigkeit herausgestellt.

Als geeignete organisatorische Form der Genossenschaft für Afghanistan erwies sich die Universalgenossenschaft mit funktional umfassender aber lokal begrenztem Arbeitsbereich.

Diese Universalgenossenschaften müssen auf der Provinzebene organisiert werden und mit anderen genossenschaftlichen Institutionen in organisatorischer Verbindung stehen.

Die personal- und kapitalschwachen örtlichen Genossenschaften benötigen einen Rückhalt in zentralen Einrichtungen. Sie müssen von überregionalen Zentralgenossenschaften entlastet, gefördert, angeleitet und mit Krediten versorgt werden.

Gleichzeitig mit dem Aufbau dieses ländlichen Genossenschaftswesens, dessen gesetzliche Grundlagen der Staat zu schaffen hat, muß ein auf gesetzlicher Grundlage basierendes Prüfungswesen eingerichtet werden. Dieses erfüllt jedoch nur einen kleinen Teil des umfassenden Erziehungs- und Bildungsprogramms, für dessen Ausgestaltung der Staat in starkem Maße verantwortlich ist.

Die genossenschaftliche Bewegung in Afghanistan ist in erster Linie als Bewegung wirtschaftlicher Art anzusehen. Sie soll der Existenzsicherung und Einordnung der rückständigen bäuerlichen Familienwirtschaft in die gesamt-

wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung dienen. Aber die Einführung von Genossenschaften hat nicht ausschließlich diesen wirtschaftlich determinierten Zweck, wenn es nämlich gelingt, in Afghanistan solche Menschen für die Genossenschaftsarbeit zu gewinnen, die die Landbevölkerung zu fortschrittlichen, selbständigen Denken und Handeln erziehen, dann wird die Genossenschaftsbewegung auch eine von sozial-ethischen und sogar kulturellen Zielen getragene Bewegung in Afghanistan sein.

Literaturverzeichnis

A. In Afghanisch

Afghanistan, Kabul, As Nascharate Andjomane Ariana Dairotoll-
maref, Misan 1334 (Oktober 1955)

Keschaward, Nazer, M.O., Seraat wa Maldari dar Afghanistan,
Kabul 1341

Derselbe: Maldari dar Afghanistan, in: Schomarae Rose Dehkan
dar Kataghan, Wesarate Seraat, Kabul 1339

De Matbuato Mostakel Riasat,

Salnamie Kabul, Kabul 1320 (1941/42)

Salmanie Kabul, Kabul 1330 (1950/51)

Salnamie Kabul, Kabul 1334 (1954/55)

Salnamie Kabul, Kabul 1335 (1955/56)

De Afghanistan Kalanai, Kabul 1333

De Afghanistan Kalanai, Kabul 1337 (1957/58)

Wesarate Malia (Königlich Afghanisches Finanzmknisterium)

Plane Pandj Salaie Ektezadie Afghanistan, Kabul 1335
(1955/56)

Wesarate Plan (Königlich Afghanisches Planungsministerium
(I), Peschrafte dosaliae Plan (1335-1337) wa motale mota-
leaie Ausae Ektezadie (1330-1335), Kabul 1337

Dasselbe (II), Sarwe Peschrafthai, Kabul 1338, (1958/59)

Dasselbe (III), Por Mochtag Katana, lemlai tog, Edjtemaie
Chedmatuna, Kabul 1338

Dasselbe (IV), Peschrafthaie Plan wa Tahlile Ause Ekte-
zadie, Kabul 1339, August 1960

De Karhena Wesarat (I), (Königlich Afghanisches Land-
wirtschaftsministerium), Pandjsal Kar, Kabul 1340
(1961/62)

Dasselbe (II) Karhana (Monatszeitschrift) Kabul, Jahr-
gänge 10 - 12

B. In Deutsch

- Abel, Wilhelm, Agrarpolitik, Göttingen 1951, 2. neubearbeitete Auflage
- Akbar Ali Syid, Die Lage der genossenschaftlichen Bewegung in Pakistan, in: ZfGenW, Bd. 11, Heft 4, 1961
- Aschhoff, G., Die Rolle des Staates beim Aufbau des Genossenschaftswesens in den Entwicklungsländern, in: Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Bd. XIV, Aktuelle Probleme und zukünftige Aspekte genossenschaftswissenschaftlicher Forschung, Karlsruhe 1962
- Blohm, Georg, Allgemeine landwirtschaftliche Betriebslehre, Stuttgart 1955
- Becker, G. (I), Um das ländliche Genossenschaftswesen, 1. Auflage, Neuwied am Rhein 1953
- Derselbe (II), Die Genossenschaft als Wirtschaftsorganisation des Dorfes, Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer, Berlin-Tegel, 14.7.1960 (unveröff.)
- Berndt, H.A., Genossenschaftliche Selbstverwaltung der Landwirtschaft und Staatseingriffe, Gießen 1955
- Bode, Thilo, Nationalismus - die Stärke Afghanistans, in: "Die Welt", unabhängige Tageszeitung für Deutschland, Nr. 293, 1960
- Chaves, Fernando, Die Genossenschaftsbewegung in Lateinamerika, in: ZfGenW, Bd. 11, Heft 2/3, 1961
- Chengapa, P.M., Fortschritte der Genossenschaftsbewegung in Indien, in: IgR, Band 53, Nr. 12, 1960
- Derselbe: Die Entwicklung der genossenschaftlichen Bewegung in Indien, in: ZfGenW, Bd. 11, Heft 4, 1961
- Crüger, Hans, Grundriss des deutschen Genossenschaftswesens, Leipzig und Berlin 1922
- Derselbe: Einführung in das Genossenschaftswesen, Berlin 1907
- Derselbe: Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den einzelnen Ländern, Jena 1892
- Davidovic, G., Staatliche Finanzierung landwirtschaftlicher Genossenschaften, in: IgR, Band 54, Heft 6, 1961

- Durtschi, E., Die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Schweiz, in: ZfGenW, Bd. 1, Heft 3, 1962
- Draheim, G., Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, 2. durchgesehene Auflage, Göttingen 1955
- Egner, E., Seiler, G., Stucken, R., Untersuchungen einzelner Entwicklungsländer (Peru, Tunesien, Ägypten und Syrien), Berlin 1960
- Eidgenössisches Aktionskomitee für das Landwirtschaftsgesetz: Bundesgesetz über die Förderung der Landwirtschaft und die Erhaltung des Bauernstandes (Landwirtschaftsgesetz) vom 3.10.1961, Effingerhof AG., Brugg, Januar 1952
- Fassnacht, Bertel, Das Genossenschaftswesen in der Vereinigten Arabischen Republic (Ägypten), Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn 1961
- Fischer, H.K., Hauptprobleme der genossenschaftlichen Praxis in asiatischen Ländern, in: ZfGenW, Göttingen 1957, Bd. 7, Heft 2/3
- Derselbe: Die Landwirtschaft im Irak, Berichte über Landwirtschaft, Bd. XXV, 1957
- Fischer, K., Alexanderzug 1960 - Station Seistan, Deutsche Archäologen erforschen unbekannte Winkel Asiens, in: "Die Welt", unabhängige Tageszeitung für Deutschland, Nr. 82, 1961
- Frauendorfer, S.v., Agrarwirtschaftliche Beobachtungen im Iran, in: Bereiche über Landwirtschaft, Bd. 33, 1955, Heft 2
- Feineisen, A., Aufbau und Arbeitsweise der ländlichen Genossenschaften in Deutschland, Frankfurt a.M. 1958
- Gakuo, Ephantus Njuguna wa, Bedeutung und Möglichkeiten des Genossenschaftswesens für die Entwicklung der Wirtschaft in Kenia, Stuttgart 1960
- Guth, Wilfried, Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, Basel und Tübingen 1957
- Grünewald, K., Über die Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und Konsumgenossenschaften, Neuwied am Rhein 1953
- Gwildis, H., Die genossenschaftliche Landbewirtschaftung im Staat Bombay unter besonderer Berücksichtigung der Landbewirtschaftungs-Genossenschaften in vier Distrikten des Deccan, Stuttgart 1960
- Hans, J., Dynamik und Dogma im Islam, 2. Auflage, Klagenfurt 1960

- Hasselmann, E., Die genossenschaftliche Selbsthilfe der Verbraucher, 3. Auflage, Hamburg 1958
- Derselbe: Entwicklungshilfe der Genossenschaften, in: "Der Volkswirt", Nr. 16, 14. Jg., 1960
- Derselbe: Internationale genossenschaftliche Solidarität, in: "Der Volkswirt", Nr. 2, 15. Jg., 1961
- Derselbe: Staat und Genossenschaft in den Entwicklungsländern, in: ZfGenW, Band 12, 1962
- Henzler, R. (I), Die Genossenschaft, eine fördernde Betriebswirtschaft, Essen 1957
- Derselbe: (II) Die Bedeutung der Genossenschaften für die Entwicklungsländer, in: ZfGenW, Band 10, 1960
- Derselbe: (III) Genossenschaftswesen, Wiesbaden 1952
- Derselbe: (IV), Das Genossenschaftswesen in Indonesien, in: ZfGenW, Band 5, 1955
- Hofmannsthal, E.v., Entwicklungsland im Hindukusch, in: Der Volkswirt, Nr. 13, Jg. 16, 1962
- Hesse, Helmut, Der Außenhandel in der Entwicklung unterentwickelter Länder unter besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas, Tübingen 1961
- Hewlett, R., Probleme des genossenschaftlichen Absatzes, in: IgR., Bd. 50, Nr. 2, 1962
- Hussein, Mohamed Abdel Samie, Agrarreform und Maßnahmen zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung der Vereinigten Arabischen Republik und des Iraks, Kiel 1960
- Jäger, W., Das ländliche Genossenschaftswesen in der Bundesrepublik, Deutschland, Münster 1961
- Derselbe: Struktur- und Anpassungsprobleme der Landwirtschaft im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, Bonn 1959
- Kaji, H.L., Genossenschaftsidee und Aufbauarbeit in den ländlichen Bereichen Indiens, in: IgR, Nr. 13, Jg. 43, 1950
- Derselbe: Der Genossenschafts-Staat in: IgR, Nr. 4, 1960, Jg. 43
- Kamal Abdul Hadi, Das Agrarland Afghanistan und seine Zukunft, Zürich, 1954

- Karve, Dattareya, G., Genossenschaftswesen in einer sich entwickelnden Volkswirtschaft insbesondere in asiatischen Ländern, in: ZfGenW, 1961, Bd. XI
- Keler, Georg, Das Genossenschaftswesen in den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern, in: ZfGenW, Band 8, 1958
- Kermann, K., Agrarprobleme unterentwickelter Länder, in: Berichte über Landwirtschaft, Band 32, Heft 3 (1954), S. 475-494
- Kohl, M., Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen des Großherzogtums Luxemburg, Luxemburg 1925
- Kruger, Maynard, Ökonomische Gedanken über die Genossenschaften, in: IgR, Band 53, 1960
- Kuhnen, F., Strukturveränderungen in der Landwirtschaft des Libanon, in: Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, Heft 1, Band XL, 1962
- Kuhn, G., Die sozialökonomische Situation landwirtschaftlicher Betriebe und die Verteilung staatlicher Förderungsmittel in Südwürttemberg-Hohenzollern, Bonn 1961
- Kulemann, W., Die Genossenschaftsbewegung, Erster Band, Berlin 1922
- Derselbe: Die Genossenschaftsbewegung, Zweiter Band, Berlin 1925
- Lodi, H.S.K., Das Kapitalproblem in der Bauernwirtschaft Pakistan in: IgR 46, Jg, Nr. 1, 1953
- Lüthje, Albert, 75 Jahre landwirtschaftliches Genossenschaftswesen in Schleswig-Holstein, Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel 1954
- Martin, J., Das Dorfentwicklungsprogramm als Mittel des wirtschaftsausbau für das ländliche Indien, Stuttgart 1962
- Mohammed Beheshti, Die Agrarverfassung und die sich daraus ergebenden Perspektiven für die Entwicklung eines ländlichen Genossenschaftswesens im Iran, Stuttgart, 1960
- Mirsa Baschiruddin Ahmad Mahmud, Der wirtschaftliche Aufbau der islamischen Gesellschaftsordnung, Hamburg, 1961
- Maeyernolz, 65 Jahre ländliche Genossenschaftsarbeit in Hannover, Braunschweig, Hannover 1954

- Nawas, A., Wandel der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur im mittleren Orient, Zürich 1956
- Nenru, Pandit, Jawaharlal, Die Genossenschaft und die Mentalität des Dorfes, in: IGR, Band 54, Nr. 1, 1961
- Niehaus, H., Leitbilder der Wirtschafts- und der Agrarpolitik in den modernen Gesellschaft, Stuttgart, 1957
- Ohlmeyer, D., Das Kreditgeschäft der ländlichen Kreditgenossenschaften, Neuwied am Rhein, 1. Auflage, Januar 1957
- Derselbe: Das Kreditgeschäft der ländlichen Kreditgenossenschaften, Heft 3, 2. Teil, Neuwied am Rhein, 1. Auflage, Mai 1958
- Owen, John, E., Die Genossenschaftsbewegung in Pakistan, in: IGR, Band 53, Nr. 3, 1960
- Patel, B.J., Ein Plan für die Dörfer Indiens, in: IGR., Band 48, Nr. 1, 1955
- Puvogel, Curt, Der Weg zum Landwirtschaftsgesetz, Bonn, München, Wien 1957
- Priebe, H., Die Agrarprobleme der Entwicklungsländer im Spiegel der europäischen Entwicklung, in: Offene Welt, Nr. 60, 1959
- Rhein, E., Probleme der Industrialisierung in Afghanistan, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Heft 5, Mai 1963, S.199
- Robotka, Frank, Eine Theorie des Genossenschaftswesens in: ZfGenW, Band 5, Heft 2, 1955
- Schnack, G., Raiffeisen in Deutschland, Neuwied am Rhein, 1954
- Derselbe: Die Werbung im ländlichen Genossenschaftswesen, Weg und Ziel, Erste Auflage, Neuwied am Rhein, April 1951
- Scheerer, A., Raiffeisen und die soziale Frage, Erste Auflage, April 1952
- Schiller, G., Das Agrarproblem der überbevölkerten Gebiete Südasiens, in: Berichte über Landwirtschaft, Band 32, Heft 2, 1954
- Derselbe: Produktionsförderungs-Genossenschaften in Pakistan, in: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 35, 1957,
- Schwarz, Werner, Selbsthilfe, Staatshilfe, in: Deutsches Bauern Korrespondenz, 14. Jg., Nr. 14, 1961

- VII -

Schweiz-Konsum-Verein, Hilfswerk der schweizerischen Genossenschaftsbewegung für die Genossenschaftsbewegung in Dahomey, Beilage zu Nr. 47, Basel 1960

Seifer, A., Leitfaden für den Unterricht, über das ländliche Genossenschaftswesen, 2. neubearbeitete Auflage, Neuwied am Rhein 1956

Seraphim, H.-J., (I), Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Westfalen, in: Westfalenspiegel, März 1956

Derselbe: (II) Die Bedeutung des Genossenschaftswesens im Rahmen der deutschen Agrarpolitik, Neuwied am Rhein 1950

Derselbe: (III) Deutsches Genossenschaftswesen, Kewelaeer am Rhein 1949

Derselbe: (IV) Vom Wesen der Genossenschaften und ihre steuerliche Behandlung, Neuwied am Rhein 1951

Derselbe: (V) Die genossenschaftliche Gesinnung und das moderne Genossenschaftswesen, Karlsruhe 1956

Derselbe: (VI) Wie muß eine wirklichkeitsnahe Theorie die Genossenschaften erfassen? in: ZfGenW, Bd. 8, Heft 1/2, 1958

Derselbe: (VII) Möglichkeiten und Grenzen genossenschaftlicher Selbsthilfe in den Entwicklungsländern, in: Aktuelle Probleme und zukünftige Aspekte genossenschaftswissenschaftlicher Forschung, -Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen, Bd. XIV, Karlsruhe 1962

Derselbe: (VIII) Genossenschaftliche Strukturtypen, Karlsruhe 1956

Stiegglecker, Hermann, Die Glaubenslehren des Islam, München, Paderborn, Wien 1959 - 1962

Wapennans, Willi, Über das Wesen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, in: ZfGenW, 1961, Bd. 11,

Watkins, W.P., Die Förderung des Genossenschaftswesens in den unterentwickelten Ländern, in: ZfGenW, Bd. 5, 1955

Wehrle, Emil, Das Genossenschaftswesen in den Entwicklungsländern, in: ZfGenW, Bd. 10, 1960

Weigert, Gidon, Die Soziologie des Genossenschaftswesens, in: ZfGenW, Bd. 7, Heft 2/3, 1957

- Weigert, Gidon, Die Genossenschaftsbewegung in den arabischen Ländern, in: ZfGenW, Bd. 10, 1960
- Weippert, G., Vollproduktivgenossenschaften als Lebensgemeinschaften, in: ZfGenW, Bd. 10, 1960
- Wygodzinski, W., Agrarwesen und Agrarpolitik, 1. Band, Berlin und Leipzig 1912
- Derselbe: Agrarwesen und Agrarpolitik, 2. Band, Berlin und Leipzig 1912
- Zolfagari, Siodin, Ziel und Mittel der Agrarpolitik im Iran in Verbindung mit der Industrialisierung in den letzten 30 Jahren, Freiburg 1956
- Ziegenfuß, W., Deutsches Genossenschaftswesen, Leipzig 1938

C. In Englisch

- Ministry of Planning (V), Basic of Statistics of Afghanistan, Kabul, 1962,
- Dasselbe: (VI) Survey of Progress, Volume I, II, Statistics, Kabul 1958, 1959
- FAO-Report, 1) Nr. 690, The Possibilities of Agricultural Cooperative Organisation in Afghanistan, Rom 1957
- 2) Nr. 523, Livestock, Development and Animal Disease Control, Rom, August 1956
- 3) Nr. 723, Sugar Beet Produktion, Rom 1957
- 4) Nr. 734, Forestry Development, Rom 1957
- 5) The Improvement of Fruitproduction, Rom 1957

L e b e n s l a u f

Ich, Mohammed, Jahja A B A W I wurde als Sohn des Staatsbeamten Emir Ahmad Khan und seiner Ehefrau am 29.8.1929 in Kabul / Afghanistan geboren. Nach dem Besuch der Nedyat-Oberrealschule in Kabul und der bestandenen Reifeprüfung, begann ich mit dem Studium an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Kabul. Bis Juni 1960 war ich als Staatsbeamter im königlich afghanischen Wirtschaftsministerium, in der Agrarbank A.G. und im königlich afghanischen Landwirtschaftsministerium in Kabul tätig.

Im Jahre 1960 nahm ich als Vertreter der afghanischen Regierung am Genossenschafts-Seminar in Berlin - Tegel teil, das von der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer veranstaltet wurde.

Anschließend belegte ich, aufgrund eines ^{ipen} Studiums der DAAD - Bonn ein Semester an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelm - Universität Münster. Am 27.10.1960 bestand ich die Zulassungsprüfung der Promotion. Im Februar 1960 begann ich mit der Bearbeitung des Dissertationsthemas, das von dem inzwischen verstorbenen Prof. Dr. H.-J. Seraphim gestellt wurde.

